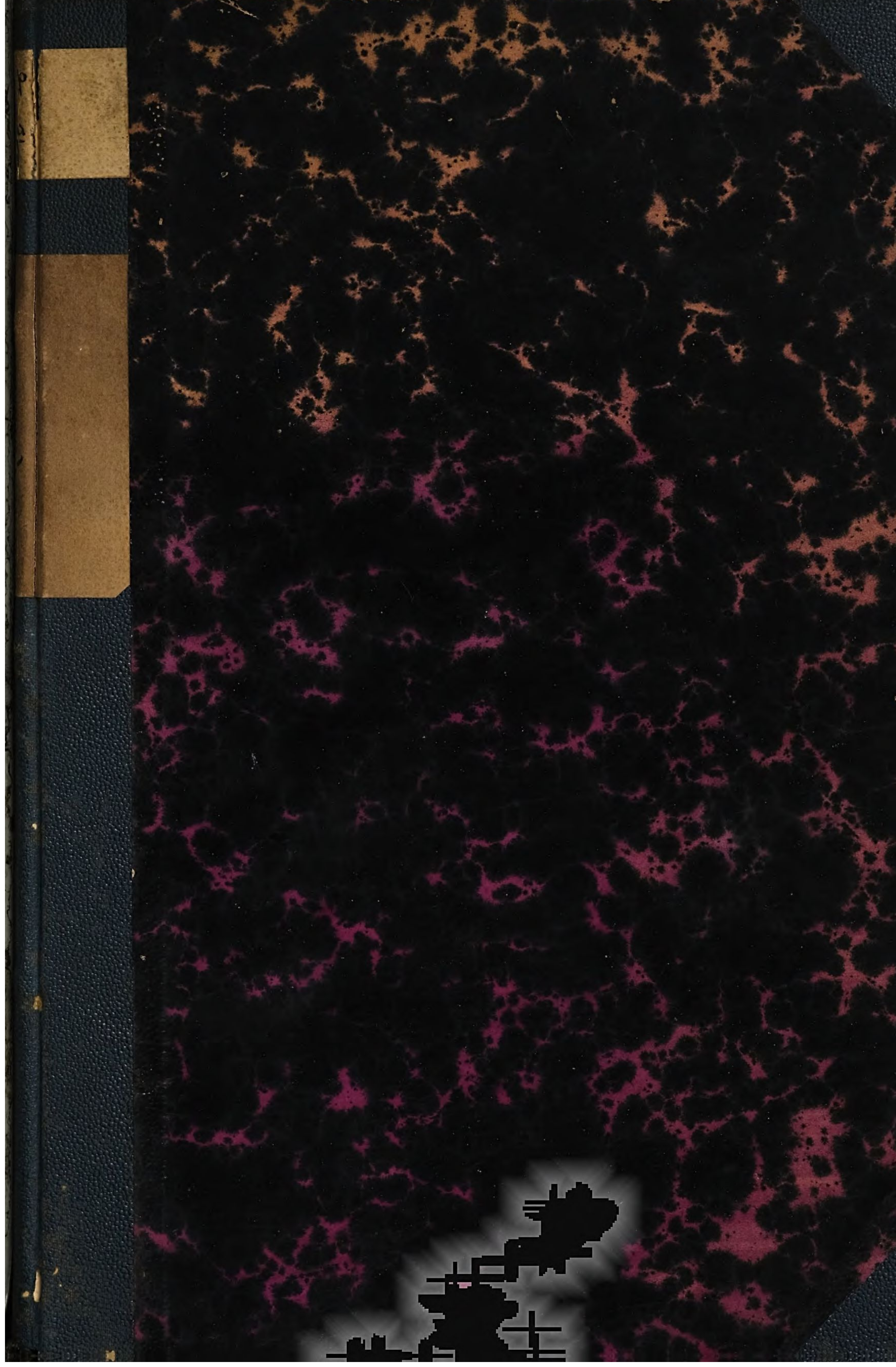




Dec. p.
0
219^a

D I E R E F O R M
DER
GEBÄUDE-GRUNDSTEUER
IN FRANKREICH.

(GESETZ VOM 8. AUGUST 1890.)

HABILITATIONSSCHRIFT

EINGEREICHT

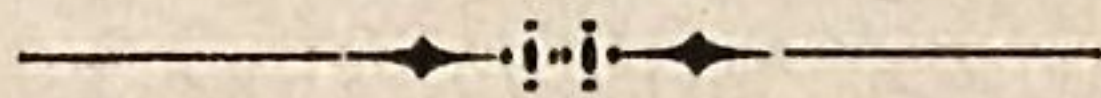
BEI DER HOHEN RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER

K. BAYER. JULIUS-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT ZU WÜRZBURG

VON

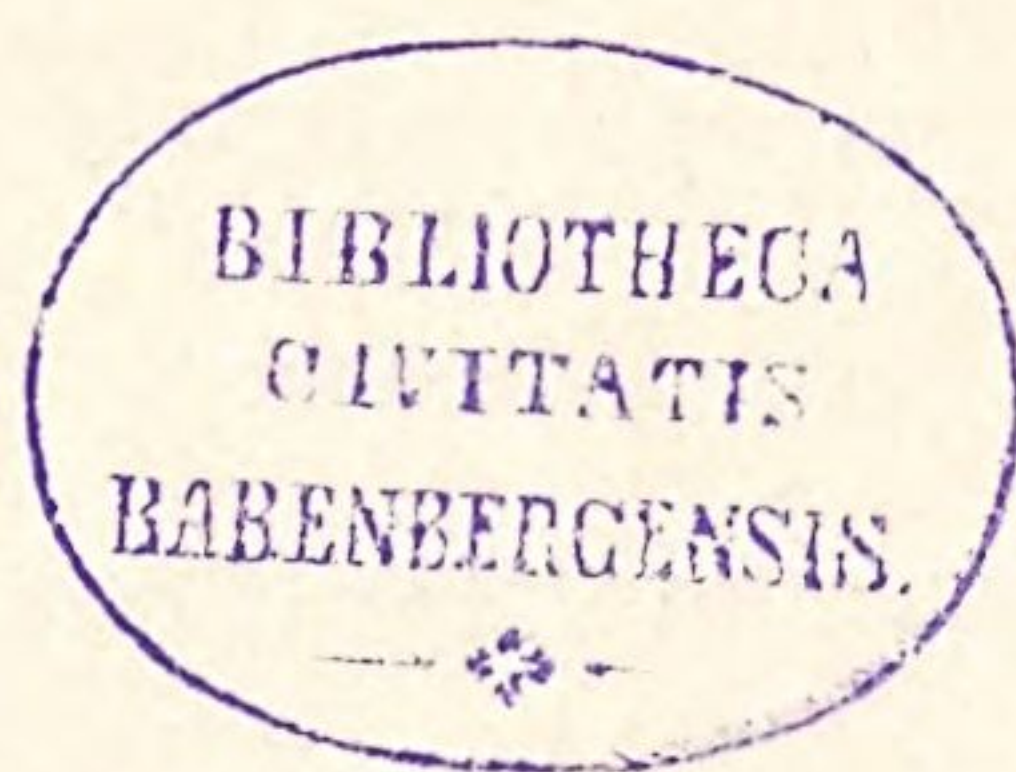
MAX VON HECKEL,
DOKTOR DER STAATSWIRTSCHAFT.



STUTTGART.

DRUCK DER UNION DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT.

1891.



Die Reform der Gebäudegrundsteuer in Frankreich¹⁾.

I.

Einleitung: Die geschichtliche Entwicklung der Gebäudegrundsteuer zur selbständigen Ertragsteuer im französischen Steuersystem²⁾.

Die Grundsteuer wurde in Frankreich während der Revolutionsära durch das Dekretgesetz vom 23. November/1. Dezember 1790 eingeführt. Sie sollte die beiden direkten Hauptsteuern des Ancien Régimes, die Taille und die Zwanzigsten der Grundstücke, sowie die übrigen teils öffentlich-rechtlichen, teils privatrechtlichen Abgaben (Kopfsteuern, Zehnte, Grundzinsen u. s. w.) ersetzen, welche den Bodenertrag als die wichtigste Quelle des Volkseinkommens belasteten.

Nach den Ausweisen, welche der konstituierenden Versammlung vorlagen, waren in den letzten Jahren der Monarchie folgende Summen erhoben worden:

¹⁾ Ich kann nicht unterlassen, auch an dieser Stelle Herrn Staatsrat, Generaldirektor der direkten Steuern Boutin für seine liebenswürdige Unterstützung meiner Arbeit den wärmsten Dank auszusprechen.

²⁾ Der folgenden geschichtlichen Darstellung liegen zu Grunde: Boutin, Rapport adressé à M. Rouvier, ministre des finances, sur les Résultats de l'Évaluation des propriétés bâties (prescrite par la loi du 8 août 1885). Paris 1890. insbesondere Tableaux annexes p. 168—174. — Réforme de la Contribution foncière par un fonctionnaire de l'administration des contributions directes. Paris 1890. p. 1—39. — Kaufmann, Finanzen Frankreichs. Lpz. 1882. S. 165—194. — Wagner, Fin. III. S. 369—452. — Köbner, Methode der letzten französischen Bodenbewertung. Jena 1889.

Taille	73,816,179 Livres
Kopfsteuer im Rechtsgebiet der Taille réelle	6,133,274 „
Zwanzigsten der Grundstücke	89,609,271 „
Zehnte	110,000,000 „
Grundzinsen und Gilten	34,500,000 „
Gesamtsumme:	314,058,724 Livres

Zur Prüfung der Steuerreformfragen war ein Ausschuss erwählt worden, welcher die hervorragendsten Volkswirte, Politiker und Praktiker der konstituierenden Versammlung zu Mitgliedern zählte ¹⁾. Dieser setzte die Steuer-Gesamtsumme für die Grundeinkünfte auf einen Betrag von 300,000,000 Livres herab und zerlegte denselben in eine Hauptsumme (Prinzipal) von 240,000,000 Livres und in einen „Zwanzigsten“-Zuschlag, 5 Sous per Livre, dessen Ertrag (60,000,000 Livres) für die Steuerausfälle, Erhebungskosten und Departementsumlagen bestimmt wurde.

Die Steuer sollte in proportionaler Gleichmässigkeit den Reinertrag der überbauten und nicht überbauten Grundstücke zur Leistung heranziehen. Für die Veranlagung hatte man ursprünglich an eine Repartitions- und Quotitätssteuer gedacht, indem die Steuer-Gesamtsumme auf die verschiedenen Verwaltungsbezirke kontingentiert werden, für das einzelne Steuerobjekt aber ein bestimmter Prozentsatz des Reinertrages massgebend sein sollte. Die Verbindung der Repartierung mit der Quotisierung war und blieb indes ein frommer Wunsch; denn in der Praxis zeigte es sich alsbald, dass die Aufstellung eines Maximalprozentsatzes von $\frac{1}{6}$ und später $\frac{1}{5}$ des Reinertrages als höchste, zulässige Steuerquote nur von akademischer Bedeutung war, und die Umlegung der Kontingente ausschliesslich nach dem Repartitionssystem erfolgte.

Die Vorschläge, welche der Steuerausschuss in diesem Sinne machte, wurden zum ersten Grundsteuergesetz vom 1. Dezember 1790 erhoben ²⁾.

¹⁾ Die Namen der Mitglieder sind: La Rochefoucauld, Dauchy, Defermon, Jary, d'Allarde, Talleyrand, Röderer und Dupont de Nemours. Dieser letztere der physiokratischen Schule angehörige Volkswirt hat die Gestaltung der Finanzpläne der konstituierenden Versammlung besonders beeinflusst.

²⁾ Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind folgende:

Die Gleichheit aller Lasten wird proklamiert und alle Privilegien werden aufgehoben.

Vom 1. Januar 1791 wird eine Grundsteuer eingeführt, welche in proportionaler Gleichmässigkeit alles Grundeigentum nach seinem Reinertrag trifft,

Die konstituierende Versammlung besass aber keine sicheren Zahlen über die Höhe des Bodenertrags in Frankreich, dessen Kenntniss notwendig gewesen wäre, um die Hauptsumme mit den Grundeinkünften in ein prozentuales Verhältnis zu setzen und so dem Prinzip der Quotität gerecht zu werden. Bei dem Mangel an jeder brauchbaren Katasterarbeit versuchte man das Einkommen aus dem Grund und Boden summarisch zu bewerten und legte nach längerem Schwanken die Summe von 1,440,000,000 Livres zu Grunde, in der Absicht die Höhe der Steuer in der Hauptsumme auf $\frac{1}{6}$ oder 16.67% des Reinertrags festzusetzen¹⁾. In zweiter Linie handelte es sich um

ohne andre Ausnahmen als diejenigen, welche im Interesse der Landwirtschaft bestimmt sind (Tit. I Art. 2).

Der Reinertrag eines Grundstückes ist dasjenige, was dem Grundeigner vom Rohertrag übrig bleibt, nach Abzug der Bestellungs-, Saat- und Erhaltungskosten (Tit. I Art. 2).

Der Reinertrag der Gebäude wird bestimmt durch den Abzug von $\frac{1}{4}$ des Rohertrags in Anbetracht der Wertminderung, der Unterhaltungs- und Reparaturkosten (Tit. II Art. 10).

Der steuerpflichtige Reinertrag ist der mittlere Reinertrag, welcher nach einer Reihe von Jahresdurchschnitten berechnet wird (Tit. I Art. 3).

Jedes Grundstück ist ohne Rücksicht auf die Lasten abzuschätzen, welche auf ihm ruhen.

Die Höhe der Steuer wird alljährlich durch die gesetzgebende Gewalt festgesetzt.

Die Steuer ist in barem Gelde zu entrichten.

¹⁾ Der berühmte Chemiker und Generalpächter Lavoisier, Abgeordneter für den Adel der Ballei Blois, mit andern um ein Gutachten gegangen, beantragte die Erhebungen, welche er selbst für sein zur Veröffentlichung noch nicht reifes Werk über den Bodenreichtum Frankreichs in verschiedenen Gegenden angestellt hatte, durch die Beamten der Ferme Royale vervollständigen zu lassen. In einer der konstituierenden Versammlung vorgelegten Denkschrift schätzte er den Reinertrag der nicht überbauten Grundstücke Frankreichs auf 1,200,000,000 Livres, eine Summe, welche schon 100 Jahre vorher Vauban in seinem Dixme Royal mit Einrechnung der Gebäude angegeben hatte, und die höher war als die Schätzungen des älteren Mirabeau (= 965,512,000 Livres) und Letrosnes (= 834,000,000 Livres). Andere Zahlen brachten de Delley d'Agier (= 1,074,000,000 Livres) und Aubry (= 1,600,000,000 Livres) vor. Nach längerem Schwanken in der Kommission teilte La Rochefoucauld in der Plenarsitzung namens des Ausschusses mit, dass derselbe die Summe von 1,500,000,000 Livres angenommen habe, jedoch in Anbetracht des Umstandes, dass 240,000,000 Livres als Prinzipal zu verteilen seien, und zur Quotisierung des Steuerbeitrags auf $\frac{1}{6}$ des Reinertrags 1,440,000,000 Livres endgültig zu Grunde legen wolle. Diesem Antrag wurde auch Folge gegeben.

die Zuweisung der einzelnen Kontingente auf die Departements und um die Unterverteilung derselben auf die Verwaltungsbezirke niederer Ordnung, sowie auf die einzelnen Grundstücke. Die Repartition des ganzen Prinzipals auf die lokalen Abgrenzungen setzte die Abschätzung der Grundeinkünfte jedes einzelnen Landesteils voraus. Hier fehlten aber wiederum zur Durchführung die erforderlichen technischen Mittel, weshalb man genötigt war, für die Umlegung der neuen Steuern auf die Abgaben des Ancien Régimes zurückzugreifen. Zu diesem Behufe stellte man zwei Steuerregister auf, welche alle bisher erhobenen direkten und indirekten Auflagen namhaft machten und für das ganze Territorium 487,391,006 Livres auszeigten. Das im ganzen anzuweisende Kontingent betrug im Prinzipal 300,000,000 Livres, wovon 240,000,000 Livres auf die Grund-Hauptsteuer und 60,000,000 Livres auf die eben eingeführte Personal- und Mobiliar-Nebensteuer (Ges. v. 10. April 1791) entfielen. Nun setzte man die alten Steuern zu den neuen in ein gleiches Verhältnis und berechnete durch die Proportion

$$487,391,006 : 300,000,000 = 1 : x,$$

wie viel neuer Steuern auf je 1 Livre alter Abgaben trafen. Diese Rechnung ergab 12 Sous 3 Deniers und 11 Quinzièmes neuer Auflagen für je 1 Livre alter. Unter Zugrundelegung dieses Resultats wurde die Repartition der beiden Steuern vorgenommen, während das prozentuale Verhältnis thatsächlich illusorisch wurde.

Diese Bestimmungen wurden durch die Gesetze vom 16./17. März und 10. April 1791 bestätigt.

Waren diese Verfügungen von Anbeginn mangelhaft, so mussten die Bedenken dagegen bei ihrer Verwirklichung erheblich wachsen. Die Anweisung der departementalen Steuersummen auf die Distrikte und Gemeinden wurden lokalen Vertretungen übertragen, welche keine genügend zuverlässigen statistischen Angaben über den Bodenreichtum und -Ertrag besaßen und überhaupt zur Bewältigung dieser Aufgabe weder vorbereitet noch befähigt waren. Es ist daher klar, dass bei dieser individuellen Repartition die grössten Ungleichmässigkeiten und Willkür Platz greifen mussten und die zahlreichen Reklamationen und Klagen, welche der konstituierenden Versammlung alsbald zur Kenntnis gebracht wurden, waren ein Beweis, wie tief diese Mängel allgemein empfunden wurden.

Weitere, erhebliche Schwierigkeiten erwuchsen mittelbar aus früheren staatsrechtlichen Verhältnissen. Die neu geschaffenen Depar-

tements begriffen nämlich sowohl die alten Provinzen mit ständischer Verfassung als die unmittelbaren Kronländer. In diesen waren die Steuern kraft königlicher Machtvollkommenheit ohne Einvernehmung einer repräsentativen Vertretung festgesetzt worden. Jetzt beschwerten sich jene Departements, welche aus Kronländern gebildet waren, sie seien bei der Repartition ungünstiger behandelt worden, als die andern Verwaltungsbezirke. Infolgedessen gewährte das Gesetz vom 23. August 1791 siebzehn, augenscheinlich überlasteten Departements eine Steuerermässigung, welche 3,480,000 Fr. betrug und auf die für Steuerausfälle vorgesehenen Fonds eingetragen wurde. Damit aber hörten die Klagen von lokalen Versammlungen nicht auf. Allgemein wurde von diesen gegen die Repartierung eingewendet, dass in den von ihnen vertretenen Bezirken das gesetzliche Maximum der Steuer von $\frac{1}{6}$ des Reinertrags überschritten werde. Zwar versuchte die konstituierende Versammlung durch angeordnete Erhebungen an Ort und Stelle diese Uebelstände zu lindern, musste aber bald die Erfahrung machen, dass auf diesem Wege kein Erfolg zu erwarten war.

Von den Zeitumständen gedrängt, hielt man das Prinzipal der Grundsteuer in einem Betrage von 240,000,000 Fr. (Ges. v. 29. Sept./14. Okt. 1791) für das Jahr 1792 aufrecht, setzte aber später fest, um wenigstens etwas zu thun, dass die Steuerquote im Prinzipal $\frac{1}{5}$ des Reinertrags nicht überschreiten dürfe (Ges. v. 30. Juli/2. Aug. 1792) und ermässigte zugleich die präsumierte Gesamtsumme der Grundeinkünfte auf 1,200,000,000 Fr., was aber eine Verfügung von theoretischer Bedeutung blieb, ohne die Sachlage zu beeinflussen. Auch für die Jahre 1793, 1794 und 1795 trat in der Feststellung der Hauptsumme keine Veränderung ein. Indes gaben in jener Epoche die Ungleichmässigkeiten der Steuerverteilung weniger Anlass zu Klagen, da die Entrichtung der Steuer damals in Assignaten oder Naturalien geschehen konnte. Desgleichen liessen die Wirren im Innern und die Kriegsergebnisse keine Zeit für derartige Erörterungen. Als aber das Gesetz vom 7. November 1796 die in Vergessenheit geratene Bestimmung des Grundsteuergesetzes, wonach diese Abgabe in barem Gelde zu zahlen war, in Erinnerung brachte, wurde dadurch eine Hochflut von Klagen und Reklamationen entfesselt.

Um diesen fortwährenden Rekursen ein Ende zu bereiten, legte der damalige Finanzminister Ramel zugleich mit dem Budget im Jahre 1796 einen Entwurf zur Neugestaltung der Grundsteuer vor. Derselbe gründete auf einer Mischung des Ertrags- und Klassen-

steuerprinzipes, für welche der Leiter der Finanzverwaltung eine besondere Vorliebe zeigte. Denn er sah mit Recht ein, dass unter den obwaltenden Umständen ohne Kataster und andre Hilfsmittel alle Abschätzungen ein Tasten im Dunkeln sein mussten. Viel einfacher und rascher zum Ziele zu führen schien es ihm, das Problem durch Steuerklassen im Anschluss an allgemeine Merkmale zu lösen. Sein Plan ging dahin, die Hälfte des Kontingents v. J. 1791 beizubehalten und den übrigen Rest durch eine Art Klassensteuer aufzubringen. Die Kennzeichen der Klassifikation sollten drei sein: Die Nutzung des Wohnungswertes, die Funktion (Berufs- und Erwerbsbeschäftigung) und die Kopfzahl der Bevölkerung.

Zwischen der Vorbereitung des Budgets und seiner legislativen Gestaltung hatte sich ein wichtiges Ereignis vollzogen, indem das Direktorium an die Stelle des Nationalkonvents getreten war. Ramels Vorschläge fanden im Rate der Alten keinen Beifall, welcher das Regierungsprojekt durch ein andres Repartitionssystem ersetzen wollte, während der Rat der Fünfhundert seinerseits die Anträge der Alten ablehnte. So musste der Steuerausschuss von neuem an die Prüfung des Steuerproblems herantreten. Da andre Lösungen nicht ausfindig gemacht werden konnten, die beantragten aber keine Aussicht auf Annahme hatten, so griff man auf ein ähnliches Versuchsverfahren, wie im Jahre 1791, zurück. Die Ergebnisse dieser Arbeiten wurden die Gesetze vom 29. März und 26. Juni 1797. Mit ihnen tritt die Geschichte der französischen Grundsteuergesetzgebung in eine neue Entwicklungsepoche ein, welche durch die sog. „Kontingentermässigungen“ (Degrèvements) charakterisiert wird. Man versuchte nämlich die Entscheidung des längst als notwendig empfundenen Ausgleichs der Steuerlast durch die formelle Herabsetzung der Kontingente der verschiedenen Departements zu bewerkstelligen. Solche Experimente wurden im ganzen zehn gemacht; das erste fällt in das Jahr 1797, das letzte in die Jahre 1821/22.

Durch die Erwerbung des Comtat-Vennaisin und zwölf neuer Departements¹⁾ hatte sich im Laufe der Jahre das Grundsteuerkontingent um 22,900,840 Fr. vermehrt, ein Betrag, welcher zur besseren Verteilung der Steuerlast verwendet werden sollte. Diese erste „Er-mässigung“ wurde nach einem dreifachen Massstabe auf die Depar-

¹⁾ Seealpen, Dyle, Escaut, Forêts, Jemmapes, Lys, Meuse-Inférieure, Mont-Blanc, Mont-Terrible, Deux-Nethes, Ourthe, Sambre-et-Meuse.

tements verteilt. Diejenigen Provinzen, bei welchen eine augenfällige Ueberlastung konstatiert werden konnte, erhielten eine Erleichterung zwischen 5 Sous 6 Deniers und 2 Sous 3 Deniers vom Livre Steuerkontingent; die richtig eingeschätzten Departements 2 Sous, die zu günstig eingewiesenen zwischen 1 Sou 9 Deniers und 1 Sous 3 Deniers. Von wie geringem Erfolge diese Massregel war, zeigt der Umstand, dass schon im folgenden Jahre eine neue „Ermässigung“ durch das Gesetz v. 30. September 1797 ausgesprochen wurde, demzufolge alle Departements ohne Unterschied eine 5%ige Erleichterung (1 Sou per Livre) erhielten. Das Prinzipal wurde so um 10,902,945 Fr. gemindert und belief sich nunmehr auf 207,155,955 Fr.

Die Reform war keine organische, ihre Wirkung keine dauernde. Auch hatte man dadurch keineswegs die aus allen Landestheilen eintreffenden Klagen über die Ungleichheit der Beschatzung beseitigt. An und für sich muss es schon bedenklich erscheinen, grundsätzlich alle Verwaltungsbezirke, auch die richtig eingeschätzten und sogar die zu günstig behandelten, an der Ermässigung teilnehmen und dieselben den süßen Honig der Kontingentsherabsetzung kosten zu lassen, wodurch die Departements unvermeidlich zu neuen Forderungen angeregt wurden.

Solchem Unwesen, welches naturgemäss in den Abgeordneten eifrige Förderer fand, und dem die schwache Regierung nicht mit der wünschenswertesten Festigkeit entgegentrat, wollte der Finanzminister Ramel auf einem andern Wege steuern, indem er die Forderung der Trennung der Gebäudegrundsteuer von der allgemeinen Grundsteuer auf die Tagesordnung setzte.

Für die Geschichte unseres speziellen Problems mag hier daran erinnert werden, dass in das Kontingent der landwirtschaftliche, nicht überbaute Boden und die überbauten, die Gebäudegrundstücke in gleicher Weise eintraten. Eine steuertechnische Unterscheidung und eine andersartige Behandlung beider Gruppen des Grundbesitzes fehlte und wurde sogar grundsätzlich vermieden. Diese Mischung ist zweifelsohne auf physiokratische Strömungen, welche ja die leitenden, volkswirtschaftlichen Ideen der Zeit waren, zurückzuführen. Das Hereinspielen solcher Gesichtspunkte ist einmal eine unleugbare Thatsache, wenn auch zugegeben werden muss, dass die französische Revolution nicht mehr im Banne der konsequenten Physiokratie stand, sondern vielmehr diesen Gedankenkreis durch smithianische Einschränkungen, vielleicht unbewusst, gemässigt hatte.

An sich bedenklich, musste im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der zunehmenden Verquickung des Verkehrslebens ein derartiges Durcheinanderwerfen von heterogenen Elementen den Keim zu immer grösseren Uebelständen enthalten.

Für den Reinertrag des Gebäudeeigentums ist nicht allein die eigentliche Boden- und Pachtrente (Rente des Grundstücks als solchen) entscheidend; diese tritt im Gegenteil hier mehr in den Hintergrund. In viel höherem Masse ist die Zinsrente des Gebäudekapitals oder sind diejenigen Wertbestände, welche in den Boden als Bauwerk fixiert werden, massgebend. Die Fruchtbarkeit des Grundstücks hat keine Bedeutung, wogegen aber seine Lage in den städtischen Konglomerationen oder in der Nähe derselben, oder die Nähe des Produktionsortes belangvoll ist. In diesem Umstande liegt mit das wichtigste Element für die Preisbildung der Nutzung. Daher wird die Höhe des zu machenden Gewinns einerseits durch Lage zum Verkehrsleben, andererseits aber durch die Grösse und Bedeutung der Stadt begründet. Wenn diese Verhältnisse schon beim Vorherrschen des Eigenwohnens von grösster Wichtigkeit sind, so werden sie immer erheblicher, wenn an die Stelle des Bewohnens eigener Gebäude die gewerbsmässige und regelmässige Vermietung tritt. Es ist dabei klar, dass der Wertzuwachs und damit die Vermehrung des Vermögens und die Steigerung des steuerpflichtigen Reinertrags bei den Gebäudegrundstücken eine viel raschere und ausgiebigere ist als diejenige beim landwirtschaftlichen Boden. Ist eine Volkswirtschaft auf diese Verkehrsstufe vorgedrungen, so erweist sich die gleichartige, steuertechnische Behandlung beider Arten des Reinertrags nicht nur aus dem fiskalischen Gesichtspunkte als Uebel, sondern sie schliesst auch eine Ungerechtigkeit in sich, die um so grösser wird, je mehr sich das ländliche und städtische Grundeigentum in ihrer Ertragsfähigkeit differenzieren.

Einem scharf blickenden, nicht nur die augenblickliche Gegenwart erwägenden Staatsmanne konnten solche Missstände, wie sie in Zukunft die französische Grundsteuer unvermeidlich mit sich bringen musste, nicht entgehen. Der Finanzminister Ramel sah aber zugleich ein, dass eine gesonderte Besteuerung der Gebäudegrundstücke ein umfangreiches, zuverlässiges Katasterwerk und langwierige Ausscheidungsarbeiten zur Voraussetzung hatte. Beides aber war nicht vorhanden. Ramel griff daher, was im gegebenen Fall das Beste war, zum Klassensteuersystem und zu einem Klassifikationstarif.

Bei Vorlage des Budgets für das Jahr 1799 empfahl er die Herstellung zweier, voneinander unabhängiger Grundsteuerkontingente, von welchen das eine dem nicht überbauten Boden zugewiesen werden sollte, während das andere für die überbauten Grundstücke bestimmt wurde, welche überhaupt bei der Repartition allzugünstig weggekommen waren. Das letztere wurde in jedem Departement mit 1 Fr. pro Kopf der Bevölkerung berechnet. Diese Gesamtsumme sollte im einzelnen nach der Einwohnerzahl der Städte abgestuft und folgendermassen tarifiert werden:

in Städten mit 5,000— 10,000 Einw. mit 0.50 Fr. pr. Kopf der Bev.

"	"	"	10,001— 20,000	"	"	1.00	"	"	"	"	"
"	"	"	20,001— 30,000	"	"	1.50	"	"	"	"	"
"	"	"	30,001— 40,000	"	"	2.00	"	"	"	"	"
"	"	"	40,001— 50,000	"	"	2.50	"	"	"	"	"
"	"	"	50,001—100,000	"	"	3.00	"	"	"	"	"
"	"	"	100,001—150,000	"	"	4.00	"	"	"	"	"
"	"	"	150,001—200,000	"	"	5.00	"	"	"	"	"
"	"	"	über 200,000	"	"	6.00	"	"	"	"	"

Durch eine solche Repartierung war im Grunde die Ertragssteuer beibehalten, die äussere Erscheinungsform aber durch eine Hausklassensteuer nach Ortsklassen dargestellt. Sie trug bereits der Differenzierung des Besitzes und der Gestaltung des Verkehrslebens in den grösseren Städten, der Vermietung als selbständigem Erwerbe, Rechnung. Freilich war sie anderseits ungemein roh; denn das einzige Merkmal war die Kopffzahl der Bevölkerung, während alle individuellen Kennzeichen des Gebäudes, wie Grösse, Zahl der Wohn- und Geschäftsräume, Bestimmung des Hauses etc. etc. ganz fehlten. Ramels Vorschlag, so mangelhaft er war, hätte für den Anfang recht wohl angenommen werden können, er hätte den Keim für die künftige Entwicklung einer den Anforderungen entsprechenden Hausklassensteuer abgeben können und wäre jedenfalls mindestens ebenso zulässig gewesen, wie die Massregeln der konstituierenden Versammlung. Vielleicht hätte die französische Gesetzgebung nicht unweise gehandelt, wenn sie jüngst bei Neugestaltung der Gebäudegrundsteuer auf den Kern des Ramelschen Projektes zurückgekommen wäre.

Unterdessen war die erheblichere dritte „Ermässigung“ durch den Rat der Fünfhundert und den Rat der Alten erwogen worden.

Die konstituierende Versammlung hatte die Aufhebung aller

fiskalischen Privilegien verkündet, war aber dabei in das entgegengesetzte Extrem verfallen, indem sie alles Grundeigentum ohne Unterschied und Ausnahme der Steuer unterwarf. Insbesondere gestattete das Gesetz keine Steuerbefreiung für die unproduktiven Liegenschaften des Staates. Diesen Umstand benutzten nun die Gemeinden, um ihre eigene Steuerlast zu verringern, und pflegten den grössten Teil des sie treffenden Kontingents auf das Staatseigentum zu überwälzen. In seinem Berichte über die Finanzlage hob Ramel im Jahr 1799 hervor, dass die Stadt Paris beinahe ein Drittel ihres ganzen Kontingents auf das Nationalgut gelegt hatte, welches überhaupt gar keinen Ertrag abwarf, wie die Tuilerien, die Boulevards, die Kirche von Notre-Dame, das Pantheon u. s. w.

Nach früheren Gesetzen war die Verwaltung des Enregistrements und der Domänen verpflichtet, das Prinzipal für die Nationalgüter in Besitzzertifikaten, die Zuschläge aber in barem Gelde zu entrichten. Die Höhe dieser Steuern belief sich auf 23,000,000 Fr. Ramel beantragte nun, unproduktive, produktiv-unveräusserliche und produktiv-veräusserliche Staatsgüter zu unterscheiden. Von diesen sollte die erste Gruppe überhaupt steuerfrei bleiben, während die beiden andern in den Rollen fortgeführt wurden und die Verwaltung der Domänen nunmehr ihren vollen Steuerbeitrag in barem Gelde leisten sollte. Diese Vorschläge gaben den Gesetzen vom 12. September und 28. Oktober 1798 den Inhalt. Ihnen zufolge wurde das Prinzipal um 18,000,000 Fr. herabgesetzt, wovon zunächst 2,000,000 unter die Departements nach Massgabe der unproduktiven Staatsgüter in denselben verteilt wurden, welche sie von nun an nicht mehr besteuern konnten. Der Rest von 16,000,000 Fr. wurde, wie 1797, repartiert, und zwar durchschnittlich mit 1 Cent. für je 1 Fr. Kontingent. Die überbürdeten Departements erhielten eine Entlastung zwischen $\frac{1}{7}$ und $\frac{1}{12}$, die geschonten zwischen $\frac{1}{15}$ und $\frac{1}{63}$ des Kontingents.

Was endlich die von Ramel vorgeschlagene Trennung der Grundsteuer des landwirtschaftlichen Bodens und der Gebäudegrundstücke betrifft, so war der Berichterstatter im Rate der Alten einem solchen Verfahren im Prinzip keineswegs abgeneigt, glaubte aber, dass ohne gründliche und zuverlässige Vorarbeiten eine derartige Reform nicht durchzuführen sei. Darum erschien ihm wenigstens zur Zeit die Errichtung einer selbständigen Gebäudesteuer für verfrüht. Die gesetzgebende Versammlung teilte diese Ansichten, lehnte

Ramels Vorschläge ab und entschied sich für die Beibehaltung des bisherigen Rechtszustandes.

Wenige Monate später empfangen diese Grundsätze eine neue Stärkung durch das berühmte zweite Grundsteuergesetz vom 23. November 1798 (3. Frimaire VII.), welches die Grundsteuer auf den alten Fundamenten reorganisierte; seine Bestimmungen beherrschen heute noch im grossen und ganzen das System der französischen Grundsteuerverfassung.

Im Jahre 1801 wurde abermals eine „Ermässigung“ von 4,853,000 Fr. ausgesprochen (Ges. v. 25. Ventôse VIII., Konsulärerlass v. 17. Floréal IX.), welche nach einem Staffeltarif zwischen $\frac{1}{7}$ und $\frac{1}{86}$ des Kontingents auf die einzelnen Departements verteilt wurde. 1802 wurde die durch das Gesetz vom 12. September/28. Oktober 1798 den unproduktiven Staatsgütern zugesprochene Steuerbefreiung auf die Staatsforsten ausgedehnt und der Ausfall von 4,305,930 Fr. durch die Erhöhung der Steuerkontingente aller Departements um 1% beglichen (Ges. v. 21. Ventôse IX.). Das folgende Jahr 1803 brachte vier Departements: den Ardennen, dem Cantal, der Drôme und dem Lot eine Herabsetzung von je 10,000 Fr. Diese 40,000 Fr. wurden drei anderen Departements zugeschrieben, und zwar erhielt das reiche Norddepartement eine Erhöhung von 20,000, L'Aisne und Calvados eine solche von je 10,000 Fr. Unterdessen war Piemont Frankreich einverleibt worden. Man wollte nun das Gesamtkontingent der alten Departements in einem Betrage von 210,000,000 Fr. aufrechterhalten, dagegen die von den sechs piemontesischen Departements ausgewiesene Hauptsumme der Grundsteuer von 9,710,000 Fr. zur Verbesserung der Repartition verwenden. Das Gesetz vom 4. Germinal XI. verteilte diese „Ermässigung“ in verschiedenen Proportionen, welche sich zwischen $\frac{1}{13}$ und $\frac{1}{30}$ bewegten. Bei diesem Verfahren wurden dreissig Departements berücksichtigt, siebenundvierzig erhielten eine verhältnismässig geringfügige Erhöhung. Endlich verfügte im Jahre 1805 ein Gesetz vom 5. Ventôse XII. eine Entlastung von 3,092,000 Fr., welche auf fünfundzwanzig Departements repartiert wurden, bei welchen augenscheinliche Missverhältnisse vorlagen.

Die Kontingentsermässigungen von 1797—1822.

Jahre	Gesetze	Betrag	
		der Ermässigung	des Prinzipals
		Fr.	Fr.
1791	Ges. v. 16., 17. März, 10. April	—	240,000,000
1797	Ges. v. 29. März, 26. Juli	22,900,840	218,058,900
1798	Ges. v. 30. Sept. 1797	10,902,945	207,155,955
1799	Ges. v. 12. Sept., 28. Okt. 1798	17,659,555	189,496,300
1801	Ges. v. 25. Vent. VIII. u. K. E. v. 17. Flor. IX.	4,853,300	184,894,000
1802	Ges. v. 21. Vent. IX.	1,590,000	183,304,000
1803	Ges. v. 13. Flor. X.	+ 40,000 } — 40,000 }	183,304,000
1804	Ges. v. 4. Germ. XI.	8,434,000	174,870,000
1805	Ges. v. 5. Vent. XII.	2,765,000	172,105,000
1819	Ges. v. 17. Juli 1819	4,590,098	168,167,652
1821	Ges. v. 31. Juli 1821	6,764,561	161,442,693
1822	Ges. v. 31. Juli 1821, 1. Mai 1822 . . .	6,764,561	154,681,351
		87,224,860 ¹⁾	

Die verschiedenen Kontingentsherabsetzungen vermochten den ersehnten Ausgleich der Grundsteuerlast nicht herbeizuführen, im Gegenteil hatten sie die Beschwerung der einzelnen Verwaltungsbezirke immer ungleichmässiger gestaltet. Man begann zur Einsicht zu kommen, dass nur eine genaue Aufnahme des Bodens, ein umfangreiches Katasterwerk, den Anforderungen und Bedürfnissen der Zeit Rechnung tragen könne. Damit tritt aber die Grundsteuer in Frankreich in eine neue Stufe der Entwicklung ein.

Schon von altersher kannte das Ancien Régime katastrale Vermessungen zum Zwecke der Veranlagung der direkten Besteuerung. So wurde die Taille réelle, die eigentliche Grund- und Gebäudesteuer jener Zeit, mit Hilfe von Katastern eingesteuert, welche alle dreissig Jahre erneuert wurden, bzw. erneuert werden sollten²⁾. Diese Grund-

¹⁾ Die Differenz von 87,224,860 Fr. ist aber nicht gleich derjenigen zwischen dem Prinzipal von 1791 und 1822, weil in dem Bestande desselben durch Erwerbungen und Abtretungen von Gebietstheilen auch in den Grundsteuerverhältnissen manche Veränderungen eintraten.

²⁾ Die Taille war eine Repartitionssteuer. Sie traf als Taille réelle das Grundeigentum und zwar als Taille d'exploitation die nicht überbauten Grundstücke und die Gebäude, soweit sie industrielles oder gewerbliches Einkommen gewährten (Mühlen, Fabriken, Hüttenwerke) und als Taille d'occupation die Wohnhäuser. Dagegen war die Taille personnelle eine Personalsteuer und richtete sich nach dem Ertrage der persönlichen Arbeit und des beweg-

lagen wurden aber bei den immer seltener vorkommenden Revisionen und unterbleibenden Verbesserungen immer mangelhafter; doch auch in dieser Richtung waren in den letzten Jahren vor Ausbruch der Revolution namhafte Reformen vorbereitet, und hatte man zum Teil Fertiges zu verwirklichen begonnen.

Die Frage eines Landeskatasters stand daher auf der Tagesordnung, als die Generalstaaten berufen wurden. Ein Niederschlag der herrschenden Strömungen war eine Schrift Babeufs über die Katasterfrage¹⁾. In diesem Buche sagt der Verfasser, dass in der abschliessenden Lösung der Katasterfrage auch die Lösung des ganzen Steuerproblems liege. Durch die Aufstellung eines Cadastre Réel und eines Cadastre Personel sollen die sicheren Grundlagen der zwei Hauptsteuern, der Contribution Réelle und der Contribution Personelle geschaffen werden. Zur Begründung seines Standpunktes führt Babeuf an, dass jeder Bürger durch seine Konsumtion an der Contribution Réelle teilnehme, und hierdurch begibt er sich in den Kreis der physiokratischen Anschauungen von der „Einststeuer“ in zwei Erscheinungsformen, zu welcher er sich — wie schon aus dem Titel ersichtlich ist — unbedingt bekennt. Wir haben es eben hier mit einer litterarischen Vertretung jener Gedanken zu thun, welche die Steuerfrage im wesentlichen durch zwei Formen, durch ein Sechstel des Grundertrags und die Abgabe des Wertes von drei Arbeitstagen eines jeden Bürgers lösen wollte.

Fast zugleich mit dem ersten Grundsteuergesetz vom Jahre 1790 beriet man über einen Kataster, von dem man eine endgültige Verteilung der Steuerlast erhoffte. Man gründete auch unter de Prouys Leitung ein eigenes Katasterbureau, dessen Instruktion die Billigung der Akademie der Wissenschaften erhielt. Allein die langwierigen Arbeiten, welche erforderlich gewesen wären, und die unruhigen

lichen Vermögens. Von derselben gab es eine Reihe von Ausnahmen persönlicher und sachlicher Natur.

¹⁾ Cadastre perpétuel ou Démonstration des procédés convenables à la formation de cet important Ouvrage pour assurer les principes de l'Assiette et de Repartition justes et permanentes et de la Perception facile d'une Contribution Unique tant sur les Professions Territoriales que sur les Revenus Personelles; avec l'exposé de la Méthode d'Arpentage de M. Andiffred par son Instrument Grapomètre trigonométrique, méthode infiniment plus accellerative et plus sûre etc. etc.

Dédié à l'Assemblée Nationale. — Das Buch ist frei von kommunistischen Ideen. S. Köbner, a. a. O. S. 4.

Zeiten hinderten vorläufig die Inangriffnahme der Ausführung¹⁾. In der Folgezeit wurden der konstituierenden Versammlung, der gesetzgebenden Versammlung, dem Nationalkonvent und dem Direktorium Entwürfe zu Katasteroperationen vorgelegt, von denen indes keiner zur Verwirklichung gelangte. Erst unter dem Konsulate, als die Klagen über die Ungleichmässigkeit der Repartition gar kein Ende nehmen wollten, die fortwährenden Kontingentsermässigungen aber immer mehr Bedenken erregten, schritt man zur Ausführung des Katasterplans. Eine Revision, welche am 22. Januar 1801 angeordnet wurde und die sich auf die Selbstangaben und die Selbsteinschätzung eines jeden Grundeigentümers stützen sollte, ergab gar keine brauchbaren Resultate. Man griff daher auf die amtliche Schätzung zurück.

Obwohl man jetzt schon erkannte und die Sachverständigen darin einig waren, dass nur ein Parzellenkataster dem Bedürfnisse der Repartition gerecht zu werden vermöge, so scheute man die lange Dauer und die grossen Kosten seiner Herstellung, und entschloss sich trotz des Widerstandes von berufenster Seite²⁾ zu einem Cadastre d'ensemble par masses de culture, d. h. zu einem Massenkataster, oder einem Kataster, welcher ohne Rücksicht auf den einzelnen Besitzer Umfang und Ertrag der verschiedenen Kulturklassen des Bodens einer jeden Gemeinde ausweisen sollte (Konsularerllass vom 3. November 1803). Zu diesem Behufe wurden in jedem Arrondissement zwei bis acht Gemeinden nach Umfang und Kulturart vermessen, worauf die Schätzung des Reinertrags derselben folgte. Auf Grund dieser Elemente wurde alsdann auf induktivem Wege durch Angleichung und Multiplikation die Grundfläche und der Reinertrag der übrigen Gemeinden, des Arrondissements und Departements bestimmt. Die Arbeiten schritten teils aus technischen Gründen, teils infolge des Widerstands der Steuerpflichtigen nur langsam vorwärts. Zudem musste es sich bald zeigen, dass die Ergebnisse der Aufnahmen einer praktischen Verwertung schlechthin unfähig und insbesondere zu einer besseren Verteilung der Grundsteuer überhaupt nicht zu brauchen waren.

¹⁾ Auch das erste Grundsteuergesetz vom 1. Dezember 1790 enthielt ausdrücklich die Forderung eines Katasters.

²⁾ Heftiger Gegner dieses dilettantenhaft-naiven Planes waren der damalige vortreffliche Finanzminister Gaudin und Napoleon selbst.

Trotz dieses ganz augenfälligen Misserfolges konnte man sich noch immer nicht entschliessen, zum Parzellenkataster überzugehen, sondern wählte im Jahre 1803 ein Mittelding zwischen beiden, den Halbmassen- oder Halbparzellenkataster (*Cadastre demiparcellaire*), indem man die Vermessung aller Gemeinden beschloss (1800) und später nach der Flurkarte des Massenkatasters Parzellaraufnahmen anordnete (1805). Diese neuen Versuche lieferten Resultate, welche noch minderwertiger waren, und die Klagen der Steuerpflichtigen eher mehrten als beseitigten. Lange konnte sich die Regierung nicht entschliessen, mit diesem System zu brechen. Bis zum Jahre 1807 wurden die Operationen fortgeführt, also fünf Jahre mühevoller Arbeit und 20,000,000 Fr. geopfert. Man war jetzt dem erstrebten Ziele womöglich noch ferner als je zuvor.

Es blieb schliesslich doch nichts anderes übrig, als zu einem Parzellenkataster zu greifen. Diesen schrieb das Gesetz vom 15. September 1807 vor. Nach der Absicht des Gesetzgebers sollte der Kataster zur Berichtigung der Kontingente dienen und dabei der Grundsteuer in gewisser Hinsicht den Charakter der Quotität dadurch verleihen, dass dem Steuerzahler ein Reklamationsrecht eingeräumt werden sollte, wenn das Verhältnis zwischen der Steuer und seinem Reinertrag einen gesetzlich fixierten Prozentsatz überschreiten sollte. Im ganzen waren mehr als 100,000,000 Parzellen zu vermessen, für jede Gemeinde war ein Plan in Atlasblättern herzustellen, auf welchen alle einzelnen Grundstücke einzutragen waren, ferner mussten dieselben alle nach dem Fruchtbarkeitsgrad des Bodens klassifiziert und der steuerbare Reinertrag eines jeden derselben eingeschätzt werden. Die zerstreuten Parzellen wurden alsdann unter dem Namen eines jeden Eigentümers vereinigt, und es wurde durch die Summierung seiner Erträge sein Gesamteinkommen bestimmt. Dasselbe wurde endlich verzeichnet und die diesbezügliche Eintragung galt von nun an als die unveränderliche Grundlage seiner Steuer. Auf diese Weise wollte man den Steuerträger von all denjenigen Einflüssen befreien, welche so lange Gegenstand allgemeiner Klagen und Beschwerden waren ¹⁾.

¹⁾ Im Jahre 1810 wurde das *Récueil méthodique* (Par. 1811) hergestellt, welches sämtliche auf den Kataster bezügliche Vorschriften enthält und zum Teil wörtlich in die Grundsteuergesetze andrer Kulturstaaten übergegangen ist. Die Kriegezeiten 1814/15 und die darauffolgenden Wirren unterbrachen bis 1818 die Arbeiten. 1826 erfolgte eine Reorganisation des Katasters durch

Eine solche umfangreiche Arbeit musste aber mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen; es waren also vorläufig ihre Ergebnisse zur Regulierung der Grundsteuerkontingente nicht zu verwerten. Da aber der Ausgleich eine dringende Notwendigkeit war, so wurden unter der Restauration zu diesem Zwecke besondere Konstatierungen vorgenommen. Auf der Grundlage dieser Feststellungen kam das Gesetz vom 17. Juli 1819 zu stande und mit ihm die neunte „Kontingentsermässigung“. Dasselbe sprach in provisorischer Weise eine Entlastung von 4,590,098 Fr. zu Gunsten von fünfunddreissig überlasteten Departements aus und verfügte, dass in der nächsten Sitzungsperiode Aufstellungen zur endgültigen Friedigung des Nachlasses vorgelegt werden sollten. Mit der Leitung und Ausführung der Vorarbeiten wurden Spezialkommissäre betraut, welche aber erst im Jahre 1821 das Material vollständig abschliessen konnten.

Das Gesetz vom 31. Juli 1821 sprach die letzte „Ermässigung“ aus, welche dem Prinzipal der Grundsteuer gewährt wurde. Indessen muss man zugestehen, dass die Repartierung einer Summe von 13,529,123 auf viel besseren Voraussetzungen gründete als die vorausgehenden Massnahmen gleicher Art. Sie beruhte auf gewissenhafter Durchsichtung der Mietverträge zum Zwecke der Bestimmung des Verhältnisses zwischen dem Grundsteuerprinzipal und dem steuerbaren Reinertrag der einzelnen Departements. Von der nachzulassenden Summe wurde die Hälfte auf das Budget von 1821, die andere Hälfte auf dasjenige von 1822 übernommen. Hierdurch wurde der bisherige Steuerfuss von 10.64% auf 9.79% im Durchschnitt herabgemindert. Im Anschluss an das Gesagte mag noch zur Vervollständigung unserer historischen Notizen über die Katasterentwicklung hervorgehoben werden, dass das angezogene Gesetz zwei wesentliche Neuerungen brachte. Einmal wurde der prinzipielle Charakter des Katasters beschränkt, indem er von da an lediglich zur individuellen Repartition innerhalb der Gemeinde benutzt wird, und sodann erfolgte die Aufhebung der seit 1807 bestehenden Trennung der ländlichen und der Gebäudegrundstücke, da sich eine Ausscheidung nicht mehr lohnte.

Seit dem Jahre 1821 wurden verschiedene Enqueten über die

neue Reglements (15. März 1827). Die ganze Operation war im kontinentalen Frankreich im Jahre 1850 beendet. In Korsika erfolgte der Abschluss 1858 und das 1860 erworbene Savoyen ist erst in letzter Zeit ganz katastriert worden. (v. Kaufmann, a. a. O. S. 174—175.)

Verhältnisse des Grundeigentums unternommen. Sie hatten teils den Zweck, die Grundeinkünfte des überbauten und nicht überbauten Bodens zu ermitteln, teils die besondere Bestimmung, den Mietwert der Häuser oder Wohnungen im Vereine mit Aufnahmen zur Thür- und Fenstersteuer abzuschätzen.

So kam im Jahre 1830 die Gebäudesteuerfrage und mit ihr das Problem der Quotität wieder in Fluss. In seinem Berichte an den König vom 15. März hebt Chabrol hervor: „Man wird die Erwägung kaum umgehen können, ob nicht die Häuser, welche auf dem Territorium fort und fort entstehen, und deren Wert steigt und sinkt mit der Bevölkerung und dem öffentlichen Wohlstand, einer Quotitätssteuer zu unterwerfen sind, wie desgleichen alle Vermögensobjekte und Erwerbsquellen, welche so augenscheinlich ein Beweis für die Veränderlichkeit der ökonomischen und sozialen Verhältnisse sind.“ Ueberhaupt schien die Zeitströmung der dreissiger Jahre die Quotität zu begünstigen. Die Finanzreformen des damaligen Finanzministers Baron Louis, dessen Plan auf eine gründliche Umgestaltung des Steuersystems aus der Revolutionsepoche abzielte, um die unsicheren, arbiträren Elemente durch zuverlässige Grundlagen zu ersetzen, sollten auf der Quotitätsbesteuerung beruhen. Auch die Budgetkommissionen sprachen sich während jener Zeitläufte häufig in ähnlichem Sinne aus. Insbesondere wurde in der Julimonarchie zu wiederholten Malen verlangt, dass eine Trennung des katastrierten Bodenertrags für die überbauten und nicht überbauten Grundstücke vorgenommen werde und eine getrennte Listenführung für beide Arten des Grundeigentums stattfinde. Alle diese Vorschläge, welche zum Teil zu dem embryonischen Zustande einer Anregung oder eines Amendements verdammt wurden und in den Budgetkommissionen meist ein ehrenvolles Grab fanden, blieben toter Buchstabe; die Grundsteuerverhältnisse blieben die alten.

Indessen sind diese Bestrebungen, entwicklungsgeschichtlich betrachtet, für uns nicht ohne Bedeutung. Sie zeigen einmal das Bemühen, die Steuer der Gebäudegrundstücke aus dem Rahmen der allgemeinen Grundsteuer loszulösen und zu verselbständigen, während andererseits ein neues steuertechnisches Mittel in der Quotität und in dem System der Hauszinssteuer seine Darstellung findet. Ueber vorbereitende Handlungen kam indes, wie bemerkt, die Sache nicht hinaus. Für die Geschichte der Steuergesetzgebung ist es aber beachtenswert, dass seit jener Zeit die Forderung, die Steuerveran-

lagung für die Gebäude in einer eigenartigen Form vorzunehmen, nicht mehr zur Ruhe kam; es war eine Notwendigkeit, die man allgemein empfand, zu deren Lösung aber aus verschiedenen Ursachen nicht geschritten wurde.

Im Jahre 1850 stellte die Regierung den Antrag die siebzehn Zuschlagscentimes, welche die Grundsteuer belasteten, aufzuheben. Dies war ein finanzielles Opfer von ungefähr 28,000,000 Fr. Diesen Vorschlag bewilligte die Nationalversammlung durch das Gesetz vom 7. August 1850 (Art. 2), forderte aber zugleich, dass eine neue Beschätzung aller Einkünfte aus dem Grund und Boden unternommen werde. Die Verwaltung nahm die ihr übertragene Aufgabe unverweilt in Angriff; ihre Beamten begaben sich sofort in jede Gemeinde und konstatierten unmittelbar nach der Kulturart den steuerpflichtigen Reinertrag des Bodens. Ihre Aufnahmen wurden sodann kontrolliert mit Hilfe von vergleichenden Angaben, welche aus den Akten der Grundeigentumsübertragung, den Miet-, Kaufverträgen etc. geschöpft waren. Dies war eine umfangreiche statistische Operation, welche nach richtigen Grundsätzen ausgeführt und vom Generaldirektor Vandal gut geleitet wurde. Sein Bericht vom 18. Juni 1854 gibt sehr detaillierte Aufschlüsse über die Ergebnisse der Arbeiten.

Der ermittelte Reinertrag für das gesamte Territorium Frankreichs mit Ausnahme Korsikas, welches in den Abschätzungsarbeiten nicht einbegriffen war, betrug 2,643,365,716 Fr. Da nun das Prinzipal von 1851 sich auf 160,278,250 Fr. bezifferte, so ergab dies einen durchschnittlichen Steuerfuss von 6.06%. Indessen wurden bekanntlich die Resultate dieser Bodenbewertung nicht verwertet.

1862 veranstaltete die Verwaltung der direkten Steuern eine neue Untersuchung über den Zustand der Repartition, indem sie sich zur Beurteilung der Miet- und Kaufakten im Zeitraum von 1851 bis 1861 bediente. Der Steuerfuss im Prinzipal zeigte in jenem Datum 5.12%. Nach den Kriegsereignissen 1870/71 bestand eine Hauptaufgabe der republikanischen Regierung darin, einerseits Mittel und Wege zur Steigerung der öffentlichen Einkünfte ausfindig zu machen, während andererseits das Bestreben, eine bessere Bemessungsgrundlage für die direkte Besteuerung herzustellen, die Situation charakterisierte. Zu diesem zweifachen Zwecke schrieb das Gesetz vom 23. März 1873 (Art. 9 und 10) die Schätzung der zur Zeit der Katastrierung unbebauten Grundstücke vor, welche seitdem dem Anbau unterworfen worden waren. Dieselben sollten nach dem Rein-

erträge in Vergleichung mit Grundstücken der nämlichen Art eingesteuert werden. Die Ausführung dieses Gesetzes stiess auf ungemaine Schwierigkeiten und wurde aufgegeben.

Dagegen wurde 1874 eine ähnliche Operation, wie 1862, unternommen. Die Aufnahme beruhte auf einer Durchsichtung der Mietverträge und mündlichen Mietserklärungen von 1862—1873. Der Steuerfuss war jetzt auf 4.20% geschwunden.

Mit den Finanzgesetzen vom 5. August 1874 und 3. August 1875 tritt die Grundsteuerbewegung in ein neues Stadium ihrer Entwicklung ein.

Der Art. 2 des ersteren und der Art. 4 des letzteren Gesetzes luden die Regierung ein, Vorschläge für eine neue Verteilung der Grundsteuer vorzubereiten. Allein die wirklich verwertbaren Elemente zur Ausgleichung entstammten Operationen, welche vor mehr als zwanzig Jahren vorgenommen worden waren, und man erachtete sie daher als zu veraltet, um für die Gegenwart mit Erfolg benutzt zu werden. Daher blieben die Dinge noch vorläufig im alten Geleise. Indessen verschwanden die Strömungen zu Gunsten des Ausgleiches nicht von der Tagesordnung, sie traten vielmehr nach kurzem Zwischenraume in erneuerter und zwar greifbarer Gestalt auf. Sie stellten sich als Anträge in den Kammern dar, welche auf eine Zweiteilung des Problems, um dasselbe leichter lösbar zu machen, abzielten.

Diese Projekte erstreckten sich zunächst auf die Herstellung einer besseren Bemessungsgrundlage für die Gebäudegrundsteuer und suchten zugleich die Repartition der Grundsteuer des nicht überbauten Bodens mittels der zu erwartenden Mehrerträge infolge der ersten Steuerreform zu verbessern.

Die Regierung ihrerseits liess es nicht an Mühe und Eifer fehlen. Nachdem Léon Say, damals Finanzminister, die Frage unter verschiedenen Gesichtspunkten geprüft hatte, überzeugte er sich, dass ein Ausgleich nur dann von dauernder Wirkung sein könne, wenn es gelinge, die vorhandenen Ungleichmässigkeiten von Parzelle zu Parzelle zu beseitigen. Der einzige Weg hierzu sei deshalb die Erneuerung eines grossen Katasterwerkes und die Verbesserung der Katasterblätter. Diesen Gedanken verkörperte ein Gesetzentwurf vom 23. März 1876. Die Arbeiten sollten der Initiative der Generalräte anheimgegeben werden. Ausserdem enthielt die Vorlage spezielle Bestimmungen für die Abschätzung der Gebäude und be-

reitete in dieser Richtung die neueste Reform der Gebäudegrundsteuer vor.

In den Motiven des Gesetzentwurfes wurde hervorgehoben, dass die überbauten Grundstücke, deren Produktionswert sich viel rascher erhöht habe, als derjenige der nicht überbauten, bei der Repartition unverhältnismässig geschont worden seien. Dadurch aber ergebe sich für beide Arten des Grundbesitzes eine der Gerechtigkeit widersprechende Ungleichheit in Verteilung der Steuerlast. Diese müsse aber sowohl in Anbetracht der Repartierung als im Interesse des Steuereingangs verschwinden. Um aber dieses Ziel zu erreichen und damit die Steuer des ländlichen Bodens und der Gebäude auf das gleiche Niveau zurückzuführen, sei das rationellste und sicherste Mittel, eine direkte Neueinschätzung der Gebäudegrundstücke vorzunehmen. Allein die grossen daraus erwachsenden Kosten veranlassten den Minister von einer solchen Operation Abstand zu nehmen und ein ähnliches Verfahren zu befürworten, welches das Gesetz vom 4. August 1844 für die Personal- und Mobiliarsteuer angeordnet hatte.

Man sollte den Zuwachs des Kontingents der Gebäudegrundsteuer infolge der Neubauten (Wohnhäuser und Fabrikgebäude) nach einem 5%igen Steuerfuss vom Reinertrag derselben gleichmässig veranschlagen und die durchschnittliche Steuer jener dem mittleren Satze des nicht überbauten Bodens nähern, also nicht mehr das Verhältnis zwischen der Steuer der Neubauten im Prinzipal und den übrigen Baulichkeiten der Gemeinde zu Grunde legen. Das auf die angegebene Weise modifizierte Kontingent würde alsdann auf alle neuen und alten Gebäude nach ihrem katastralen Reinertrag zu repartieren sein. Dabei verursachten immer noch die Abbrüche eine Verminderung des Kontingents im Betrage der sie treffenden Steuer. Durch eine mit 5% quotisierte Vermehrung des Gesamtkontingents der Kommune durch die Neubauten sollte zwischen diesen und den Abbrüchen eine Ausgleichung herbeigeführt werden.

Ein solches Vorgehen verlangte notwendig die Ausscheidung der Gebäudegrundstücke aus den gemeinsamen Mutterrollen des Katasters, in welchen sie mit den ländlichen, nicht überbauten Grundstücken zusammen vereint waren. Bekanntlich hatte eine solche Trennung schon früher nach dem ersten Katastergesetze vom 15. September 1807 bestanden. Sie wurde erst im Jahre 1821 wieder aufgegeben, als die fortwährenden Kontingentsermässigungen so er-

hebliche waren, dass eine Vereinigung beider Arten des Grundbesitzes in einer einzigen Steuerrolle empfehlenswert erschien (Ges. v. 10. Okt. 1821).

Endlich enthielt der Gesetzentwurf Léon Sais die Eröffnung eines Kredites von 1,000,000 Fr. zur Bestreitung der Kosten der „Ausscheidungsarbeiten“.

Das Projekt wurde alsdann dem Staatsrate und den Generalräten zur Begutachtung unterbreitet und mit einigen Abänderungen am 11. Januar 1877 und am 19. Mai 1879 von neuem eingebracht. Von allen Bestimmungen behielten indes die Kammern nur diejenigen bei, welche sich auf die Trennung der überbauten und nicht überbauten Grundstücke bezogen, eine Operation, welche durch den Art. 2 des Gesetzes vom 29. Juli 1881 vorgeschrieben wurde. Die „Ausscheidungsarbeiten“ waren im Jahre 1882 vollendet; sie verursachten eine Ausgabe von 1,120,278.33 Fr. Vom 1. Januar 1883 (Ges. v. 11. Aug. 1882) an wurden demgemäss die Kontingente des überbauten und nicht überbauten Bodens in den Beilagen zum Finanzgesetz betr. die direkten Steuern getrennt aufgeführt.

Zugleich mit dem eben besprochenen Gesetze verlangte die Regierung die Eröffnung eines Kredites von 1,000,000 Fr. zur Bestreitung der Kosten einer neuen Bewertung des steuerpflichtigen Reinertrags aller nicht überbauten Grundstücke. Die Gebäudegrundstücke, welche ein eigenes Kontigent erhalten sollten, wurden einer besonderen Aufnahme vorbehalten. Die Vorlage wurde, gleichwie die vorangehende, am 19. Mai 1879 zum zweitenmale eingebracht, um durch das Parlament zum Gesetz vom 9. August 1879 erhoben zu werden.

Diese umfangreichen Operationen, welche 943,530 Fr. kosteten, wurden sofort in Angriff genommen und ihre Ergebnisse wurden von der Generaldirektion veröffentlicht und den Kammern im Jahre 1883 zur Kenntnis gebracht, nachdem sie zuerst den Generalräten und einer Zentralkommission zur Prüfung unterbreitet worden waren. Diese letztere Instanz erkannte einstimmig an, dass die Arbeiten zu einer Verbesserung der Repartition ausgewertet werden können und formulierte ihre Beschlüsse in einem Generalbericht vom 16. August 1884 nach zwei Seiten hin:

1. Auf die überbauten Grundstücke solle ein Teil des Kontingents des nicht überbauten Bodens übertragen werden und
2. solle dieser Ueberweisung eine Revisionsarbeit über die Schätzungen des überbauten Bodens vorangehen.

Die jüngste französische Bodenbewertung nach dem Gesetz vom 9. August 1879 wurde unter denselben Bedingungen, wie die gleiche Operation in den Jahren 1851—1853 ausgeführt, hatte aber nicht, wie diese, als Resultat die Feststellung des steuerpflichtigen Reinertrags der einzelnen Parzelle ergeben, was eine Katastererneuerung vorausgesetzt hätte. Vielmehr versuchten diese Aufnahmen nach den besten statistischen Methoden und unter Anwendung aller zugänglichen Kontrollmittel die nicht überbauten Grundstücke, als eine Einheit in jeder Gemeinde genommen, nach dem Reinertrag einer jeden Kulturart abzuschätzen. Sie fasst die Kommunen als Ganzes auf, während die Bestandteile derselben ihr gleichgültig sind, und berechnet den Reinertrag jeder Kulturart für jede Gemeinde, durch Addition den für jeden Kanton, jedes Arrondissement und Departement ganz Frankreichs.

Der Steuerfuss im Prinzipal betrug für die nicht überbauten Grundstücke nach diesen Aufstellungen 4,49% im Durchschnitt ¹⁾.

Im Jahre 1884 veranstaltete die Finanzverwaltung, einestheils um die Anwendbarkeit der Schätzungen zu erhärten, andernteils zur Ergründung der Einflüsse der landwirtschaftlichen Krise, in jeder Gemeinde eine Revision der Bewertung. Diese Revision ergab, dass der Gesamtreinertrag seit der ersten Operation um ungefähr 64,000,000 Fr. zurückgegangen ist und der mittlere Steuerfuss sich demgemäss auf 4,60% sich erhöht hatte.

Seit ihrem Bestehen war der Ausgleich der Grundsteuer ein Problem, welches unausgesetzt den Gang der Entwicklung beherrschte. Die missliche Lage der Landwirtschaft rückte in der neuesten Zeit dasselbe immer mehr in den Vordergrund. Hatte man es zuerst versucht die Nivellierung des Steuerfusses unter Zugrundlegung eines 4,49%igen Satzes zu bewirken, so bemühte man sich nach Veröffentlichung der Resultate der Revision von 1884 4,60% zum Ausgangspunkt zu nehmen. Diese Massregel hätte zwar vermocht den Ausgleich unter den Departements herbeizuführen; sie hätte 46 zu hoch besteuerte Departements entlastet, wogegen 41 Departements eine verhältnismässige Erhöhung erleiden mussten. Allein die Differenz hätte für den Fiskus einen Ausfall von 11,000,000 Fr. bedeutet. Von allen vorgeschlagenen Wegen schien daher die Rück-

¹⁾ Erst das neueste Gesetz vom 8. August 1890 hat die Resultate dieser Arbeiten wenigstens teilweise zu verwerten gesucht. — Die wertstatistische Methode dieser letzten französischen Bodenbewertung vgl. Köbner, a. a. O.

kehr zu dem alten, jedoch sehr bedenklichen System der „Kontingentsermässigungen“ das Rätlichste zu sein. Einem solchen Vorgehen stand die Frage des budgetären Gleichgewichts im Wege, indem man geltend machte, dass die gegenwärtige Finanzlage es nicht gestatte, ohne weiters auf 11,000,000 Fr. zu verzichten.

Die Projekte, welche auf einem andern Wege Ersatz suchten, fanden aber einstweilen nicht die allgemeine Billigung. Sie hatten indes eine doppelte Bedeutung. Diese bestand einerseits darin, dass durch die Ausscheidung zweier getrennter Mutterrollen für beide Arten des Grundbesitzes eine Durchbrechung der alten Schranken erfolgte und damit neue Forderungen für die Entwicklung der Grundsteuer auftauchten. Andererseits aber gingen sie, wie bemerkt, aus dem Bestreben hervor, die infolge der landwirtschaftlichen Krise unaufschiebbare Entlastung des Grundeigentums zu vermitteln und zugleich für den dadurch bedingten Ausfall Ersatz zu schaffen. Die steuertechnischen Mittel aber, durch welche dieses Ziel erreicht werden sollte, waren im Prinzipie kein Novum, sondern wesentlich eine Neubelebung älterer Strömungen.

Noch zur Zeit, als die Trennung der Mutterrollen im vollen Flusse der parlamentarischen Diskussion stand, begannen sich die Rückwirkungen dieser Neuerung zu äussern. Am 26. Mai 1876 brachten die Abgeordneten Versigny, Bamberger, Marmottan, Hugot, Levêque und Noirot einen Antrag ein, welcher die Umwandlung der durch das Gesetz vom 9. August 1879 grundsätzlich zugelassenen und durch den Generalbericht der Zentralkommission vom 16. August 1884 neuerdings begutachteten Gebäudegrundsteuer in eine Quotitätssteuer zum Gegenstand hatte. Damit aber zogen die Antragsteller eine praktische Konsequenz aus der eben genehmigten Trennung der beiden Kontingente, welche nicht allein eine Forderung des einmal angenommenen Prinzipes war, sondern auch einem fiskalisch-steuertechnischen Bedürfnisse in Anbetracht des modernen, namentlich des städtischen Verkehrslebens entsprach.

Die Urheber des Amendements legten dar, dass schon früher beabsichtigt wurde, die gegenwärtige Bemessungsgrundlage verschiedener direkten Steuern, die Repartition, durch die Quotität zu ersetzen. Schon im Jahr 1830 habe der damalige Finanzminister Baron Louis vorgeschlagen die Personal- und Mobiliarsteuer, sowie die Thür- und Fenstersteuer auf die Quotität zu gründen. Die seiner Zeit vom Leiter des Finanzwesens der Restauration vorgebrachten

Beweisgründe zu Gunsten des letzteren Steuerprinzips eigneten sich nunmehr die Antragsteller unter der dritten Republik an. Die Repartitionssteuer habe den Vorteil, die Sorge für alle Schwierigkeiten der Erhebung und alle Zufälligkeiten der Ausfälle der Regierung abzunehmen und sie den kommunalen Verbänden aufzubürden, indem sie die Einbringung der Rückstände zu einer Sache der Gemeinde mache. Allein dieser mehr scheinbare als wirkliche Vorzug könne nicht durch die zahlreichen und unbestreitbaren Lichtseiten der Quotitätssteuer aufgewogen werden. Sie nehme nicht, wie jene, ganz willkürlich die Steuergesamtsumme an, sie fordere nicht von einer Ortsgemeinde oftmals viel mehr und oftmals viel weniger als sie eigentlich und gesetzlich zu entrichten verpflichtet sei. Vielmehr treffe sie den einzelnen Steuerzahler proportionell nach seiner wirtschaftlichen Leistung und ziehe insbesondere alle Bauten, die sich ohne Unterlass auf dem Erdboden erheben, zur Beitragspflicht heran. Mit einem Worte die Quotitätssteuer sei einfach, gerecht und billig, sie entspreche der steuerpolitischen Gleichmässigkeit, einem Rechte des steuerzahlenden Staatsbürgers, wie andererseits den Interessen des Staates. Auch des Berichtstatters Humann Gedankengang vom Jahr 1835, dessen leitende Ideen sich mit denjenigen des Ministers deckten, wurden von Versigny und seinen Freunden wieder hervorgeholt. Insbesondere erinnerten sie an dessen Worte, welche die damalige Lage kennzeichneten und jetzt zur Warnung für die Zukunft dienen konnten: „Man hat sich auf Worte und Phrasen gesteiht, ohne sie zu verstehen, Leidenschaften und egoistische Motive hat man entfacht und gesteigert. So wurde ein Abscheu gegen die Quotität in breiten Schichten des Volks erweckt, sie wurde proskribiert, aber keineswegs unparteiisch beurteilt.“

Daher empfehle es sich nicht nur in den Mutterrollen eine formale Scheidung des überbauten und nicht überbauten Bodens vorzunehmen, sondern eine solche müsse auch folgerichtig in der steuer-technischen Behandlung, in der Veranlagung durchgeführt werden. Es sei zwar schwierig und aus praktischen Erwägungen zunächst unthunlich, für die landwirtschaftlich benutzten Grundstücke eine Quotitätssteuer zu begründen, da hierzu eine vollständige Erneuerung des Katasters auf allen Punkten des Territoriums, eine durchgreifende Aenderung des dieselbe beherrschenden Prinzips erforderlich sein würde. Anders aber verhalte es sich bei den Gebäuden. Endlich beriefen sich die Urheber des Antrags auf die Vorschläge der Re-

gierung und Léon Says selbst, gingen aber weiter als diese, indem sie den 5%igen Steuerfuss nicht nur auf den Reinertrag der Neubauten, sondern aller Gebäulichkeiten anzuwenden gedachten.

Das Amendement Versigny und Genossen kam indes nicht zur Verhandlung. Der Vater des Gedankens liess sich aber durch diesen ersten Misserfolg nicht abschrecken, seinen Plan auf der einmal beschrittenen Bahn weiter zu verfolgen.

Ein zweiter Entwurf, im gleichen Sinne abgefasst, wurde am 15. Mai 1883 von Versigny, Bernard und Marquiset vorgelegt und von dem Plenum der Kammer an die Budgetkommission verwiesen. Allein während der Beratung des Finanzgesetzes für das Jahr 1884 überzeugte sich sein Urheber, dass der Boden für seinen Antrag noch nicht hinreichend vorbereitet sei und schränkte ihn auf die Forderung ein, die Regierung möge die Verwaltung der direkten Steuern veranlassen, eine neue Aufnahme der Gebäudegrundstücke in Angriff zu nehmen. Dieses Amendement wurde von der Deputiertenkammer in der Sitzung vom 20. Dezember 1883 angenommen, vom Senate aber am 26. Februar 1884 verworfen.

Bei Beratung des Budgets für das Jahr 1885 erneuerte Versigny seinen Antrag, welcher die Neubewertung der überbauten Grundstücke bezweckte. Er zog jedoch denselben in der Sitzung vom 20. Dezember 1884 zurück, als der Unterstaatssekretär die Mitteilung machte, dass die Regierung die Frage bereits einer Prüfung unterziehe.

Ein vierter Vorschlag Versignys im Jahr 1885 bei Vorbereitung des Finanzgesetzes vom 8. August 1885 ward endlich von Erfolg gekrönt. Uebrigens entsprach derselbe der Anschauung der Zentralkommission, über deren Thätigkeit und Berichterstattung wir oben Erwähnung thaten, sowie den Ergebnissen der regierungsseitigen Prüfung; man erwartete von der Abschätzung der Gebäudegrundstücke eine Klarstellung derjenigen Quote, welche die Gebäudegrundsteuer an der Verteilung der gesamten Grundsteuer hatte, man wollte aber auch zugleich Material zur Beurteilung der Frage gewinnen, ob und inwieweit eine Erleichterung der Belastung des ländlichen Bodens möglich und durchzuführen sei.

Diese Strebungen empfingen zunächst im Art. 34 des Gesetzes vom 8. August 1885 ihre Formgestaltung, welcher die Inangriffnahme der neuen Abschätzung anordnete. Die Resultate dieser langwierigen und mühevollen Arbeiten wurden von der Regierung zur

Grundlage des Gesetzes vom 8. August 1890 verwendet, welches die gänzliche Umgestaltung und Neuordnung der Gebäudegrundsteuer abschloss.

Der Entwicklungsgang der Gebäudesteuer in Frankreich ist, wie in den meisten Steuerverfassungen, bedingt durch denjenigen der Grundsteuer. Die französische Revolution, unter dem Einflusse physiokratischer Strömungen, hatte es versucht, die Vermögenssteuer, die Taille, des Ancien Régimes mit ihren Nebenabgaben (Zwanzigsten, Kopfsteuer, privatrechtliche Auflagen) zu vereinfachen und durch eine Doppelform, nämlich durch eine Grundhauptsteuer und eine Personal-Mobiliar-Nebensteuer, das Steuerproblem zu lösen. Dem herrschenden Ideenkreise entsprach es, dass dabei ländliches und städtisches Grundeigentum nicht getrennt, sondern beide Gruppen einem gleichartigen Besteuerungsmodus unterworfen wurden. Allein schon im ersten Decennium ihres Bestehens zeigten sich arge Missstände, welche zum grossen Teil aus der sehr mangelhaften Umlegung der Kontingente entsprangen, und die durch ein Klassensteuerprojekt beseitigt werden sollten. Dieses kam indes, wie mehrere ähnliche Versuche in dieser Zeit, nicht zur Ausführung, während andererseits die „Kontingentsermässigungen“ nicht im stande waren, das Uebel zu heilen. Hatte man bisher den Unterschied zwischen dem überbauten und nicht überbauten Boden äusserlich durch besondere Mutterrollen wenigstens formell sichtbar gemacht, so fiel im Jahre 1821 durch die Vereinigung derselben in eine einzige Rolle der letzte Schein des steuertechnischen Unterschiedes.

Die folgenden Jahrzehnte brachten keine fruchtbare Neuerung auf diesem Gebiete, wiewohl das Streben, das Haussteuerproblem selbständig zu lösen, mannigfach zu Tage trat. Bald wollte man dieselbe von der Grundsteuer abkrystallisieren, bald sollte die Repartition durch die Quotität ersetzt werden u. s. w. Alles mit dem gleichen Misserfolge. Dennoch sind diese Vorgänge für die Entwicklungsgeschichte wohl zu beachten, da sie typisch sind, für die immer wieder auftauchenden Tendenzen eine Neuordnung der Dinge zu schaffen.

Erst als nach den Kriegereignissen 1870/71 die Finanzpolitik vor neue Aufgaben gestellt war, kam die Haussteuerfrage wieder in Fluss. Bei den Debatten der Budgetgesetze der Jahre 1874 und 1875 war das Verlangen, die Lösung durch die Zweiteilung des Problems herbeizuführen, ein allgemeines, es entstanden für diese

Form der Entscheidung immer stärkere Strömungen, welche den Gedanken der völligen Abtrennung der Gebäude-Grundsteuer von der Grundsteuer zur Reife brachten. In dieser Richtung arbeitete auch der Gesetzentwurf vom Jahre 1876, welcher für die Einschätzung des überbauten Bodens besondere Regeln aufstellte und den Boden für die Neugestaltung vorbereitete. In seiner modifizierten Form ward bekanntlich diese Vorlage zum Gesetz vom 9. August 1879 erhoben, welches die Verselbständigung der Gebäudesteuer durch die Trennung der Mutterrollen begründete, indes auch schon den Rahmen bezeichnete, in welchem die Loslösung erfolgen sollte, nämlich als eigenartig entwickelte Steuer des Bauwerks allein ohne die Fläche, auf welcher dasselbe errichtet ist.

Was nun folgte, war wesentlich eine weitere Ausführung des einmal angeregten Gedankens. Die Regierung vollzog die durch Art. 34 des Gesetzes vom 8. August 1885 vorgeschriebene Neubewertung der Gebäude, um für die grundsätzliche Aenderung der Besteuerung des Bauwerks sichere Anhaltspunkte zu gewinnen. Den Schlussstein der Reform bildete endlich die Einführung der Quotität an Stelle der bisher in Kraft befindlichen Repartition, wodurch für die fernere Entfaltung der Gebäudesteuer — nicht mehr der Gebäudegrundsteuer — eine neue Basis zur selbständigen Entwicklung als besondere Ertragssteuer der Gebäuderente, Rente des Gebäudekapitals geschaffen ist. Die Wurzel all dieser Tendenzen war immer wieder die Erkenntnis der zunehmenden Schwierigkeit, die Kontingente bei der Verschiedenartigkeit und den fortwährenden Wandlungen des Hauseigentums einigermaßen der thatsächlichen Bewegung der Häuserrente anzuschliessen.

So hat sich die Gebäudesteuer, zuerst vermögensrechtlichen Ursprungs, aus der Gliederung der Grundsteuer im Laufe dieses Jahrhunderts allmählich losgelöst und ist in dem einen Teile, der Steuer des Bauwerks, zu einer selbständigen Steuer geworden, während daneben die Steuer der Area im Rahmen der Grundsteuer verblieb ¹⁾.

¹⁾ v. Myrbach, Besteuerung der Gebäude und Wohnungen in Oesterreich und deren Reform. Tüb. 1886. In seiner „Historischen Entwicklung der österreichischen Gebäudesteuer“ sucht der Verfasser nachzuweisen, dass sich die Häusersteuern nicht von den Grundsteuern losgelöst, sondern sich ganz selbständig entwickelt haben. Es ist fraglich, ob dieser Satz in allgemeiner Fassung richtig ist. In Frankreich zeigt die Entwicklung unbedingt das Gegenteil.

II.

Die Vorbereitung der Reform durch das Gesetz vom 8. August 1885. Sein Inhalt, seine Ausführung und Beurteilung ¹⁾).

1. Das Gesetz und die einleitenden Handlungen der Finanzverwaltung. — Der Artikel 34 des Finanzgesetzes vom 8. August 1885, auf Grund dessen die Bewertung der Gebäude erfolgte, hatte folgenden Wortlaut:

„Mit dem 1. Januar 1886 wird die Verwaltung der direkten Steuern die Aufnahme aller überbauten Grundstücke, sowie die Abschätzung des Mietwerts jedes einzelnen derselben bewirken.“

Diese Bestimmung wurde nach der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung von der Abgeordnetenkommission in der Sitzung vom 17. Juli und dann vom Senate am 3. August 1885 angenommen.

Die Aufgabe des Dienstes der direkten Steuern war klar und einfach. Es handelte sich um die Konstatierung der Gebäude-Grundstücke an Ort und Stelle und um die Herstellung einer Individualliste über dieselben, sowie endlich um die Abschätzung des Mietwerts eines jeden Gebäudes.

Was nun die zu erwartenden Ausgaben der beschlossenen Arbeit betraf, so gingen die Ansichten weit auseinander. Die Einen erachteten einen Kostensatz von 0,10—0,15 Fr. für das einzelne Objekt für genügend, während die Andern einen solchen von 2,00 Fr. annahmen. Diese letzteren Zahlen beruhten auf Erfahrungen, welche man in Nachbarstaaten (Belgien, Holland) bei ähnlichen Operationen gemacht hatte. In Paris, wo alle zehn Jahre eine neue Aufnahme der Immobilien stattfindet, hatten im Jahre 1876 die Ausgaben für das einzelne Gebäude im Durchschnitt 6 Fr. betragen. Diese ungewöhnlich hohe Zahl erklärt sich indes aus den besonderen Umständen, unter welchen damals die Bewertung stattgefunden hatte. Auch über die wahrscheinliche Zeitdauer der Arbeit herrschte keine Einhelligkeit. Die Angaben schwankten hier zwischen einem Jahre und sechs Jahren.

¹⁾ Die Beschreibung der einzelnen hier mitgeteilten steuertechnischen Massregeln ist in engem Anschluss an die von Boutin in seinem Rapport gemachten Mitteilungen Ch. II bis X. p. 7—25 gearbeitet. Dazu vgl. *Réforme* p. 49—79, eine Darstellung, welche in verkürzter Form die betr. Aktenstücke des Boutinschen Berichtes reproduziert.

Um nun über diese Dinge Klarheit zu schaffen, und da für Frankreich alle Vorbilder und Anhaltspunkte fehlten, so liess die Generaldirektion der direkten Steuern noch im Laufe des Jahres 1886 zunächst verschiedene Orientierungsarbeiten vornehmen. Sie beauftragte ihre Beamten durch ein Zirkular vom 26. August 1886, die Aufnahme und Schätzung der Gebäude in einer Gemeinde von 200 bis 300 Immobilien in jedem Departement zu bewirken. Diese Probe wurde im Monat September 1886 in Angriff genommen und im gleichen Monat beendet. Sie erstreckte sich auf 21,822 Wohnhäuser und Fabriken, wurde von den Steuerkontrolleuren bewerkstelligt und vom Steuerinspektor und Steuereinspektor geleitet und beaufsichtigt.

Auf Grund dessen so gewonnenen Thatsachenmaterials erklärte die Finanzverwaltung einen Zeitraum von 2 $\frac{1}{2}$ Jahren zur Vollendung der Arbeiten für ausreichend und bemass die Kosten auf 2,800,000 Fr. oder auf 0,28 Fr. für das einzelne zu schätzende Objekt. Diese Ermittlungen dienten den Kreditgesetzen zur Grundlage. Demgemäss votierte das Parlament zunächst die Eröffnung eines Kredites von 1,000,000 Fr. zur Deckung der Ausgaben (Ges. vom 8. Juni 1887), welchem im nächsten Jahre ein weiterer von 1,800,000 Fr. (Ges. vom 25. Juli 1888) nachfolgte. So hatte sich die Steuerverwaltung nach zwei Seiten hin, nach Zeit und Kosten gebunden.

Die Eröffnung der Arbeiten wurde durch folgende Verfügungen der Verwaltung eingeleitet.

Eine Ministerialinstruktion vom 25. Juli 1887 wies die Kontrolleure der direkten Steuern an, mit den Repartitoren als den Vertretern der Steuerpflichtigen und den Abgeordneten des Gemeinderats vorzugehen, Protokolle über die Schätzungen des Mietwerts der Gebäudegrundstücke in jeder Kommune zu führen, dieselben den Repartitoren zur Begutachtung vorzulegen und sie mit dem Randvermerke derselben zu versehen. Die Aufnahmen sollten nach Kantonen geschehen; die Kontrolleure hatten hierzu das vorhandene Aktenmaterial vor Beginn der Abschätzungen in jedem Kanton nach Möglichkeit zu ergänzen und namentlich bei den Enregistrements-Einnehmern alle Auskünfte, welche ihnen diese Beamten erteilen konnten, zu erhalten, nämlich Mitteilungen über die Mieten, über die Verzinsung des im Hausbesitz angelegten Kapitals, über das Verhältnis des Mietwerts zum Kaufpreise u. s. w.

Nachdem die Steuerektoren dieses Material für jedes einzelne Gebäude mit Hilfe der Katasterrollen gesichtet hatten, sollten sich die Kontrolleure in die ihnen zugeteilten Kantone begeben und mindestens acht Tage vorher die Ortsvorsteher und Repartitoren von ihrer bevorstehenden Ankunft in Kenntnis setzen (Art. 1, 4, 6, 11).

Ein zweites Rundschreiben vom 26. Juli 1887 gibt weitere Detailvorschriften für die Ausführung. Es bildet den Kommentar zur eben erwähnten Ministerialinstruktion und enthält nähere Bestimmungen für die besonders schwierigen und verwickelten Fälle. Dazu kam ein Zirkular des Ministeriums des Innern vom 5. August 1887 an die Präfekten, worin dieselben ermahnt wurden, den Orts- und Gemeindevorstehern alle Mitteilungen zu übermitteln, welche für die Ausführung der Operation erforderlich schienen, und sie darüber aufzuklären, dass die angeordneten Erhebungen lediglich den Zweck verfolgen, eine bessere und gleichmässige Verteilung der Grundsteuer herbeizuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Regierung einen grossen Wert auf die dauernde und bereitwillige Mitwirkung der Repartitoren lege, diese besässen das Recht, fortwährend die Arbeiten zu kontrollieren, da sie die gesetzmässigen Repräsentanten der Bevölkerung seien, welche sie im Interesse Aller zu vertreten haben.

Ebenso erliess die Generaldirektion des Enregistrements, der Domänen und des Timbre die Anweisung vom 26. Juli 1887 an die ihr untergebenen Behörden, den Steuerkontrolleuren alle Auskünfte in den Vorverhandlungen zu erteilen, welche sie selbst über die Entwicklung der Mieten, den durchschnittlichen Zinsfuss des Gebäudekapitals etc. etc. besässen. Insbesondere sollten sie die Aktenauszüge aus Teilungsverträgen, Erbschaften, Käufen etc. etc. zur Schätzung des Mietwerts der in ihrem Bezirke gelegenen Schlösser und aussergewöhnlichen Bauten den Steuerkontrolleuren zugänglich machen.

Endlich fordert ein letztes Rundschreiben der Generaldirektion der direkten Steuern vom 5. August 1887 die Steuerkontrolleure auf, die Repartitoren von dem genannten Reskript des Ministers des Innern in Kenntnis zu setzen; auch die Steuerektoren sollten dasselbe in dem Schriftstück namhaft machen, durch welches sie mindestens acht Tage vorher ihre Ankunft in der Gemeinde des Agenten anzuzeigen hatten.

Durch diese allgemeine Massregeln der Verwaltung wurde die

Bewertung der Gebäudegrundstücke vorbereitet. Die ganze Operation der Organe des Finanzdienstes zerfiel dabei in drei Abteilungen. Die erste und zweite, die Aufnahme und Verzeichnung des einzelnen Immobils, waren mit keiner Schwierigkeit verbunden, während die dritte, die Abschätzung des Mietwerts jedes Gebäudes, nicht so einfach zu bewirken war.

Zur Durchführung der Aufgabe konnten zwei Wege eingeschlagen werden, welche beide auch thatsächlich beschritten wurden. Einmal trat da, wo man es mit bekannten Grössen zu thun hatte, wo also durch die aus dem Aktenmaterial ersichtlichen Mietzinse der Mietwert bestimmt werden konnte, die direkte Abschätzung ein. Sodann aber war man in denjenigen Fällen, in denen eine Vermietung überhaupt nicht stattgefunden hatte oder Mietverträge nicht vorlagen, auf die indirekte Bewertung, auf die Angleichung der unbekannten Elemente nach den bekannten angewiesen. Hier handelte es sich eben darum, Durchschnitte oder mittlere Resultate im Anschlusse an gewisse Merkmale oder ermittelte Zahlen zu erlangen. Erst beide Methoden gemeinschaftlich angewendet, ergaben dasjenige Ziel, welches der Verwaltung vom Gesetze gesteckt war.

Wir wenden uns nun zur Beschreibung der wichtigsten technischen Massregeln, wie sie der Dienst der direkten Steuern in einer zeitlichen Reihenfolge vorgenommen hatte.

2. Die Wahl der Typen ¹⁾. — Die erste Aufgabe der Kontrolleure bestand darin, zunächst den gegenwärtigen, normalen Mietwert einer gewissen Anzahl von Angleichungsobjekten oder Typen zu bestimmen, welche den Zweck hatten, durch Vergleichung den Mietwert der andern Gebäudegrundstücke zu ermitteln. Ihre wertstatistische Funktion war vor allem, innerhalb jeder Gemeinde die Proportionalität der Schätzungen zu gewährleisten. Diesem Ziele scheinen sie ziemlich nahegekommen zu sein, da die Repartitoren, wenn sie auch die Bewertung als solche anfochten, niemals ihre Proportionalität in Zweifel zogen. Man hat die Typen zur Aufnahme jeder Art von Gebäuden benutzt; denn, waren sie auch zunächst und in erster Linie notwendig zur Veranschlagung des Mietwerts der gewöhnlichen Gebäude, insbesondere auf dem platten Lande oder in kleineren Städten, wo die gewerbsmässige Vermietung nicht die

¹⁾ Boutin, Rapport, ch. III. 3, p. 9 u. 10.

Regel ist, Mietverträge fehlen und daher die direkte Abschätzung unmöglich ist, so hat man sie gleichwohl, wenn es anging, auch bei den Fabriken und Schlössern verwendet.

Zu Typen wurden Immobilien aus allen Teilen des Territoriums genommen, welche nach Lage und Bedeutung möglichst alle Verschiedenheiten zum Ausdruck bringen sollten, die in den Gebäuden der Gemeinde vertreten waren. Man wählte hierzu vorzüglich solche Objekte, deren Mietpreis bekannt war, um hierdurch einen festen Stützpunkt zur Abschätzung zu erlangen. Fehlten in einer Kommune Miethäuser oder waren solche nicht in hinreichender Zahl vorhanden, so konnten Gebäude, deren Inhaber der Patentsteuer unterlagen, oder Miethäuser aus einer benachbarten Gemeinde zum Vergleich herangezogen werden.

Die Wahl der Typen wurde erst definitiv, nachdem das ganze Schätzungsverfahren auf dem Terrain der Gemeinde abgeschlossen war. Sie wurden sodann in zwei Protokolle eingetragen, von welchen das eine die Wohnhäuser, das andere die Fabriken enthielt. Die Eintragung begann in jeder Liste mit demjenigen Objekte, welches den geringsten Mietwert auswies. Die Vorschriften für die Auswahl der Typen wurden überall mit der grössten Sorgfalt beobachtet. Hier haben die Repartitoren durchgängig dem Werke ihre Mitwirkung geliehen.

Da für die Bewertung teils die direkte, teils die indirekte Schätzung je nach dem vorhandenen Material anzuwenden war, so wurden die Gemeinden und Kommunalverbände in zwei Kategorien eingeteilt. Die erste verzeichnete diejenigen Bezirke, welche 5000 Einwohner und darunter zählten (Landgemeinden, Marktflecken, kleinere Städte), wogegen die zweite solche Distrikte begriff, deren Einwohnerzahl 5000 überschritt (mittlere und grosse Städte). In den Landgemeinden, Marktflecken und kleineren Städten, wo die Sitte des Eigenwohnens noch vorherrscht, war das Aktenmaterial an Mietverträgen gering und musste von einer direkten Beschätzung Abstand genommen werden. Daher ging hier die Wahl der Typen der Abschätzung stets voran. In den grösseren Städten dagegen, wo zahlreiche Mietverträge und mündliche Vermietungserklärungen benutzt werden, also die Bewertung unmittelbar nach den vorliegenden Angaben geschehen konnte, begann man mit der Schätzung. Erst nach Vollendung der Aufnahme erfolgte die Herstellung der Typen, welche hier nicht den Zweck hatten, die Ermittlung des

Mietwerts zu erleichtern, sondern ausschliesslich dazu bestimmt waren, einer späteren Bewertung der Neubauten zur Grundlage zu dienen und die Proportionalität der alten und neuen Beschätzung zu sichern, falls andere Mittel zur Einschätzung nicht zugänglich sein sollten. Ueberdies hatten die Kontrolleure in den Städten für jedes Viertel eine Tabelle zu entwerfen, welche eine gewisse Zahl von Gebäuden aufführte, und zwar zu dem Behufe, einer späteren Beschätzung der Bauwerke ein neues Hilfsmittel zu bieten. Alle diese Massregeln entsprangen dem Bedürfnis, die beiden oben erwähnten Methoden gemeinsam zur Anwendung zu bringen; wo die direkte Ermittlung an der Unvollständigkeit des Aktenmaterials scheiterte, trat die indirekte Bewertung ein.

Nur in 454 Gemeinden ging die Bewertung der Typenaufstellung voran, da hier der oben erwähnte Umstand einer genügenden Zahl von Mietverträgen zutraf. In allen übrigen Bezirken begann man die Arbeiten mit der Bildung zweier Serien von Angleichungsobjekten, von welchen die eine für die Wohngebäude, die andere für die Fabriken bestimmt wurde. Die erstere Serie wurde ausserdem noch bei 3091 Kommunen in so viele Gruppen eingeteilt, als in der Gemeinde Viertel (Sektionen), Distrikte und Weiler vorhanden waren, in welchen die Mieten Abweichungen unterworfen waren. Dass von Departement zu Departement grosse Verschiedenheiten hinsichtlich der Zahl der Typen notwendig waren, bedarf keines Beweises. Die Steuerverwaltung nahm hier Erweiterungen oder Beschränkungen je nach den speziellen Verhältnissen in der Zahl der Vergleichungsglieder vor. Die Typen waren zahlreich in denjenigen Kommunen, in welchen die Gebäudegrundstücke grosse Unterschiede darstellen, sei es nach Bedeutung und Lage, sei es in Ansehung der Belastung des Grund und Bodens, weniger zahlreich dagegen an Orten, wo die Immobilien wesentlich gleichartig waren und insonderheit da, wo die vorliegenden Vertragsakten eine unmittelbare Schätzung zuließen. Diese letztere Gruppe fällt aber naturgemäss mit den grösseren Stadtbezirken zusammen, in welchen die Schätzung der Typenaufstellung voranging.

Diese vorbereitenden Handlungen gingen auf den Bürgermeistereien vor sich.

3. Die Benutzung der Mietverträge¹⁾. — Für das Schätzungsverfahren waren vornehmlich die Mietverträge und die

¹⁾ Boutin, Rapport, ch. III. 4. p. 10 u. ch. V. p. 10/11.

mündlichen Vermietungserklärungen, soweit sie registriert waren, in Betracht zu ziehen. Alle übrigen zur Verwendung gelangten Hilfsmittel hatten einen mehr accessorischen Charakter. Das Aktenmaterial war von Bedeutung sowohl für die vermieteten Immobilien, welche direkt geschätzt werden sollten, als auch für die übrigen Objekte, deren Bewertung im Vergleiche mit solchen überbauten Grundstücken bestand, von welchen der Mietpreis ermittelt werden konnte.

Es suchten daher die Verwaltungsbeamten die urkundlichen Belege nach Kräften zu vervollständigen und unterzogen die vorliegenden Dokumente einer eingehenden Prüfung. Namentlich bestrebten sie sich, die Umstände zu ergründen, unter welchen die einschlägigen Akten entstanden waren. So wurden namentlich Durchsichtungen vorgenommen, um diejenigen belastenden Elemente auszuscheiden, welche den klaren Einblick in den Zustand des Gebäude-Eigentums verschleiern. Nur solche Immobilien wurden zu Typen ausersehen, bei welchen der Mietwert der Ausdruck normaler Verhältnisse war und welche daher grosse Durchschnitte darzustellen befähigt waren. Die Agenten der Steuerverwaltung haben den relativ hohen Vermietungspreisen bei kurzer Dauer, wie bei der arbeitenden Bevölkerung, Rechnung getragen, sie haben es aber anderseits auch vermieden, die vorkommenden Preise der Nutzungen gewisser öffentlicher Dienstzweige, wie Gendarmeriekasernen, Postfilialen, Schulhäuser etc. etc. besonders auf dem platten Lande, zur Vergleichung zu verwerten, da hier keine allgemein gültigen, sondern Ausnahmefälle vorliegen, welche auf den thatsächlichen Entwicklungsgang der Vermietung keinen Schluss zulassen.

Ueber das Verhältnis der auf Grund der Akten unmittelbar vorgenommenen Schätzungen und der durch die Typen bewerkstelligten Angleichungen geben die Resultate der Gebäudebewertung interessante Aufschlüsse.

Die der Finanzverwaltung zur Bearbeitung zugegangenen Akten beliefen sich auf 3,775,270 und waren dieselben einem zehnjährigen Zeitraum (1877—1886) entnommen. Diese Auszüge waren jedoch nicht insgesamt der Verwendung fähig, da manche Urkunden, zumal in den Städten, blosse Reproduktionen älterer Mietverträge ohne wesentliche Abänderungen waren und daher für die Gegenwart kein richtiges Bild ergaben. Andere hinwiederum, namentlich auf dem platten Lande, bezogen sich zugleich auf überbaute und nicht über-

baute Grundstücke, so dass es schwer war, den Anteil der Gebäude mit Sicherheit auszuscheiden. Infolge dessen beschränkte sich die Zahl der anzuziehenden Dokumente im ganzen auf 3,355,372 Nummern, ein Resultat, welches vornehmlich den zahlreichen Vermietungs-erklärungen zu danken war, welche die Kontrolleure im Laufe ihrer Aufnahmen gesammelt hatten und hauptsächlich Mieten unter 100 Fr., die der Registrierungspflicht nicht unterliegen, betrafen.

Das Zahlen- und Prozentverhältnis anlangend, so wurden sofort auf Grund der Mietverträge und Vermietungserklärungen 10% der Gebäude in 22 Departements bewertet, während sich dieser Prozentsatz in 34 Departements zwischen 10 und 20% bewegt, sich auf 21 bis 30% in 22 stellt und 30% in 10 Departements überschreitet. In 2270 Kommunen lagen solche Aktenstücke überhaupt nicht vor; diese aber waren für die Beschätzung des Gebäude-Eigentums unerheblich, weil sie teils durch die Lokalkenntnisse der Kontrolleure, teils durch Vergleichen mit benachbarten Gemeinden, teils durch die später zu erörternden Hilfsmittel abgeschätzt werden konnten. Die Genauigkeit der Operationen wurde hierdurch im ganzen nicht geschmälert.

Für die Teilnahme der mittleren und grossen Städte an der unmittelbaren Bewertung nach den Mietverträgen ist es bezeichnend, dass von 1,426,708 Gebäudegrundstücken in Distrikten mit über 5000 Einwohnern, von Paris abgesehen, 743,097 oder 52,10% direkt beschätzt wurden. Dabei hat sich herausgestellt, dass mit der Zunahme der Einwohnerzahl in den Städten das fragliche Prozentverhältnis progressiv steigt. Es wurden nämlich nach dem Aktenmaterial auf der Stelle bewertet

37 %	der Gebäude	in Städten	von	5,001	bis	10,000	Einwohnern
49	„	„	„	10,001	„	20,000	„
53	„	„	„	20,001	„	30,000	„
54	„	„	„	30,001	„	50,000	„
67	„	„	„	50,001	„	100,000	„
78	„	„	„	mit über		100,000	„
84	„	„	Paris.				

Man sieht, dass mit der Zunahme der städtischen Konzentrierung die regelmässige Vermietung ein ständiger Erwerb, ein selbständiges Geschäft wird, welches schon in Städten mit 20,000 Einwohnern die Hälfte aller überbauten Grundstücke absorbiert.

Allein nicht nur in den grösseren Städten war es möglich, die

Schätzungen direkt auf die Mietverträge zu gründen; auch in den Landgemeinden und Marktflecken konnte das gleiche Verfahren in viel erheblicherem Umfange befolgt werden, als man annehmen sollte. Denn es wurden über 18% der Gebäudegrundstücke in Gemeinden von 2001 bis 5000 Einwohnern und sogar noch 12% in Kommunen unter 2000 Einwohnern durch unmittelbare Auswertung der Mietverträge aufgenommen.

Noch günstiger gestaltet sich dieses Verhältnis, wenn man nicht von dem numerischen Anteil ausgeht, sondern von den in den Mietverträgen vertretenen Werten der Gebäude. Danach wurden geschätzt

18,77 %	des gesamten Mietwerts in Gemeinden mit 2,000 Einwohnern
mehr als 31,86 %	„ „ „ „ bis 5,000 „
60,85 „	„ „ „ „ über 5,000 „
91,71 „	in der Stadt Paris.

Eine andere Frage aber ist es, ob trotz dieser scheinbar für die Mietwertermittlung günstigen Resultate es am Platze war, für die Besteuerung ein einziges und einheitliches, steuertechnisches Verfahren für alle Gebäudegrundstücke zu wählen, ob es nicht vielmehr richtiger gewesen wäre, zwischen den Ortsgruppen eine Unterscheidung zu machen. Wir werden auf diesen Punkt im Laufe unserer Untersuchungen noch prinzipiell zurückzukommen haben.

4. Die Verwendung der Kaufverträge¹⁾. — Neben den Mietverträgen, dem wichtigsten und hauptsächlichsten Elemente für die Wertfindung, hat man in ergänzender Weise auch auf die Kaufverträge zurückgegriffen. Nach den vorliegenden Nachweisungen wurden 63,999 Aktenauszüge zum Studium herangezogen, und zwar 59,404 für gewöhnliche Bauten, 960 für Schlösser und aussergewöhnliche Gebäude, 3635 für Fabriken. Die im Gegensatz zu der Zahl der Mietverträge verhältnismässig unbedeutende Summe erklärt sich daraus, dass sie vornehmlich da Verwendung fanden, wo die Anhaltspunkte aus jenen ungenügend waren, also meist auf dem platten Lande. In den Städten hätte ihre Benutzung die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Aufnahmen sogar gestört, weil die Kaufwerte in den grösseren und grossen Verkehrszentren mancherlei Fluktuationen unterworfen sind, ihre Höhe häufig von Zufälligkeiten und momentanen Einflüssen bedingt wird.

¹⁾ Boutin, Rapport, ch. III. 6. p. 11.

Ueberhaupt bieten die Kaufakten ohnehin nur selten ausreichende Garantien für eine solide Schätzungsgrundlage. Teils fehlt bei ihnen die notwendige Genauigkeit in den vorgeführten Preisen, teils lässt sich nur schwer der Zinsfuss des Gebäudekapitals bestimmen und auf die Mietverhältnisse anwenden, auf welche die verschiedenartigsten Beeinflussungen mannigfache Wirkungen ausüben. Aber auch auf dem platten Lande stand der allgemeinen Verwertbarkeit der Umstand im Wege, dass die namhaft gemachten Kaufsummen sowohl überbautes als nicht überbautes Grundeigentum betreffen, wobei es schwer, oftmals aber schlechthin unmöglich ist, den Betrag für das Gebäude auszuscheiden. Dadurch wird es verständlich, dass eine Durchsichtung der Kaufakten nur in einer beschränkten Zahl von Fällen zur Berücksichtigung stattfand; dabei dürfen wir aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass sie in dieser kleinen Zahl von Fällen gute Dienste zur Ermittlung des durchschnittlichen Zinsfusses leisteten und die Arbeit dadurch indirekt förderten.

5. Die Aufnahme der Fabriken, Schlösser und aussergewöhnlichen Gebäude ¹⁾. — Für die Abschätzung der Fabriken standen Pacht- und Mietverträge in genügender Zahl zur Verfügung, so dass es für die Arbeiten spezieller, methodischer Regeln nicht bedurfte. Es lagen zudem neben dem Aktenmaterial aus Vermietungen noch mancherlei Thatsachen zur Beurteilung der Sachlage vor. So konnte man zunächst auf die Betriebsumlage der Patentsteuer (*droit proportionnel*) zurückgreifen. Nur war dabei zu beachten, dass der Grundsteuer der Fabrikgebäude nur die Baulichkeit allein, unabhängig von den Wasserkräften und den andern ihrer Natur nach unbeweglichen Gegenständen, unterworfen ist. In manchen Fällen bildeten der Gewerbebetrieb und das Gebäude untrennbare Elemente, eine Einheit, so dass die Ausscheidung des letzteren nicht thunlich, sondern das Ganze der Patentsteuer zu unterwerfen war. Für die Entscheidung, ob und wie weit dies der Fall war, wurde eine besondere Instruktion erlassen, welche auf der Rechtssprechung des Staatsrats beruhte und viele einschlägige Reskripte aus älterer Zeit wieder in Erinnerung brachte.

Die grössten Schwierigkeiten bot weitaus die Schätzung des Mietwerts der Schlösser und aussergewöhnlichen Gebäude, da eben hier die Vermietung eine seltene Ausnahme ist. Diese

¹⁾ Boutin, Rapport, ch. VII. p. 11.

Lücken sollten zunächst durch die Benutzung der Kaufakten ausgefüllt werden. Daher wurde die Verwaltung des Enregistrements angewiesen (Instruktion Art. 2), aus den Kaufverhandlungen Auszüge zu veranstalten und diese an die Beamten der direkten Steuern hinauszugeben. Hierdurch sollte wenigstens ein fingierter Mietwert gewonnen werden. Indes verwirklichten sich die Erwartungen nur zum geringsten Teil; denn das Material bezog sich zumeist auf überbaute und nicht überbaute Liegenschaften zugleich oder wies in den Fällen, in welchen die Gebäude allein veräussert wurden, einen ganz unbedeutenden Mietwert aus. Man kämpfte hier mit den allgemeinen Missständen, welche die Verwendung des Kaufpreises zur Ermittlung des Mietwerts überhaupt mit sich bringt, hatte aber einen noch viel härteren Stand als bei anderen gewöhnlichen Objekten des platten Landes, da es hier durchgängig an Analogien fehlte.

Man suchte daher andere Wege einzuschlagen.

Waren in einzelnen Departements die Auskünfte des Enregistrements benutzbar, so vollzog man zunächst die Schätzung eines oder mehrerer solchen Schlösser und aussergewöhnlichen Bauten und betrachtete die bewerteten Grundstücke als Typen. Als dann wurde ein Durchschnitt für das einzelne Schloss oder je einen Quadratmeter der Wohnungsnutzung berechnet und dieser Mittelsatz zur Veranschlagung des Mietwerts der übrigen Gebäude gleicher Art verwendet. An anderen Orten schätzte man diese Kategorie von Gebäudegrundstücken durch Vergleichung mit den bedeutendsten Immobilien der Gegend oder des Landes, indem man nicht nur die Zahl dieser Gebäude und den Nutzungswert der einzelnen Stockwerke, sondern auch die Kosten der Erhaltung, die Vorzüge und Nachteile der Lage, den Stil und den historischen Charakter in Erwägung zog. Endlich bemühte man sich in dritten Departements, den Mietwert der Schlösser zu ermitteln durch die Aufstellung eines Zinsfusses nach dem Kaufwert, indem man sie den Meiereien und Wirtschaftshöfen näherte, deren Ergänzung sie in gewissem Sinne bilden.

Diese Vorschriften sind mit viel Scharfsinn erdacht und bezeugen den Eifer der Finanzverwaltung. Man wird aber trotz alledem diesen Bewertungen den Vorwurf nicht ersparen können, dass hier vielfach grosse Willkür geherrscht hat. Es ist richtig, dass Objekte, welche regelmässig nicht vermietet werden, noch hierzu überhaupt bestimmt sind, einen eigentlichen Mietwert nicht besitzen,

wiewohl ihnen ein reeller Wert entschieden innewohnt. Darum erscheint es dem Verfasser fraglich, ob die Gesetzgebung nicht klug gehandelt hätte, Unvergleichbares überhaupt nicht zu vergleichen. Gerade Fabriken und Schlösser sind so erheblich verschieden von den städtischen Mietkasernen, dass eine steuertechnische Unterscheidung beider Immobilien am Platze gewesen sein dürfte. Der Geist der Schablonisierung, ein hervorstechendes Merkmal der direkten Besteuerung in Frankreich, hätte hier wohl dem Klassifikationsprinzip weichen sollen.

6. Die technische Verarbeitung des Materials ¹⁾. — Die ermittelten Mietwerte wurden von den Kontrolleuren in Listen eingetragen und hierüber mit den Repartitoren Verhandlungen gepflogen. Diese erfolgten teils an Ort und Stelle, wenn die Repartitoren die Kontrolleure begleiteten, teils auf den Bürgermeistereien, wenn dies nicht der Fall war.

Konnten sich die Beamten der Finanzverwaltung mit den Vertretern der Steuerpflichtigen nicht einigen, so wurden die Einwände der letzteren am Rande der Akten vermerkt, sie wurden zu Protokoll gegeben, wenn sie nicht einzelne Objekte, sondern den ganzen abgeschätzten Boden oder doch den grösseren Teil desselben betrafen. Erst nach Erledigung dieser Formalitäten unterzeichneten die Repartitoren die Protokolle, wodurch die Bestätigung derselben vollzogen wurde.

Neben den Kontrolleuren als den Vollzugsorganen hatten die Steuerinspektoren die Aufgabe einer thätig eingreifenden und dauernden Beaufsichtigung. Zu diesem Behufe und namentlich zur Sicherung der Gleichförmigkeit des Verfahrens hatten sie vor Beginn der Arbeiten die Kontrolleure gruppenweise zu versammeln und vor ihnen die einzelnen Stadien der Bewertung in einer oder zwei Gemeinden zu bewerkstelligen. Ausserdem wurden sie angewiesen, die Agenten häufig bei ihren Arbeiten aufzusuchen und ihre Operationen in Augenschein zu nehmen. Der Inspektor sollte mindestens den zehnten Teil der je von einem Kontrolleur bewerteten Gemeinden persönlich revidieren. Er hatte sodann in Spezialberichten, welche dem kontrollierten Beamten sofort mitzuteilen waren, die vorgefundenen Unregelmässigkeiten zu berichtigen und von der geschaffenen Remedur Rechenschaft abzulegen. Der Generaldirektor der direkten

¹⁾ Boutin, Rapport, ch. III. 8. p. 11/12.

Steuern war überdies befugt, als oberster Leiter der Arbeit die Inspektoren nach denjenigen Punkten zu entsenden, wo ihre Anwesenheit notwendig und wünschenswert erschien. Besonders sollte dies geschehen, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen den Controllen und Repartitoren vorlagen.

Der Steuerdirektor hatte endlich Vergleichen unter den Gemeinden der aneinander grenzenden Departements anzustellen und sich mit seinen Kollegen in Verbindung zu setzen, um sich über die Uebereinstimmung der Schätzungen zu vergewissern.

Alle diese Bürgschaften sollte eine gewissenhafte Prüfung der Akten krönen, deren Durchsichtung ebenfalls zu den Obliegenheiten der Steuerdirektoren gehörte.

Nachdem die Mietwerte einmal in den Listen als richtig anerkannt waren, galt es nur noch Auszüge von Gemeinde zu Gemeinde zu veranstalten und endlich nach Kantonen und Arrondissements das Resultat für das ganze Departement zu wiederholen.

Die in grossen Zügen unter Hervorhebung der Hauptpunkte geschilderte Abschätzung der Gebäudegrundstücke nahm über zwei Jahre in Anspruch; sie wurde Ende August im Jahre 1887 begonnen und im November des Jahres 1889 zum Abschlusse gebracht.

7. Die Resultate der Aufnahme ¹⁾. — Dieses grosse Werk ergab, dass in ganz Frankreich 9,051,542 überbaute Grundstücke vorhanden sind, welche der Steuer unterliegen. Diese stellen im ganzen einen Mietwert von 2,810,412,135 Fr. und einen Reinertrag von 2,090,081,970 Fr. im Jahre dar, so dass die reinen Einkünfte bei den Wohngebäuden $\frac{3}{4}$ und bei den Fabriken $\frac{2}{3}$ des Mietwerts ausmachen.

	Zahl	Mietwert Fr.	Reinertrag Fr.
Wohngebäude . . .	8,914,523	2,597,686,446	1,948,264,852
Fabriken	137,019	212,725,689	141,817,118
	9,051,542	2,810,412,135	2,090,081,970

Der Anteil, welchen die verschiedenen Departements an diesen Zahlen haben, zeigt grosse Abweichungen. Das Seine-Departement tritt mit 655,827,455 Fr., das Norddepartement mit 94,538,325, das Rhône-Departement mit 73,627,964, die Gironde mit 62,850,719, die Seine-et-Oise mit 61,202,521, die Seine-Inférieure mit 59,121,856 und Bouches-du-Rhône mit 58,560,773 Fr. ein. Diesen stehen als

¹⁾ Boutin, Rapport, ch. IV. p. 12/14. Réforme, a. a. O. p. 55 ff.

Gegensätze gegenüber die Lozère mit 1,753,741 und die Hochalpen mit 1,864,448 Fr.

Im Jahre 1889 betrug das auf den überbauten Boden entfallende Kontingent 62,683,393 Fr. Würden nun für die Repartition die vorerwähnten Zahlen in Anwendung kommen, so ergäbe sich im Durchschnitt ein Steuerfuss von 3 % im Prinzipal. Allein der ermittelte Reinertrag von 2,090,081,970 Fr. bezog sich auf alle zur Zeit der Aufnahmen bestehenden Bauten, mochten sie der Grundsteuer unterworfen oder von derselben infolge eines Versehens oder wegen Neubaus¹⁾ frei geblieben sein. Wenn man aber vergleichungsfähige Zahlen erhalten will, muss man die steuerfreien Immobilien in Abzug stellen. Hierdurch erhält man als mittleren Steuerfuss für die Gebäudegrundstücke im Jahre 1889 im Prinzipal 3,07 %.

Indessen waren bei weitem nicht alle Departements von diesem Satze betroffen, vielmehr zeigen sich erhebliche Abweichungen von demselben nach Verwaltungsbezirken und Kommunalverbänden höherer und niederer Ordnung²⁾.

I. Von den Departements

war 1 besteuert mit einem Steuerfuss unter 1 %

waren 5	"	"	"	"	von 1 „	bis 1,99 %
" 22	"	"	"	"	" 2 „	" 2,99 „
" 45	"	"	"	"	" 3 „	" 3,99 „
" 13	"	"	"	"	" 4 „	" 4,99 „
war 1	"	"	"	"	über 5 „	

Die Extreme sind hier Tarn-et Garonne mit 5,30 % und Korsika mit 0,97 %.

II. Von den Arrondissements waren

2 besteuert mit einem Steuerfusse unter 1 %

23	"	"	"	"	von 1 „	bis 1,99 %
110	"	"	"	"	" 2 „	" 2,99 „
161	"	"	"	"	" 3 „	" 3,99 „
53	"	"	"	"	" 4 „	" 4,99 „
13	"	"	"	"	über 5 „	

¹⁾ Art. 88 des Ges. v. 3. Frim. VII bewilligt allen Neubauten zwei Jahre lang nach ihrer Vollendung unbedingte Steuerfreiheit.

²⁾ Die Tabellen I, II u. III sind entnommen Boutins Rapport: Tableau No. 14 représentant le classement des diverses divisions administratives en catégories d'après le taux de l'impôt en principal (p. 63). Réforme, a. a. O. p. 56, 58, 59.

Hier stehen das Corta-Arrondissement (Korsika) mit 0,78 % und Briançon (Hochalpen) und Moissac (Tarn-et-Garonne) mit je 5,87 % einander als Extreme gegenüber.

III. Von den Gemeinden waren

426 besteuert mit einem Steuerfuss unter 1 %

3788	"	"	"	"	von 1 "	bis 1,99 %
8558	"	"	"	"	" 2 "	" 2,99 "
8976	"	"	"	"	" 3 "	" 3,99 "
6398	"	"	"	"	" 4 "	" 4,99 "
3618	"	"	"	"	" 5 "	" 5,99 "
2026	"	"	"	"	" 6 "	" 6,99 "
1079	"	"	"	"	" 7 "	" 7,99 "
528	"	"	"	"	" 8 "	" 8,99 "
312	"	"	"	"	" 9 "	" 9,99 "
422	"	"	"	"	" 10 "	und darüber.

Die höchst besteuerte Gemeinde ist Puy-Saint-Eusèbe (Hochalpen) mit 42,21 %, die wenigst belastete d'Hendaye (Niedere Pyrenäen) mit 0,15 %. Die eine Kommune ist also mit einem 282 mal so hohem Steuersatze betroffen, wie die andere. Die 426 Kommunen, deren Steuerfuss 1 % nicht erreicht, verteilen sich auf 45 Départements; 14 von ihnen weisen je 1 solche Gemeinde auf, während auf Korsika 183 treffen. Dagegen befinden sich die 422 Gemeinden mit 10 % und darüber in 54 Départements, wovon 14 auf ein einziges entfällt und 8 mehr als 20 solche Kommunen enthalten.

Diese wenigen Zahlen lassen es begreiflich erscheinen, dass die Klagen über die ungleichmässige Verteilung der Steuerlast kein Ende nahmen und auch unbedingt als berechtigt anzuerkennen waren. Die Notwendigkeit einer eingehenden Steuerreform konnte nicht in Abrede gestellt werden.

Die Gründe für diese Erscheinung sind teils allgemeiner, teils spezieller Natur¹⁾.

Vergegenwärtigt man sich nur die Entwicklungsgeschichte der Grundsteuer, so ist es klar, dass schon durch die Methode der ersten Verteilung der Kontingente auf die einzelnen Verwaltungsbezirke die grössten Irrtümer entstehen mussten, man wird aber auch anderseits begreifen, dass die später gewählten Reformen, die formelle Ermässigung des Prinzipals, keineswegs geeignet waren, jene Ungleich-

¹⁾ Réforme, a. a. O. p. 59/60.

mässigkeiten zu beheben. Auch der Rechtszustand vor dem Gesetze vom 17. August 1835 war der Grund zu einer ganzen Reihe von Schäden ¹⁾. Denn die Modifikationen der Kontingente kamen wesentlich denjenigen Gemeinden zu gute, in welchen der grössere Wohlstand sich durch zahlreiche Neubauten und Umbauten zeigte, während diejenigen nur Nachteile hatten, welche im ganzen stationär blieben.

Eine weitere Ursache liegt in der Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens, namentlich der Verkehrsverhältnisse: das Verschwinden der Achsenfracht, die Ausgestaltung der modernen Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahnen, die freiere wirtschaftliche Rechtsordnung, die immer schwierigere Lage des kleinen und mittleren Betriebes, das Emporkommen der Grossindustrie und damit die kapitalistische Form der Unternehmungen; endlich die ökonomische Depression in den siebziger Jahren und die landwirtschaftliche Krisis in der neuesten Zeit verschoben die vorhandenen Verschiedenheiten unter den Gemeindebezirken, sie schufen neue Ungleichmässigkeiten, wo solche noch nicht bestanden oder sie verschärften die alten. „Im Steuerfuss spiegelt sich im allgemeinen die Wohlhabenheit der Gegend. Er ist zu einer schweren Last geworden in Gegenden, die weit entfernt liegen von den grossen Verkehrsstrassen, in welchen Industrie, Gewerbthätigkeit und Handel nicht zu hoher Blüte entfaltet sind. Dagegen ist er bedeutend leichter geworden in denjenigen Teilen des Territoriums, wo der überbaute Boden durch Industrialität und Eisenbahnwege zugenommen hat. Das erklärt, warum das platte Land weit stärker belastet ist als die Städte“ ²⁾.

Diese letztere Bemerkung verdient eine nähere Erläuterung, welche die nachstehende Tabelle vermittelt:

Gemeinden mit	{	2,000 Einw. und darunter haben einen Steuerfuss von 3,37 %						
		2,001 bis	5,000 Einw.	„	„	„	„	3,00 „
		5,001 „	10,000 „	„	„	„	„	2,95 „
		10,001 „	20,000 „	„	„	„	„	2,71 „

¹⁾ Vor diesem Gesetze wurde bei Bestimmung der Kontingente auf die Bewegung der Neubauten Rücksicht genommen. Erst Art. 2 desselben bestimmte:

„Les maisons et usines nouvellement construites ou reconstruites et „devenues imposables seront, d'après une matrice rédigée dans la forme accou- „tumée, cotisées comme les autres propriétés bâties de la commune où elles „seront situées et accroîtront le contingent dans la contribution foncière . . . „de la commune, de l'arrondissement et du département.“

²⁾ Boutin, Rapport p. 14. — Réforme, p. 61/63.

Gemeinden mit	{	20,001 bis 30,000 Einw. haben einen Steuerfuss von 2,98 %
		30,001 „ 50,000 „ „ „ „ 2,77 „
		50,001 „ 100,000 „ „ „ „ 3,08 „
		100,000 Einw. und darüber „ „ „ 3,51 „
		Die Stadt Paris hat „ „ „ 2,88 „

Durchschnittlicher Steuerfuss von ganz Frankreich = 3,07 ‰.

Man sieht, dass im allgemeinen der mittlere Steuersatz nur in denjenigen Gemeinden überschritten wird, welche 2000 Einwohner und darunter zählen. Diese aber sind 33,433 an Zahl und verteilen sich auf die Landgemeinden und kleineren Städte, in welchen ohnehin nicht die grosse Wohlhabenheit herrscht, wie in den grossen Knotenpunkten des wirtschaftlichen Verkehrs. Dass daneben einzelne grosse Städte, wie besonders Havre und Rouen, höher belastet sind, entkräftigt die Thatsache nicht, dass die Grundsteuer auf dem platten Lande und in den kleineren Städten drückender ist als in grossen. Der höhere Satz erklärt sich in den letzteren eben aus besonderen Umständen.

Auch an dem gleichen Orte bestehen grössere Abweichungen, wenn man die verschiedenen Arten des Gebäudeeigentums ins Auge fasst. Von den 9,051,542 überbauten Grundstücken sind die gewöhnlichen Häuser mit durchschnittlich 3,07 ‰, die Schlösser und aussergewöhnlichen Gebäude mit 2,29 ‰ besteuert, während die Fabriken 3,47 ‰ vom Reinertrag als Steuer zu entrichten haben. Diese Zahlen haben nichts Ueberraschendes, wenn man bedenkt, dass die Schlösser nicht nach ihrem wirklichen Werte besteuert werden, und dass sie namentlich seiner Zeit bei der Katastralvermessung unzureichend bewertet worden waren, indem man damals von dem Grundsatz ausging, dass sie Immobilien seien, welche ein Einkommen nicht gewährten. Dagegen wurden die Fabriken mit voller Strenge eingeschätzt und hat sich ihre Steuerlast, welche schon anfangs eine beträchtliche war, zu einer geradezu drückenden gestaltet, da viele dieser Gewerke, besonders die kleinen Betriebe, unter den Zeitverhältnissen und durch die Veränderungen in Technik und Verkehrsmitteln eine grössere oder geringere Entwertung erlitten haben.

Betrachtet man die Wohnhäuser nach ihren Mietwerten, so verteilen sie sich der Zahl nach auf folgende Gruppen ¹⁾:

¹⁾ Nach Boutin Rapport: Tableau No. 25, présentant par département le classement des maisons par catégories d'après leur valeur locative (p. 106 u. 107). Réforme, p. 62.

Häuser mit einem Mietwert von	{	20 Fr. und weniger	1,132,412
		21 bis 50 Fr.	2,725,603
		51 „ 100 „	2,134,121
		101 „ 200 „	1,319,192
		201 „ 500 „	866,332
		501 „ 1000 „	370,734
		1001 „ 2000 „	197,097
		2001 „ 5000 „	105,391
		5001 und darüber	63,101

Der Steuerfuss der einzelnen Gruppen drückt sich in folgenden Prozentsätzen aus:

Häuser mit einem Mietwert von	{	20 Fr. und weniger	4,49 %
		21 bis 50 Fr.	4,10 „
		51 „ 100 „	3,63 „
		101 „ 200 „	3,22 „
		201 „ 500 „	3,00 „
		501 „ 1000 „	2,96 „
		1001 „ 2000 „	2,92 „
		2001 „ 5000 „	2,85 „
		5001 Fr. und darüber	2,92 „

Beide vorstehende Tabellen belehren uns, dass 7,311,328 Gebäude oder 82 % von einem höheren Satze als dem Mittelsatz von 3,07 % betroffen werden. Diese gehören aber insgesamt den Klassen mit geringem Mietwerte an, d. h. derselbe überschreitet nicht 200 Fr. Dagegen werden die besseren Kategorien der Wohngebäude unverhältnismässig geschont.

Ein ganz ähnliches Verhältnis zeigt sich bei den Fabriken ¹⁾:

			Zahl der Fabriken	Steuerfuss %
Fabriken mit einem Mietwert von	{	200 Fr. und weniger . .	53,289	5,59
		201 bis 500 Fr. . .	35,851	5,56
		501 „ 1,000 „ . .	18,829	5,25
		1,001 „ 2,000 „ . .	11,840	4,64
		2,001 „ 5,000 „ . .	9,298	3,89
		5,001 „ 10,000 „ . .	3,996	3,44
		10,001 „ 20,000 „ . .	2,283	2,88
		20,001 „ 40,000 „ . .	1,096	2,39
		40,001 Fr. und mehr . .	537	2,80
			137,019	

¹⁾ Réforme, p. 63.

So unterliegen 133,103 oder 97 % aller Fabriken einem höheren als dem durchschnittlichen Steuerfusse.

Stellen wir zum Schlusse noch eine Vergleichung an zwischen den Koten und Gebäudegrundstücken einer- und dem gegenwärtigen Steuerfuss andrerseits, so ergeben sich folgende Verhältniszahlen ¹⁾. Die Zahl der auf 9,051,542 überbaute Grundstücke treffenden Koten beziffert sich auf 6,595,175. Der mittlere Reinertrag der Kote beläuft sich im Durchschnitt für ganz Frankreich auf 317 Fr. Er erreicht aber

4730	Fr. im Seine-Departement,
900	„ im Rhône-Departement,
719	„ in den Bouches-du-Rhône,
627	„ in der Seine-et-Oise,
539	„ in der Seine-Inférieure,
521	„ in den Seealpen.

Der Reinertrag der Kote bewegt sich zwischen 500 und 1000 Fr. in 65 Departements; er ist geringer als 100 Fr. in den Côtes du Nord, L'Arriège, Hochsavoien, Nieder- und Hochalpen, ferner in der Haute-Loire, im Gers, Tarn-et-Garonne, im Lot, im L'Aveyron, in der Ardèche, im Cantal und der Corrèze und Creuse. Die geringste Zahl weist die Lozère mit 59 Fr. auf.

Nach Gemeinden geordnet beziffert sich der mittlere Reinertrag der Kote wie folgt:

Gemeinden mit	{	2,000 Einw. und weniger auf	100 Fr.
		2,001 bis 5,000 Einw. „	212 „
		5,001 „ 10,000 „ „	499 „
		10,001 „ 20,000 „ „	827 „
		20,001 „ 30,000 „ „	931 „
		30,001 „ 50,000 „ „	1272 „
		50,001 „ 100,000 „ „	1083 „
		100,001 Einwohner und darüber	1518 „
		in der Stadt Paris	6919 „

Der mittlere Reinertrag des einzelnen Gebäudegrundstückes folgt einer ähnlichen Entwicklungstendenz, wie derjenige der Kote. Von 76 Fr. in der Gemeinde der geringsten Klasse steigt er allmählich auf 141 in Kommunen mit 2001—5000 Einwohnern, auf 296 in der Gruppe von 5001—10,000 Einwohnern, um schliesslich

¹⁾ Nach Boutin, Rapport p. 14. Réforme, p. 64/65.

in den grossen Städten 1245 und in Paris sogar 6044 Fr. zu erreichen.

Die durchschnittliche Steuer für die Kote beträgt 9,50 Fr. im Prinzipal für ganz Frankreich. Sie variiert zwischen 128.2 Fr. im Seinedepartement und 1,05 Fr. auf Korsika. Sie überschreitet den Satz von 15 Fr. nur in der Seine-Inférieure (25.85), in den Bouches-du-Rhône (22.31) und in der Seine-et-Oise (17.11). Dagegen erreicht sie nicht 5 Fr. in 39 Departements mit Einschluss Korsikas. Für alle Gemeinden mit 5000 Einwohnern und darunter, welche 4 Fünftel aller Gebäudegrundstücke begreifen, stellt sich der Durchschnitt auf 3,84 Fr. Wenn man bedenkt, dass dieser Mittelsatz alljährlich vom Staate vom Grundeigner eingehoben wird, so wird man zugeben, dass dies nur eine mässige Last ist. Ihre Einziehung würde zu keiner Beschwerde führen, vorausgesetzt, dass die Verteilung nach dem wirklichen Reinertrag jedes Steuerzahlers auch tatsächlich erfolgen würde. Allein zum überwiegenden Teile ist dies leider nicht der Fall; die Abweichungen vom Normalverhältnis, wie sie aus den angeführten statistischen Daten hervorgehen, sind sehr beträchtlich. Ueberhaupt lässt sich das sichtliche Bestreben der Entwicklung nicht verkennen, das platte Land und die kleineren Städte stärker zu belasten als die grossen Städte. Andererseits aber gewahren wir durchgängig die Ueberlastung der Grundstücke mit geringerem Mietwert und die Schonung der wertvolleren Gebäulichkeiten als eine typische Thatsache des Werdeprozesses des französischen Grundeigentums.

Ueberblickt man all diese Umstände unter dem Gesichtswinkel des Steuerwesens und der Steuerpolitik, so gelangt man zur Ueberzeugung, dass der in dem jüngsten Reformwerk vollzogene Uebergang der Gebäudegrundsteuer von der Repartition zur Quotität kein zufälliges oder bloss steuertechnisches Ereignis war, sondern zugleich dem Zuge einer volkswirtschaftspolitischen Notwendigkeit folgte.

Es erübrigt noch, einige wenige Bemerkungen über die Aufnahme einzuschalten, welche die Bewertung der Gebäudegrundstücke seitens der öffentlichen Meinung und der Volksvertretung gefunden hat. Von allen wurde zunächst einstimmig anerkannt, dass die Steuerverwaltung es weder an Mühe und Zeit, noch an Eifer und Umsicht habe fehlen lassen, kurz allseitig war man der Ansicht, dass in derjenigen Richtung, in welcher sich die Arbeiten erstreckten, das

denkbar beste Resultat erzielt worden sei. Von den vorgebrachten Einwürfen verdienen einige keine weitere Erwähnung, da sie entweder auf Unkenntnis der konkreten Sachlage beruhen, oder einem Steuerrilletantismus entspringen, welcher des tieferen fachmännischen Urteils entbehrt und Forderungen zum Gegenstande hat, denen einmal nach den technischen Verhältnissen der Dinge eine Berücksichtigung nicht zu teil werden kann.

Wir möchten uns daher auf die Hervorhebung eines Punktes beschränken, nämlich auf die Mitwirkung der Vertretung der Selbstverwaltungskörper.

Nach dem Gesetz vom 3. Frimaire VII und den Verordnungen aus den Jahren 1821 und 1827 war den Generalräten ein massgebender Einfluss auf die Katasterarbeiten eingeräumt worden. Sie hatten alle Bewertungen zu verhandeln, sie sollten dieselben im einzelnen prüfen, und sie waren endlich eine Berufungsinstanz für die Entscheidungen der Departementalkommissionen, welchen die festgestellten Tarife zur Begutachtung unterbreitet wurden. An die Stelle der Generalräte hat die Regierung bei der Bewertung der Gebäudegrundstücke die Repartitoren gesetzt. Bei dieser Verfügung waren die leitenden Kreise offenbar von dem Bestreben geleitet, die fortwährende Kontrolle der Aufnahmen sachkundigen und von politischen Einflüssen unabhängigen Beurteilern anheimzugeben. Sie schienen aber in Anbetracht der Generalräte die politische Objektivität nicht in dem Masse vorauszusetzen, wie bei den Repartitionskommissären. Diese boten, wie es scheint, grössere Garantien als jene.

Gegen diese Vorschriften wurde eingewendet, dass die Arbeiten der Finanzverwaltung der notwendigen Autorität entbehrten, da die Herbeiziehung der Generalräte allein als die Repräsentanten der Steuerpflichtigen zu betrachten seien. Vor allem aber seien die Repartitoren von der Regierung nicht in dem wünschenswerten Masse unabhängig, sie seien in gewisser Hinsicht, wenn auch nur mittelbar, deren Organe. Dies zeige sich schon bei ihrer Wahl, indem sie vom Präfekten aus der vom Gemeinderat aufgestellten Liste gewählt werden; jener aber habe es immerhin auf diesem Wege in der Hand, der Regierung missliebige Persönlichkeiten ferne zu halten. Diesen Einwurf, welcher in der Aufstellung gipfelt, dass die Ergebnisse der Schätzung, um einer Reform der Gebäudegrundsteuer zur Grundlage dienen zu können, gänzlich unparteiischen Vertretern der

Bevölkerung unterbreitet werden mussten, hat der Leiter der Operationen mit zwingenden Gründen entkräftet, indem er auf den tiefgreifenden Unterschied hinwies, der zwischen den Aufnahmen nach dem Katastergesetz vom 15. September 1807 und der neuesten Bewertung nach dem Gesetz vom 8. August 1885 auch in prinzipieller Beziehung bestand. Jedenfalls wird man vom objektiv-wissenschaftlichen Standpunkt dem Vorgehen des Generaldirektors Boutin nur beipflichten können, da der Sache nichts förderlicher sein konnte, als die grösstmögliche Fernehaltung rein politischer Einflüsse. Dass aber in dem Falle, wenn die Nachprüfung und Begutachtung der Schätzungsergebnisse den inkommunalisierten Vertretungen der Departements übertragen worden wäre, die Aufnahmen sofort eine Sache politischer Parteiung geworden wäre, ist eine Anschauung, welche sich aus der Zusammensetzung der Generalräte leicht erklärt. Es gab daher für den Regierungsvertreter, wollte man die Objektivität der Beurteilung des grossen Werkes sicherstellen, keinen anderen Weg, als die Substituierung der Repartitoren. Zudem kann man doch wohl auch annehmen, dass technische Rücksichten mit der Materie vertraute Personen erheischten, welche Voraussetzung bei den Generalräten nicht gegeben zu sein schien.

Die sonstigen Einwände glauben wir hier übergehen zu sollen, da sie teils ganz untergeordneter Natur waren, teils eines wissenschaftlichen Hintergrundes entbehrten. Soweit sie eine grundsätzliche Bedeutung hatten, werden wir im nächsten Kapitel noch mehrfach auf dieselben zurückkommen.

III.

Die Reform der Gebäudegrundsteuer durch das Gesetz vom 8. August 1890.

1. Der Inhalt des Gesetzentwurfes¹⁾.

Nachdem Ende des Jahres 1889 die Verwaltung der direkten Steuern die Aufnahme und Abschätzung der Gebäudegrundstücke vollendet hatte, galt es, die Ergebnisse in einen bestimmten Reformplan zusammenzufassen und für die gesetzgeberische Gestaltung vorzubereiten.

¹⁾ Für die geschichtliche Entwicklung der folgenden Prinzipienfragen wurde Boutin, Rapport a. a. O. benutzt. Die Auslegung der einzelnen Gesetzesbestimmungen sind, im engsten Anschluss an den Kommentar, den betr. Abschnitten der Réforme p. 172—193 entnommen.

Der Finanzminister Maurice Rouvier legte daher mit dem allgemeinen Budget für das Jahr 1891 einen Gesetzentwurf am 22. Februar 1890 den Kammern vor, welcher von zwei grundlegenden Thatsachen seinen Ausgang nahm. Die Einleitung und die Motive zu dem Vorschlage besagten, dass nach den vorliegenden Resultaten der letzten Bodenbewertung vom Jahre 1879 der durchschnittliche Steuersatz für den nicht überbauten, wesentlich agrarisch benutzten Boden sich auf 4,60 % stellte, während die überbauten Grundstücke nur einen Satz von 3,07 % auswiesen. Früher ausgesprochenen Forderungen der gesetzgebenden Gewalten zufolge sollte diesen Missverhältnissen dadurch abgeholfen werden, dass dem landwirtschaftlichen Boden eine angemessene Entlastung gewährt werden, wogegen das Gebäudeeigentum stärker zur Steuer herangezogen werden sollte.

Der Reformplan zerfällt in zwei Teile.

Erstens soll das Prinzipal für die nicht überbauten Grundstücke für das Jahr 1891 von 118,547,212 Fr. auf 102,552,276 Fr. herabgesetzt oder eine Steuerentlastung von 15,994,936 Fr. ausgesprochen werden. Die unmittelbare Folge dieses Vorgehens würde die Verwandlung des 4,60 %igen Steuerfusses in einen 3,97 %igen sein. Die Verteilung und Umlegung dieser Summe sollte unter Zugrundelegung der letzten Bodenbewertung vom Jahre 1879 durch die General- und Arrondissementsräte vorgenommen werden. Indes wurden von vornherein die Departements der Seine und Korsikas von dieser Begünstigung ausgenommen, da in diesen der normale Satz ohnehin nur 1,96 und 0,94 % beträgt.

Da aber die Erfahrungen der bisherigen Grundsteuergesetzgebung gezeigt haben, dass die einfache, mechanische Herabminderung des Kontingents das Uebel nicht zu heilen vermag, so zielten weitere Vorschläge der Regierung darauf ab, die bestehenden Ungleichmässigkeiten bei Veranlagung der einzelnen Parzelle zu beheben. Dies konnte aber durch die letzte Bodenbeschätzung im Jahre 1879 nicht geschehen, da dieselbe auf die Konstatierung der Parzelle nicht zurückgegriffen hatte. Daher sollten die beantragten, neu vorzunehmenden Arbeiten dem Kataster eine viel grössere Bedeutung beimessen. Es sollte nicht mehr lediglich zur individuellen Repartierung innerhalb der Gemeinde benutzt werden, nicht mehr ausschliesslich fiskalischen und administrativen Zwecken dienen, sondern durch eine genaue Begrenzung der Gemarkungen und eine sorg-

fältige Triangulation das unverrückbare Fundament des Grundbesitzes überhaupt bilden, die Sicherheit der Hypotheken gewährleisten, die Regelmässigkeit des Immobilienverkehrs verbürgen und damit zugleich eine gedeihliche Entwicklung des Kredits stützen, mit einem Worte, es solle das grosse Grundbuch für Frankreich (Grand Livre Terrier) werden. Der Gesetzentwurf fordert daher die Billigung der Katastererneuerung im Prinzip und die Eröffnung eines vorläufigen Kredits von 1,800,000 Fr. zum Studium der vorbereitenden Arbeiten.

Wir verzichten darauf, in die Begründung dieses Teils der Vorlage, der Katastererneuerung, wie sie die Motive darlegen, näher einzugehen. Dieselbe ist ohne praktische Bedeutung geblieben, da die Volksvertretung es ablehnte, diese weiteren Pläne der Regierung zum Gesetze zu erheben. Insoweit aber der nicht überbaute Grundbesitz Gegenstand des vorliegenden Gesetzes wurde, wollen wir uns diese Erörterungen für eine spätere Stelle vorbehalten.

Zweitens sollte eine Reorganisation der Gebäudegrundsteuer in Angriff genommen werden.

Die charakteristischen Merkmale dieser Abteilung der Reform lassen sich in zwei Hauptpunkte zusammenfassen, in die Vollendung des Differenzierungsprozesses der allgemeinen Grundsteuer und in die Umwandlung der verselbständigten Gebäudesteuer in eine Quotitätssteuer. In dem neuesten gesetzgeberischen Versuche haben wir es mit einem einstweiligen Abschlusse einer langsamen, aber nach einem Ziele konsequent strebenden Entwicklung zu thun. Nachdem schon frühzeitig sich die Erkenntnis Bahn gebrochen hatte, dass die wesentlich gleichartige, steuertechnische Behandlung der überbauten und nicht überbauten Grundstücke auf die Dauer zu Missverhältnissen führen müsse, ging das Bestreben dahin, die Verselbständigung der Gebäudegrundsteuer vorzubereiten, sie aus dem Rahmen der allgemeinen Grundsteuer, gemäss ihrer Eigenart, loszulösen. Schlagen nun auch die ersten Versuche während der Revolutionszeit und der Restauration fehl, so waren sie doch symptomatische Anzeichen für eine im Keime schlummernde Entwicklung. Hier waren es wiederum allgemeine Umstände, zunächst politischer Natur, welche ein Menschenalter später die Blüte zur Frucht ausreiften. Die Kriegerereignisse der Jahre 1870/71 waren die Triebfedern zum Gesetze vom 29. Juli 1881 und der Bewegung 1876/79, welche jenen Vorgang einleitete. Das berührte Gesetz vom 8. August 1885 erscheint

unter diesem Gesichtspunkt als die logische Folgerung des erstgenannten. Neben dieser Strömung lief eine alte, die Frage des Ausgleichs der Grundsteuerlast. Der Motor endlich, welcher in befruchtender Wirkung den Keim zum Leben weckte, war die zur *Conditio sine qua non* sich durchringende Forderung der Separierung, der Zweiteilung des Grundsteuerproblems. Zuerst ebnete man gleichsam den Boden durch die Trennung der Mutterrollen, wodurch alsbald der Kampf für die doppelte steuertechnische Behandlung auf allen Punkten der Linie eröffnet wurde. Diese Richtung gelangte zum Sieg und die in Rede stehende Vorlage entschied in diesem Sinne abschliessend die Differenzierung der Grundsteuerfassung.

Die so verselbständigte Gebäudegrundsteuer sollte aber noch weitere Wandlung durchmachen, sie sollte eine neue prinzipielle Gestaltung erfahren. Der alte Streit zwischen Repartierung und Quotisierung, welcher sich als Leitmotiv durch die hundertjährige Geschichte der Grundsteuergesetzgebung hindurchzieht, hat wenigstens für die Gebäude seine endgültige Beilegung erhalten. Materiell hat man hier die nie ruhende Frage des Ausgleichs dadurch zu lösen gesucht, dass man beide, doch grundsätzlich unterschiedliche Arten des Grundeigentums einer besonderen, der Eigenart angepassten Steuerform unterwarf. Um deswillen bestimmt der Gesetzentwurf, dass mit dem 1. Januar 1891 die Departements, Arrondissements und Gemeinden keine Kontingente für die Gebäudegrundsteuer zugewiesen erhalten sollten und demgemäss die bislang in Kraft befindliche Repartitionssteuer durch eine prozentuelle Abgabe, durch eine Quotitätssteuer ersetzt werden sollte. Als Grundlage für die Bemessung der Steuerpflicht des Gebäudeeigentums, des Bauwerks, nicht der Bodenfläche (Area) soll vom gleichen Zeitpunkt derjenige Mietwert der Gebäude dienen, welchen die neue Bewertung angegeben hat.

Die übrigen Verfügungen betreffen die Festsetzung des Steuerfusses und Prozentsatzes, welcher alljährlich vom Parlamente bestimmt wird, die Behandlung der Neubauten, die Revision des Gebäudekatasters, die Reklamation und die Frage der Bemessung der Zuschlagscentimes, Prinzipienfragen, auf welche wir noch einmal ausführlich zurückkommen werden.

Um noch das Wenige hervorzuheben, was die äussere Geschichte des Gesetzentwurfes betrifft, so erwähnen wir, dass die

Budgetkommission von der Kammer am 11. März 1890 gewählt wurde, welche eine Subkommission mit der gründlichen Prüfung der Vorlage betraute. Diese hatte am 1. Juli ihre Arbeiten vollendet, worauf der Entwurf in der Abgeordnetenversammlung zur Verhandlung gelangte. Sechs Sitzungstage, 10., 11., 12., 15., 16. und 18. Juli, nahmen die Debatten in Anspruch, worauf die Vorlage trotz mannigfachem Widerstande und ansehnlicher Gegnerschaft in zustimmendem Sinne an den Senat gelangte. Nachdem die Regierung am 19. Juli das Projekt auf den Tisch des Hauses niedergelegt hatte, schritt am 21. Juli die Budgetkommission des Senates zur Arbeit. In den Sitzungen vom 4., 5. und 6. August wurde der Entwurf von der Vollversammlung des Senats trotz abermaliger heftiger Widersprüche, namentlich des Berichterstatters der Budgetkommission, Boulanger, angenommen. Die Promulgierung des zum Gesetz erhobenen Entwurfes erfolgte am 8. August 1890¹⁾.

2. Der Mietwert.

Der erste Punkt, welcher uns zu einer Erörterung Veranlassung gibt, ist die Annahme des Mietwerts als einheitliche und alleinige Grundlage für die Bemessung der Steuerpflicht des überbauten Bodens. Nach der Absicht des Gesetzgebers sollten die angeordnete Aufnahme der Gebäudegrundstücke, sowie die Ermittlung der Nutzung eines jeden derselben die Möglichkeit gewähren, vom Reinertrag des Immobils eine sichere Quote als Steuerbeitrag einzuheben.

Ein derartiges Vorgehen stand so sehr mit dem Geiste der französischen direkten Besteuerung im Einklang, dass auffallenderweise bei den parlamentarischen Verhandlungen mit keinem Worte auf die Bedeutung und Tragweite dieser elementaren Vorschrift eingegangen wurde. Mochten die Staatsmänner und Volksvertreter uneinig sein über die grossen Prinzipien der Repartition und Quotität, mochten sie eine Reihe von mehr oder weniger belangreichen Detailverfügungen des Gesetzes eingehend besprechen: keiner von ihnen regte die prinzipiell und praktisch wichtige Frage an, ob es richtig und empfehlenswert sei, den Mietwert für alle Gebäude ohne Unterschied und Begrenzung für kleinere Ortschaften und Städte der verschiedensten Grösse, für jede Art von Gebäulichkeiten als steuerpolitischen Ausgangspunkt zu wählen.

¹⁾ Journal officiel, 12 août 1890 No. 217 p. 4133—4141.

Der Mietwert als steuertechnisches Veranlagungsmoment hat in der französischen Steuerverfassung seine Geschichte.

Schon frühzeitig lassen sich die Spuren einer Verwendung des Mietwerts der (Privat-)Wohnungen zu Steuerzwecken deutlich erkennen. Während des Ancien Régimes wurden die Einkünfte aus dem beweglichen Vermögen und dem rein persönlichen Erwerbe im Prinzip mit durch die direkten Steuern jener Zeit, Zwanzigsten, Kopfsteuer und Taille (personelle) getroffen, hatten aber thatsächlich eine sehr verschiedene und zum Teil sehr willkürlich auferlegte Last zu tragen oder blieben überhaupt praktisch ganz abgabefrei. Um insbesondere die Willkür der Steueranlage, welche die meisten Klagen hervorrief, zu vermeiden, hatte man hie und da, wie in Paris, die Kopfsteuer nach dem Wohnungsaufwande aufgelegt. Eine Idee dieser Art hegte auch bereits die Notablenversammlung i. J. 1787 bei ihren Plänen zur Reform der direkten Besteuerung. Die Gesetzgebung der Revolutionszeit entnahm diesem Ideenkreise den Gedanken, nach objektiven, äusseren Merkmalen auf die Steuerfähigkeit der Bezieher von Einkünften aus beweglichem Vermögen und persönlichem Erwerb zu schliessen, um Willkür und Eindringen in die persönlichen Verhältnisse nach Kräften zu vermeiden und fand in dem Wohnungswert, dem Werte der Miete, den geeignetsten Anhaltspunkt hierfür.

Auf der Basis dieses „äusseren Merkmals“ sollte die Personal- und Mobiliarsteuer sich zu einer einkommensteuerartigen Abgabe für die gesamten Einkünfte und Personen, soweit nicht Auflagen des Grundeigentums in Betracht kamen, aufbauen, indem aus der Ausgabe für den Wohnzweck auf die Höhe des Einkommens überhaupt geschlossen und das so berechnete „Einkommen“ besteuert werden sollte. Indes gehörte diese ganze Gesetzgebung der ideologischen Periode der Revolutionsära an. Nach verschiedenen Veränderungen, auch nach einem Versuch einer abgestuften klassenartigen Personalsteuer kehrte man 1798 zur allgemeinen Personaltaxe und zur unmittelbaren Mobiliar- oder Wohnungs- (Miet-) Steuer zurück und verzichtete auf den Versuch, diese Abgabe zu einer Art Einkommensteuer zu gestalten.

Ausserdem sind noch zwei Fälle namhaft zu machen, in welchen wir den Mietwert als Bemessungsgrundlage der Steuer vertreten finden. Nach der Absicht des Gesetzgebers sollte die Thür- und Fenstersteuer den Benutzer, daher bei vermieteten Gebäuden oder

Teilen von solchen, den Mieter als solchen nach der Zahl seiner Thüren und Fenster treffen, vom Eigentümer aber eingefordert und ausgelegt werden, welchem jedoch das Recht zusteht, den ratenmässigen Anteil von seinen Mietern sich vergüten zu lassen. Praktisch aber vollzieht sich die endgültige Tragung der Steuer gewöhnlich in der Regelung des Mietpreises und erscheint daher, wenigstens formell, als eine Hausertragssteuer vom Mietwerte (Mietzins) als der Nutzung regelmässig vermieteter Gebäude. Ebenso wird bekanntlich die Patentsteuer nach Massgabe der „äusseren Merkmale“ der Ertragsfähigkeit eines Gewerbebetriebes veranlagt. In den verschiedenen Epochen, welche die Patentsteuer im Laufe ihrer Entwicklung durchgemacht hat, zeigen die verschiedenen Wandlungen ganz folgerichtig die Herstellung einer Wechselbeziehung zwischen dem Gewerbeertrage und dem Wohnungswert in den Proportionalitäten der Steuer, wenn auch die Kombinierung der Wohnräume und der Geschäftsräume Abweichungen aufweist.

Diese geschichtlichen Thatsachen in entwicklungsmässiger Perspektive betrachtet, beweisen, dass die Anwendung des Wohnungsaufwandes auf steuertechnische Ziele kein seltenes Vorkommnis bei den Steuerproblemen gewesen ist. In demselben haben wir es eben mit einem Ergebnis desjenigen Gedankenkreises zu thun, welcher in volkswirtschaftlicher Beziehung die Revolutionszeit durchdringt und in fortwährender Kontinuität bis in die Gegenwart herein fortwirkt.

Es bleibt noch anzuführen, dass auch unter den bisherigen Normen der Mietwert als Veranlagungsmoment der Gebäudegrundsteuer keineswegs fremd war. Die Bodenfläche, auf welcher das Haus steht, wurde nach dem Satze des besten Ackerlandes (erste Bonitätsklasse) der Gemeinde, das Gebäude selbst nach seinem Mietwert unter entsprechendem Abzug für die Bodenfläche zur Steuer veranlagt. Für den Wohnungswert war eine Durchschnittsberechnung nach den letzten zehn Jahren massgebend.

In der parlamentarischen Beratung stiess der regierungsseitige Vorschlag im Anschluss an die Beseitigung der Kontingentsbesteuerung der Gebäude, des Bauwerks, und an die Herstellung der Quotität, Punkte, auf die wir noch pflichtmässig zurückkommen werden, den Mietwert als allgemeine und einheitliche Bemessungsgrundlage für die Gebäude-Grundsteuer zu organisieren, auf keinen nennenswerten Widerstand. Demgemäss ging die Bestimmung des Entwurfs in das Finanzgesetz als Artikel 5 über:

„Die Grundsteuer der Gebäudegrundstücke wird vom gleichen Datum (1. Januar 1891) an veranlagt nach Massgabe des Mietwerts dieser Grundstücke, wie derselbe nach Artikel 34 des Gesetzes vom 8. August 1885 festgestellt worden ist, nach Abzug eines Viertels für die Wohngebäude und eines Drittels für die Fabriken, in Anbetracht der Abnutzung und der Unterhaltungs- und Reparaturkosten.“

„Nach den Art. 82 und 87 des Gesetzes vom 23. November 1798 (3. Frimaire VII.) wurde der steuerpflichtige Reinertrag der Häuser und Fabriken gleichfalls nach dem Mietwerte veranschlagt und zwar wurde dabei ein Viertel des Rohertrags bei den Wohngebäuden und ein Drittel bei Fabriken in Abzug gestellt; der Wohnungswert wurde nach einem zehnjährigen Durchschnitt angesetzt.“ (Réforme p. 173/74.) Die Neugestaltung der Gebäudesteuer hat diesen Rechtszustand nicht geändert, sondern sie hat lediglich verfügt, dass nicht mehr der Durchschnitt der letzten zehn Jahre für den Mietwert massgebend sein sollte, sondern seine dermalige Höhe, d. h. der Mietwert im Zeitpunkt der jüngsten Schätzung. Diese Modifikation hat ihren Grund darin, dass die Durchschnitte von den letzten zehn Jahren häufig eine Fiktion waren und die Berechnung derselben einen bedeutenden Verlust an Zeit verursachten.

Dagegen wurde der Art. 5 durch einen Zusatz erweitert:

„Die Vergünstigung des Artikels 85 des Gesetzes vom 3. Frimaire VII. wird auf die Gebäulichkeiten ausgedehnt, welche, ohne Rücksicht auf das Vieh des Wirtschaftshofes, als Wohnung für den Wärter dieses Viehs dienen.“

Diese Einschaltung hat ihren Grund wesentlich in dem Bedürfnis, der fiskalischen Rechtsprechung in dieser Richtung eine feste Grundlage zu geben. Das Amendement wurde von Léon Say eingebracht und in Uebereinstimmung der Regierung und der Budgetkommissionen ins Gesetz aufgenommen. Das Gesetz vom 3. Frimaire VII. befreit von der besonderen Gebäudegrundsteuer alle Stallungen, welche zur Unterbringung des Viehstandes dienen. Nun aber ergab sich öfters die Frage, ob ein Haus, in welchem neben den Haustieren, sei es im Stalle oder in einem Nebenraum, auch der Wärter derselben seine Unterkunft findet, durch diese Thatsache zu einem Wohngebäude werde und neben der allgemeinen Grundsteuer auch noch der Gebäude-Grundsteuer unterliege. Die herrschende Auslegung sprach sich im

allgemeinen für die Steuerbefreiung aus; man wollte aber dem thatsächlichen Zustande die gesetzliche Sanktion verleihen. (Réforme p. 174.)

Bei Beurteilung der Frage, ob es richtig und zweckmässig sei, die Verallgemeinerung des Ertrags aus der Vermietung für Steuerzwecke vorzunehmen, also eine Gebäudesteuer generell und einheitlich auf den Wert der Nutzung vermietbarer Wohnungen oder Wohnungsteile zu legen, d. h. m. a. W. eine Hauszinssteuer für jede Art von Gebäuden durchzuführen, wird man von einer Charakterisierung des Begriffes „Mietwert“ auszugehen haben.

Der Mietwert ist als volkswirtschaftliche Grösse ein Erzeugnis des Verkehrs, seine Entwicklung historisch-relativen Umständen unterworfen. Zunächst setzt derselbe die allgemeine Gewohnheit des Mietens und andererseits das Vorhandensein vermietbarer Immobilien voraus. Die Sitte des Eigenwohnens ist mehr und mehr durch die Vermietung verdrängt, jene bildet die Ausnahme, diese die Regel. Daraus folgt, dass in dem geschilderten Zustande die Arbeitsgliederung weit fortgeschritten, die Differenzierung des Erwerbslebens eine hochentwickelte sein muss und das gewerbsmässige Vermietungswesen ein selbständiges wirtschaftliches Geschäft geworden ist. Ferner aber müssen diejenigen Gebäude, bei denen der Mietwert oder Mietzins Bemessungsgrundlage der Steuerpflicht sein soll, ihrer Natur, ihrem Zwecke und ihrer Uebung nach zur Vermietung geeignet, bestimmt und zum Teil auch thatsächlich vermietet werden. Aus dem Gesagten geht daher unmittelbar hervor, dass zur Einführung einer Hauszinssteuer die städtische oder mindestens eine stadtartige Konzentrierung als Voraussetzung zu fordern ist. Fehlt eine solche, so haben wir es nicht mehr mit einem reellen, sondern nur mit einem fingierten Mietwerte zu thun, welcher nur dazu führen kann, dass ökonomische Grössen, Ertrags- und Einkommenbestandteile künstlich und gewaltthätig in Formen gezwängt werden, in denen ihre Eigenart nicht erkennbar ist und jene mit andern Elementen vermögensrechtlichen Ursprungs vermischt sind. Hierdurch werden aber eine Reihe von Verschiebungen und ungleichmässigen Belastungen, Doppelbesteuerung und unberechenbare Ueberwälzungstendenzen hervorgerufen. Endlich ist der Ertrag der ständigen Wohnungsvermietung für eine Gebäude-Extrasteuer nur dann empfehlenswert, wenn die Differenzierung des Gebäudeeigentums erkennbare und individuelle Verschiedenheiten gezeitigt hat.

Diese Beobachtungen ergeben, dass nur auf derjenigen Ent-

wicklungsstufe oder in denjenigen Fällen, wo in Städten die regelmäßige Vermietung ein besonderer Erwerb geworden ist, eine Hauszinssteuer, welche einen bestimmten Prozentsatz des Mietertrags erhebt, am Platze ist. Wo diese Voraussetzungen aber nicht zutreffen, bleibt eine solche Form der Besteuerung immer bedenklich, da sie zu unsicheren, willkürlichen Resultaten führt. Für Frankreich wäre daher, wie wir später nachweisen werden, eine Hauszinssteuer erst etwa in denjenigen Städten, welche über 5000 Einwohner zählen, passend gewesen, wenigstens scheinen die statistischen Daten der letzten Schätzungsarbeiten darauf hinzuweisen. Für das platte Land und kleinere Städte hätte, so gewichtig die Bedenken dagegen auch sein mögen, eine Gebäude-Klassensteuer vor einer Gebäude-Ertragssteuer ohne Zweifel den Vorzug verdient.

3. Repartition oder Quotität.

Bei Beratung des Gesetzentwurfes wurde das meiste Interesse der Frage entgegengebracht, ob man für die Gebäudegrundsteuer das bisherige System der Repartition beibehalten solle oder, ob die künftige Reform auf ein anderes Prinzip, die Quotität, zu stützen sei. Im Zusammenhange damit, handelte es sich, eine Entscheidung zu treffen, ob damit die Beseitigung der bisherigen Areal- und Haussteuer, bzw. die Verschmelzung beider in eine einzige Abgabe zu verbinden sei oder nicht. Die Wahl, welche zwischen den beiden Steuerprinzipien erfolgte, ist das grundlegende und wichtigste Merkmal für die gesetzgeberische Gestaltung des ganzen Problems.

Durch den Widerstreit beider Hauptgrundsätze der direkten Besteuerung und deren Lösung empfängt die jüngste Fortbildung der Gebäudegrundsteuer ihr eigenartiges Gepräge. Indes wurde hierdurch in die Grundsteuerverfassung kein Novum hineingetragen, vielmehr zieht sich der Kampf jener Prinzipien als Leitmotiv durch die hundertjährige Geschichte der Grundsteuergesetzgebung.

Schon die konstituierende Versammlung gedachte — wenn wir an unsere früheren historischen Darlegungen erinnern dürfen — die neue Steuerverfassung, insbesondere die Grund-Hauptsteuer neben der Repartition auch auf die Quotität zu gründen. Die Schwierigkeiten, welche sich diesem Plane entgegenstellten, sind bekannt; von ihnen hat vornehmlich der Mangel an brauchbaren Katasterarbeiten zur Preisgabe des einen Teils des Projekts, nämlich der Durchführung der Quotität, veranlasst, während die Steuer auf der Repartition nach

unsicheren Grundlagen erfolgte. Auch das Katastergesetz vom 15. September 1807 strebte in gewissem Sinne der Herstellung der Quotität zu, als dasselbe den Steuerzahlern ein Recht zur Reklamation gewährte, wenn seine Steuer einen gesetzlich festgesetzten Prozentsatz des Reinertrags überschritt. Seit jenen Tagen bis in die jüngste Vergangenheit herein ist das Problem nicht mehr zur Ruhe gekommen; es ist scheinbar verschwunden, um nach kurzer Zeit wiederum als steuerpolitische Forderung aufzutauchen. So unterbreitete Chabrol i. J. 1830 dem König einen Vorschlag, welcher in Unterscheidung von ihrer Natur nach veränderlichen und unveränderlichen Vermögensobjekten und Erwerbsquellen die Quotisierung für alle diejenigen Einkünfte befürwortet, in denen sich der Gang und Entwicklung der ökonomisch-sozialen Fluktuationen ausdrückt. In der gleichen Richtung bewegten sich auch die Gedankenentwürfe des Finanzministers Baron Louis und Humanns, welche mit den früheren Versuchen das Schicksal teilten, toter Buchstabe zu bleiben. Den Wendepunkt für die Frage bezeichnet die Reformgesetzgebung, welche im Jahre 1876 ihren Anfang nimmt. Wie bereits erwähnt, begann die Bewegung mit der Trennung der Mutterrollen, welche endlich zu der Bestrebung geführt hat, die Gebäudesteuer überhaupt zu verselbständigen. Während des Loslösungsprozesses erschien die Quotität als leitendes Prinzip wieder auf der Bildfläche und wurde nach mannigfachen Kämpfen endlich in die Grundsteuergesetzgebung aufgenommen.

Bei Ausarbeitung des jüngsten Gesetzentwurfes knüpfte die Regierung an jene älteren Gesichtspunkte an und operierte in den Motiven, ohne neue, bahnbrechende Ideen hervorzubringen, mit den längst bekannten Argumenten. Der Ertrag der Gebäudegrundstücke ist im ganzen ein veränderlicher; eine Reihe von Umständen vermag beim Ertrag derselben in merklichen Proportionen eine steigende oder sinkende Richtung der Einnahmen herbeiführen. Während beim Gebäudebesitz alles beweglich ist, kennzeichnet das ländliche Grundeigentum vor allem die Stabilität. Diese hat auch bei letzterem eine gewisse Unveränderlichkeit der Steueranlage zur notwendigen Folge und bildet hier einen Sporn für Verbesserungen des landwirtschaftlichen Betriebs, während kein derartiger Grund für den überbauten Boden spricht. Vielmehr liegt es bei diesem im Interesse des Steuerzahlers, wie des Fiskus, dass sich dieser richte nach den Fluktuationen des Mietwerts, damit er nicht in die Verlegenheit komme, in schlechten Zeiten einen viel höheren Prozentsatz seines Reinertrags als Steuer

entrichten zu müssen, als er eigentlich verpflichtet ist. Diese fortwährende Anschmiegun^g der Steuer an die Bewegung des Steuerkapitals ist nur durch eine Quotitätsbesteuerung denkbar, da diese im Gegensatz zur Repartierung die Sicherheit bietet, einen gesetzlich bestimmten Anteil auch wirklich einzuheben. Daher schlägt die Regierung vor, vom 1. Januar 1891 ab, keine Kontingente mehr für die Gebäude-Grundsteuer auszuweisen, sondern einen bestimmten Prozentsatz des ermittelten Reinertrags als Steuerquote zu verlangen.

Der Budgetausschuss teilte die Regierungsauffassung nicht; er zog aus dem gegenwärtigen Stande des Problems eine andere Konsequenz.

Das Prinzip der Proportionalität — heisst es in Bastids Bericht — lässt sich für die Besteuerung des überbauten Bodens nach den Regierungsvorschlägen recht wohl verwirklichen. Es bedarf hierzu lediglich der verständigen Ausnutzung der von der Verwaltung der direkten Steuern in den letzten Jahren vorgenommenen Arbeiten, welche sowohl die bestehenden Ungleichmässigkeiten an den Tag gelegt, als auch den Weg gezeigt haben, auf welchem eine Heilung des Uebels zu erwarten ist. Würde man die Resultate der neuen Aufnahmen überhaupt nicht auswerten, so hiesse dies endgültig auf die gerechte Verteilung der Steuerlast verzichten. Die Kommission aber hielt deswegen den Uebergang von Repartition zur Quotität noch keineswegs für geboten. Denn in aller logischen Strenge angewendet, würde das System der Quotität die jährliche Revision der Steuerquote eines jeden Steuerpflichtigen erheischen. Die Regierung ging nicht so weit, sondern befürwortete eine Revision in einem Zeitraum von je zehn Jahren. Stellt man sich aber auf diesen Standpunkt, so ist kein grosser Unterschied, ob jedes Steuersubjekt 4⁰/₁₀ des Ertrages im Wege der Quotität zahlt oder ob eine Gesamtsumme unter die verschiedenen Steuerzahler repartiert wird, welche 4⁰/₁₀ aller gegenwärtig konstatierten Einkünfte beträgt. Im übrigen scheint es unzweckmässig, die Repartition, die sich einmal eingelebt hat, durch ein neues Steuerprinzip zu ersetzen, von dem es ungewiss ist, ob es erhebliche Besserungen zeigt und gegen das sich mehrere Generalräte ausgesprochen haben. Die Repartition hat dabei den Vorzug, den Steuerzahler und die Beamten des Fiskus weniger unmittelbar miteinander in Berührung zu bringen, und diese ihrerseits sind auch nicht genötigt, schikanös vorzugehen, da der Beitrag im voraus bestimmt ist.

Die Quotität als Grundlage für die Besteuerung des Gebäude-

eigentums hatte somit nicht die Billigung der Finanzkommission gefunden. Diese war vielmehr, wie aus dem Gesagten hervorgeht, der Meinung, dass man das überkommene System der Repartierung unbedingt beibehalten und dasselbe unter Zugrundelegung der Resultate der neuen Bewertung nach Innen reformieren solle. Andererseits aber war es ja bekannt, dass für die Quotität in der Abgeordneten-kammer eine starke Strömung vorhanden war, man wusste aber auch zugleich, dass insbesondere die Vertreter der wirtschaftsliberalen Schule ihre fähigsten Köpfe ins Treffen schicken würden, um diese Neuerung des Steuersystems zu bekämpfen. Endlich spielten politische, parteipolitische und auch lokalpolitische Interessen mit, welche den eigentlichen Gehalt der Prinzipienfrage zum Teil verschleierten.

Unter diesen Auspizien begann die parlamentarische Diskussion.

Der erste und gewichtigste Einwand gegen das Prinzip der Quotität erfolgte unter Gesichtspunkte des Steuersystems. Als sein Interpret trat die hervorragendste Kraft des wirtschaftlichen Liberalismus in der Abgeordneten-kammer, Léon Say, auf, welcher das Projekt energisch und zielbewusst bekämpfte. Seinem Scharfblicke konnte es nicht entgehen, welche einschneidende Konsequenzen der Gesetzentwurf herbeiführen müsse und wie sehr die Neuerung geeignet sei, den ganzen Bau des Steuersystems zu untergraben. Seine Kritik fasste daher zunächst die Frage der Rückwirkung auf dasselbe ins Auge. Die Quotität setze — so führte er aus — an die Stelle einer Besteuerung der Ertragsquellen, der Produktionsmittel, eine solche auf den genau berechneten Reinertrag und gestatte dem Fiskus, sich unmittelbar an den Steuerpflichtigen zu halten, um in seinen Händen einen immer grösseren Anteil seines Gewinns zu erfassen, in dem Grade als dieser wachse.

Dass die Grundsteuer schlecht repartiert sei, gibt der Redner zu. Trotzdem aber widerspricht die Quotität den ersten Grundlagen des französischen Steuersystems. Dabei vergisst aber Léon Say, dass die Quotität bereits bei mehreren direkten Steuern teils prinzipiell, teils praktisch ohne Einspruch besteht, dass also das Argument, die Repartition sei allein eine „Gewähr der Freiheit“ und dem „französischen Geiste eigentümlich“, während die wohl bei andern Völkern übliche Quotität ihm fremd sei, doch keine absolute Geltung beanspruchen kann. Der alte Freihandelstheoretiker übersieht hier wiederum das Historisch-Relative aller finanzpolitischen Erscheinungen.

Von den beiden Wegen, die Reform der Gebäudegrundsteuer

durchzuführen: die selbständige Organisation einer Gebäudesteuer und die Erhöhung der Kontingente, redet Léon Say dem letzteren das Wort. Die Schätzungsarbeit vom Jahre 1879 hat erhebliche Ungleichmässigkeiten in der Steueranlage zu Tage gefördert, und damals ist der Gedanke aufgetaucht, die Herstellung der im Gesetz begründeten und vorgeschriebenen, bisher aber nur platonischen, proportionalen Gleichmässigkeit durch die Verstärkung der Steuerlast der geschonten und die Entlastung für die überbürdeten Departements zu fordern. Allein alle Ausgleichsversuche, welche man von oben aus beginnt, stossen bei ihrer Durchführung nach unten auf grosse Schwierigkeiten und eine Vermessung, welche nicht von Parzelle zu Parzelle geht, wie die vom Jahre 1879, vermag eine endgültige Lösung des Ausgleichsproblems nicht zu bewirken.

Dagegen erscheint der Grundsteuerausgleich, welcher beim nicht überbauten Boden ungemein schwierig ist und weitgehende Vorarbeiten erheischt, bei den Gebäudegrundstücken wesentlich einfacher. Dieses Ziel hätte man allmählich dadurch erreichen können, dass man, wie der Entwurf zum Katastergesetz vom 23. März 1876 vorschrieb, die Kontingente nach der Masse der Neubauten und Zubauten gleichmässig, etwa um 5%, erhöhen würde. Dem gegenüber glaubte die Regierung — fährt Léon Say fort — mit einem einheitlichen Steuerfuss auf Grund weitgehender Schätzungen vorgehen zu müssen. Im Prinzip gerecht, gemildert durch den niederen Steuerfuss, ist die Massregel trotzdem zu gewaltsam und erfordert eine langsame, mit Ausnahmen zahlreich durchgezogene Anwendung. Neue Lasten auf den ländlichen Grundbesitz zu türmen, wäre ein unseliges Beginnen, misslich ist es aber auch beim städtischen Grundbesitz. Léon Says Reformplan spitzt sich schliesslich in dem Gedanken zu, die Grundsteuer des nicht überbauten Bodens allmählich in eine lokale umzugestalten, wodurch die Regierung der Frage des ewig unlösbaren Konfliktes der Ausgleichung der Kontingente überhoben wäre.

Wir haben den Gedankengang Léon Says genauer verfolgt, um zu zeigen, in welcher Richtung sich die Opposition der wirtschaftsliberalen Schule gegen das Projekt bewegt und weil die Auseinandersetzungen des Führers typisch sind für die herrschende Doktrin der Volkswirtschaftspolitiker in Frankreich. Von einer höheren Werte wissenschaftlicher Betrachtungsweise zeigt sich hier die schon oft konstatierte Thatsache, dass die Freihandelstheorie auch heute

noch konsequent das Prinzip der Besteuerung nach den „äusseren Merkmalen“ bis zur Gänze verfolgt und nichts heftiger bekämpft, als die Angliederung der Steuer an die thatsächlich gegebenen Wirtschafts- und Ertragsgrössen.

Im Einzelnen brachte Léon Say als Beweis für die Unzweckmässigkeit, die Steuerlast der Gebäudegrundstücke zu vermehren, vor, dass jede Erhöhung des Steuerfusses in den Händen des Eigentümers einen Kapitalwert konfisziere, welcher um so beträchtlicher sei, je mehr der neue Steuerfuss vom alten abweiche. Damit werde jede Quotitätssteuer wenigstens mittelbar zu einer Kapital verzehrenden Steuer, was unbedingt verwerflich sei. Jede Veränderung des Prozentsatzes wird aber — wie mit Recht eingewendet wurde ¹⁾ — immer einem gesteigerten Bedürfnisse, einer vermehrten Nachfrage nach Deckungsmittel der öffentlichen Ausgaben entspringen. Ob nun die Herbeischaffung der wirtschaftlichen Mittel durch Erhöhung der Kontingente oder auf anderem Wege, oder ob dieselbe durch eine prozentuale Steigerung des Steuerfusses geschieht, bleibt für die subjektive Empfindung des Steuerzahlers gleichgültig. Eine Wegnahme von vermögensrechtlichen Eigentumsteilen und ihre Entziehung der Individualsphäre des leitenden Rechts- und Wirtschaftssubjektes zu Gunsten der Gemeinschaft vollzieht sich nach dem bisherigen System der Grundbesteuerung ebenso gut, wie unter der Herrschaft jeder andern Steuerform. Die Quotität thut hier nichts mehr und nichts weniger als jedes andere Steuerprinzip. Schliesslich müsste in voller Konsequenz eine solche Anschauung gegen jede Steuererhöhung und in letzter Linie gegen die Steuer überhaupt sprechen, da mit dieser unbedingt die Konfiskation von Teilen des Privatvermögens verknüpft ist.

Von den übrigen Gegnern der Quotitätsbesteuerung ist vor allem noch der Senator und Berichterstatter der Budgetkommission des Senats, Boulanger, als typischer Vertreter der Bekämpfer der Vorlage namhaft zu machen. Seine Einwände betreffen aber in geringerem Masse die grossen steuerpolitischen und -systematischen Gesichtspunkte, wie bei Léon Say, sondern seine ablehnende Haltung gegenüber der Quotität sucht er vielmehr durch eine Reihe von Detailfragen zu begründen. Indes darf nicht unerwähnt bleiben,

¹⁾ Abg. Terrier, Sitzung am 15. Juli 1890. Journal officiel, Chambre des députés p. 1471.

dass Boulanger bei weitem objektiver und weniger einseitig vorgeht, als Léon Say, welcher gar keine Vorzüge der Quotität anerkennt. Vielmehr erwähnt jener in seinem Berichte sehr erhebliche Lichtseiten dieses Steuerprinzips, wenn auch das Gesamtergebn seiner Erwägungen für die Zulassung der Quotität ein negatives ist.

Gleich seinem Gesinnungsgenossen Léon Say hält er die Einführung einer auf der Quotität begründeten Steuer für eine Kapital verzehrende, bei welcher er die weiteren unmittelbaren und mittelbaren Konsequenzen befürchtet. Sie sei eine Staffel zur Einkommen- und Kapitalsteuer und habe daher eine ganze Reihe von Gefahren und Bedenken im Gefolge und beraube überdies die Generalräte ihrer wichtigsten Rechte. Die Argumente Boulangers, welche darin gipfeln, dass jede Einkommensteuer zu vermögensrechtlichen Umwälzungen führen werde, haben keineswegs den Reiz der Neuheit für sich. Es sind eben die alten Beweisgründe des liberalen Individualismus gegen diese Steuerform, welcher nicht im stande ist, zwischen den sozialrevolutionären Aspirationen und den staatsbürgerlichen Einkommensteuern zu unterscheiden. Man wird sich allerdings bei kritischer Erwägung das nicht verhehlen können, dass die Ersetzung der Repartition durch die Quotität ein Schritt von der Besteuerung bloss wahrscheinlicher Grössen zur Treffung des thatsächlich Vorhandenen ist. Dass auf diesem Wege der Uebergang zu einer Einkommensteuer vorbereitet werden kann und in gewissem Sinne auch wirklich vorbereitet wird, ist nicht zu leugnen. Fraglich bleibt nur, ob dieser Uebergang nicht ein wesentlicher Fortschritt, die Verkörperung einer sittlich höher stehenden Idee ist und daneben steuertechnisch ein viel sichereres Mittel zur Lösung des Steuerproblems bietet.

Indes stellte der Finanzminister Rouvier die Möglichkeit einer solchen Entwicklungstendenz entschieden in Abrede und verschiedene gesetzgeberische Projekte seiner Vorgänger geben seinen Worten Recht. Das Prinzip der Quotität — sagt er in seiner Erwiderung — bestehe in Frankreich seit hundert Jahren und beruhe auf einem echt französisch-nationalen System, der Veranlagung nach „äusseren Merkmalen“. Dieses System müsse man aber befestigen und verbessern, wenn man sich „fremden“ Steuersystemen thatkräftig widersetzen wolle, welche auf Zwangsangaben der Pflichtigen beruhen. Eine Substituierung der Quotität für die Gebäude an Stelle der Repartition sei ein wesentlicher Fortschritt. „Meines Ermessens

— setzte der Minister hinzu — ist die Quotität überhaupt die vorzüglichste Schranke und das wirksamste Vorbeugungsmittel gegen alle Vorschläge, welche auf eine Deklaration abzielen, da sie dem Fiskus gestattet, dem Steuerpflichtigen zu sagen, wie gross der Anteil sei, welchen die Allgemeinheit von seinem Reinertrag als Steuerbeitrag erhebt. Dabei aber wird das ‚nationale‘ Steuersystem nicht verletzt, der Fiskus dringt nicht bis zum heimischen Herd und bis in die Geheimnisse der Familie vor, vielmehr wird er sich auf die Konstatierung äusserlich wahrnehmbarer Kennzeichen beschränken.“

Ob indes diese Argumentation Rouviers auch vor dem Forum einer objektiv-wissenschaftlichen Betrachtung als genügend anerkannt werden wird, ist eine andere Frage.

Ferner ist die Quotität — nach Boulangers Ausführungen — für die Sicherheit des Steuereingangs weniger vorteilhaft, als das Repartitionssystem. Unter der Herrschaft der Quotität zahlt jeder Steuerpflichtige für sich allein seine Steuer und ist daher bestrebt, so wenig als möglich zu zahlen. Bei der Repartition dagegen haben alle Steuerzahler ein solidarisches Interesse an der Genauigkeit der Schätzung und der richtigen Bezahlung der Steuer, für welche sie gemeinsam haften, wobei die Repartitoren die Helfer der Erhebungsbehörde sind. Fällt dieses Schutzmittel, so sind erhebliche Ausfälle zu befürchten. Das mag richtig sein, dass infolge der solidarischen Haftbarkeit der Gemeinde die Steuerzahler ein Interesse an der Genauigkeit der Schätzung innerhalb der Gemeinde haben, sie haben aber ebenso gut ein solidarisches Interesse, dass die ganze Gemeinde möglichst ungenau bewertet wird, sie haben bei Kontingenterhöhungen das Interesse, an ihren Steuersummen möglichst wenig verändert zu erhalten und bei Ermässigungen einen möglichst grossen Nachlass zu bekommen: alles natürlich zum Schaden des Fiskus und der andern Gemeindeverbände! Die Quotität leistet hier unter dem Gesichtspunkt der Interessen der Allgemeinheit und der Staatsfinanzen erheblich Besseres, ist aber allerdings für die Verwaltungsbehörde weniger bequem.

Endlich macht der Berichterstatter des Senats auf die geschichtliche Thatsache aufmerksam, dass die öffentliche Meinung in Frankreich allen auf der Quotität gegründeten Reformen von jeher abhold war. Der Senator Hugot dagegen bemüht sich auseinanderzusetzen, dass die Steuergesetzgebung seit einem Jahrhundert daran arbeite, das rein empirische Verfahren der Repartition durch

das gerechte und exakte System der Quotität zu ersetzen. Beides ist für die Lage des Problems charakteristisch; es zeigt, dass die Abklärung noch nicht sehr weit in der öffentlichen Meinung fortgeschritten war, und die Entscheidung in der augenblicklichen Verteilung der Machtverhältnisse lag.

Wie die Gegner der Vorlage, so führten auch ihre Verteidiger eine Reihe von Beweisgründen ins Feld.

Selbst der Senator Boulanger, dessen ablehnende Haltung aus dem bereits Gesagten erhellt, konnte nicht umhin, zwei namhafte Vorzüge der Quotität zu erwähnen. Als fiskalisches Instrument betrachtet, hat sie zwei bedeutende Vorzüge. Sie bewerkstelligt zuerst den Ausgleich automatisch; denn die Steuer ist jeweils nach dem Werte selbst veranlagt und trifft jeden Pflichtigen nach seiner Steuerfähigkeit. Während aber dieser Vorteil für den nicht überbauten Boden vorläufig problematischer Natur ist, da er eine genau gearbeitete Parzellenvermessung und die endgültige Vollendung des Katasters voraussetzt, so kann beim Gebäude-Eigentum der Nutzen sofort eintreten. Es hätte deswegen keinesfalls bedurft, die Mitwirkung der lokalen Wahlkörperschaften zu schmälern.

Andernteils aber lässt die Quotität eine steigende Bewegung des Steuerertrags erwarten. Denn das Prozentverhältnis muss im Laufe der Zeit dem entstehenden Mehrwert entsprechend auch einen Mehrertrag der Steuersumme abwerfen. Dies mag — sagt Boulanger — vom Standpunkt des Fiskus aus ganz wünschenswert sein, ist aber für den Steuerzahler mit einer Mehrbelastung verbunden. Durch diesen Entwurf wird aber übersehen, dass die letztere nur dann eintritt, wenn zugleich auch der Reinertrag steigt. Es ist aber doch gerecht, selbst bei proportionaler Gleichmässigkeit der Steuerverteilung, dass eine Vermehrung des einen eine Erhöhung der andern zur Folge hat. U. E. kann eben aus dem rein zufälligen Umstande, dass es dem steuertechnischen Verfahren nicht gelungen ist, den vollen Reinertrag zu finden, doch keinesfalls ein Anspruch oder gar ein Recht auf eine Befreiung gewisser Teile der reinen Einkünfte abgeleitet werden. Die distributive Gerechtigkeit heischt es vielmehr, dass der Steuerzuwachs jeder Mehrwertserzeugung folge, sich ihr anpasse.

Daneben wurden noch eine Reihe von Vorzügen der Quotität vorgebracht.

Die Repartition hat ferner das Verhältnis zwischen der Steuer

und dem Reinertrag oder den Steuerfuss bei den einzelnen Arten des Grundeigentums verschieden gestaltet. Die Steuer der Grundstücke auf dem platten Lande zeigt einen „immobilisierten, unveränderlichen Steuerfuss“, welcher im Laufe der Zeit in Wirkung und Empfindung für den Grundeigner den Charakter einer Reallast angenommen hat, während dieses Verhältnis in den Städten eine wesentliche Erleichterung, ein fortwährendes Zurückgehen zeigt. Der Ertrag des nicht überbauten Bodens ist im ganzen ein stabiler geblieben, hat sich vielleicht infolge der landwirtschaftlichen Krisis sogar verringert, während seine Steuer gleichblieb. Der Ertrag der Gebäude jedoch, namentlich in den Städten, ist erheblich, insbesondere durch die grössere urbare Konzentrierung, den wachsenden Kapitalreichtum und zunehmenden Wohlstand der industriellen und kapitalistischen Bevölkerung gestiegen, während der Steuerfuss eine rückläufige Bewegung aufweist. Die Heilung solcher Missstände kann nur dadurch herbeigeführt werden, dass man den Steuerfuss quotisiert, also jedem Steuerpflichtigen von vornherein vorschreibt, welchen Prozentsatz er von seinem Reinertrage, dem gegenwärtigen oder einem künftigen, zu entrichten hat und diesem Steuerfuss auf das einzelne Steuerobjekt anwendet. Auf diese Weise vermag allein das Besteuerungssystem der Entwicklung des unbeweglichen Besitzes zu folgen, der Verschiedenheit des überbauten und nicht überbauten Bodens Rechnung zu tragen. Daneben beschleunigt die Quotisierung das längst gesuchte Problem des Grundsteuerausgleichs, sie befördert einen Fortschritt, indem sie an die Stelle der kollektiven Verantwortlichkeit der Gemeinde die individuelle jedes Steuerträgers setzt, welcher nunmehr selbst mit seinem Vermögen für den richtigen Eingang seiner Steuer haftet.

Das System der direkten Besteuerung hat überhaupt die Tendenz, die Arbeit und die Produktion unverhältnismässig stark, die Rente und den Vermögenszuwachs hingegen unverhältnismässig schwach zu belasten. Zu der Rente als der Nutzung eines angelegten Kapitals mit periodischem, teilweise sehr beträchtlichem Vermögenszuwachs zählen die Gebäudegrundstücke, vornehmlich in grösseren Städten, wo diese Erscheinungen besonders klar zu Tage treten. Hier kann wiederum die Quotitätssteuer besser und sicherer als die Umlegungsabgabe diesem Bedürfnisse gerecht werden. Gerade bei letzterer Steuerform wird die Repartierung der Kontingente, welche den Gebäudegrundstücken zugewiesen sind, immer schwieriger und

verwickelter. Die Bewältigung dieser steuertechnischen Aufgabe wird von Jahr zu Jahr mangelhafter und kann schliesslich von der Steuerverwaltung nicht mehr beherrscht und übersehen werden. Bei dem ländlichen Boden liegt die Sache ganz anders; die Cadres bleiben hier stabil und unveränderlich, während sie bei den Gebäuden einer beständigen Wandlung unterworfen sind. Dieser Wechsel erstreckt sich aber nicht nur als äusserlich sofort wahrnehmbarer auf die Vermehrung oder Verminderung der Steuerkapitalien, welche durch Neubauten und Zubauten, bzw. Abbrüche erfolgen, sondern er ist auch ein innerer, sich im Werte der Immobilien vollziehender (Konjunktur). Diesen Umständen vermag aber die Repartition nicht Genüge zu leisten, da sie nicht im stande ist, solchen Veränderungen sich rasch und leicht anzuschliessen. Dies vermag indes die Quotitätssteuer weit besser zu erreichen.

Die Ansichten über die Zweckmässigkeit und Notwendigkeit des Uebergangs von der Repartition zur Quotität für die Gebäudegrundstücke waren in Kammer und Senat geteilt. Ihren Ausdruck fanden diese Gegensätze neben den angeführten Debatten auch in verschiedenen Amendements, welche die Vertagung, sei es der ganzen Vorlage oder doch wenigstens der Gebäudesteuerreform zum Gegenstand hatten. Beide Häuser entschieden in ihren Abstimmungen, in der Kammer am 15. Juli und im Senat am 5. August 1890, zu Gunsten der Vorlage. Demgemäss erhielt der Art. 4 folgende Fassung:

„Vom 1. Januar 1891 an werden den Departements, Arrondissements und Gemeinden keine Kontingente mehr für die Gebäudegrundsteuer ausgewiesen.“

Soweit das Gebäudekapital, also das Bauwerk selbst in Betracht kommt, ist eine wesentliche Neuerung eingetreten. „Unter der Herrschaft des früheren Verfahrens stellte das Parlament die Gesamtsumme fest, welche das überbaute Grundeigentum als Steuerbeitrag zu leisten hatte und verfügte die Zuteilung der einzelnen Kontingente unter die Departements. Die Generalräte legten nun den ihr Departement treffenden Anteil unter die Arrondissements um, während die Arrondissementsräte einer jeden Gemeinde ihre Steuersumme zuwiesen. In den Gemeinden endlich wurden die einzelnen Steuerquoten auf die Besitzteile der Gemeindebürger proportional den katastrierten Erträgen nach den Angaben der Mutterrolle repartiert.

Bei den Staatskassen musste der Steuerertrag unbedingt voll-

ständig eingehen, indem man in den Rollen des folgenden Jahres die auf die Reklamationen der Steuerpflichten gewährten Steuernachlässe nochmals einbezog.

Dagegen kann bei der Quotisierung der Gebäudegrundsteuer die Höhe des Steuereingangs nicht im voraus bestimmt, sondern nur abgeschätzt werden. Derselbe ergibt sich erst durch die Summierung der Koten in den Rollen. Die Volksvertretung stellt jetzt den Steuerfuss fest und dieser, welcher für alle Objekte der gleiche ist, wird auf jeden einzelnen Steuerzahler unmittelbar angewendet. Jetzt fällt auch die solidarische Verhaftung der ganzen Gemeinde für die richtige Entrichtung der Steuersumme der Kommune, wie sie bei der Repartition bestand, weg. Die unrichtig eingesteuerten Koten bilden nunmehr Steuerausfälle für den Fiskus.“ (Réforme, p. 172—173.)

Die Frage, ob für die Gebäudegrundsteuer die Repartition oder die Quotität die prinzipiell bessere Steuerform sei, lässt sich allgemein nicht beantworten. Vor allem ist hier zu bedenken, dass der Uebergang vom einen System zum andern Sache subjektiven Ermessens ist, dessen Entscheidung immer nur historisch und relativ sein kann. In erster Linie ist für die Wahl der Stand und Gang des Gebäudeeigentums massgebend. Es muss bedacht werden, ob wir gleichartige oder verschiedene Gebäudegrundstücke vor uns haben, ob die städtische Konzentration wenig Fortschritte gemacht hat oder ob diese bereits in grossem Umfange, vielleicht in grossstädtischen Massenagglomerationen erfolgt ist, ob endlich Eigenwohnen die Ausnahme, die Vermietung die Regel und also letztere ein selbständiger Erwerb ist. Andernteils aber liegt der Schwerpunkt im Steuersystem und Steuerwesen. Es ist beachtenswert, welchen Entwicklungsprozess die direkte Besteuerung bisher durchgemacht hat und die Frage, inwieweit die steuertechnischen Mittel zur Durchführung dieser Aufgabe genügen. Endlich ist natürlich, wie überall, die zu treffende Wahl unter psychologischen Gesichtspunkten vorzunehmen.

Aus dem bisher Angeführten lässt sich aber doch ein Grundsatz ableiten. Die Repartition ist mehr geeignet, wo es sich um im ganzen gleichartige, typische Verhältnisse handelt, wogegen die Quotität mehr dem Verschiedenartigen, dem Individuellen entspricht. Der Uebergang zur Quotität wird daher in denjenigen Fällen und in dem Zeitpunkte zu empfehlen sein, wenn der Durchschnitt durch

konkrete, äusserlich erkennbare Verschiedenheiten des Hausbesitzes ersetzt ist. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass das Anwendungsbereich jeder Repartition nur ein beschränktes ist. Diese Begrenzung liegt lediglich in praktischen Gründen. Die Repartierung setzt einerseits die Aufstellung von Kontingenten und andererseits die Zuteilung derselben an Bezirke, Gemeinden und Individuen voraus. Die erste Umlegung wird schon mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, jede Veränderung und Verschiebung im Wert oder Ertrage eines Steuerobjekts führt zu neuen Bedenken und Mängeln. Wenn man aber überhaupt die Repartition für eine direkte Steuer zum leitenden Prinzip machen will, — u. E. fehlt ihr hierzu das wichtigste Element, die sichere Erfassung des wirklichen Ertrags und Einkommens — so muss sie unbedingt auf den landwirtschaftlichen Boden, die Ackergrundstücke, beschränkt bleiben. Die leichtere Angliederung an die thatsächlichen Verhältnisse ist unstreitig auf Seiten der Quotität vorhanden. Sie gewährt, fiskalisch betrachtet, eben infolge dieser Anschmiegungsfähigkeit, die Hoffnung auf Mehrerträge, welche bei Realsteuern allerdings nicht sehr erheblich sein werden, immerhin aber die steigenden Erträge der Grundstücke in den Städten zum Ausdruck bringen.

Bei der Gebäudegrundsteuer kommt aber noch ein besonderer Umstand in Betracht, der Zusammenhang der Gebäuderente mit dem im Auf-, Zu- und Neubau angelegten Kapital. Für die Bildung der Nutzung und ihre Preisgestaltung ist, wie bekannt, weniger der Ertrag und die Ertragsfähigkeit des Grundstücks als solchen bedeutsam als neben andern Voraussetzungen (Lage, Gewohnheit) der Kapitalgewinn jener Wertbestände, durch welche die Konstruktion hergestellt wurde. Nun aber ist das Gebäudekapital keine feste und stabile, ja nicht einmal eine konstante Grösse, welche bei vermehrter Aufwendung zugleich einen sich gleich bleibenden Mehrwert erzeugt. Der Wertzuwachs, welcher durch die produktive Anlage von Kapitalien, durch Fixierung derselben in das Grundstück entsteht, ist kein exakt messbarer, sondern von einer Reihe von Beeinflussungen bedingter, ein unter der Herrschaft der Konjunktur stehender. Mit dem nicht überbauten Boden hat das Gebäudeeigentum daher zunächst nur eine mittelbare Aehnlichkeit, einen mehr äusserlichen Anhaltspunkt, während die eigentliche schöpferische Kraft der Nutzung die zum Aufbau verwendeten ökonomischen Mittel sind. Bei der Gebäudesteuer verhält es sich daher ähnlich, wie bei der Gewerbe-

steuer, bei welcher die Arbeits- und Produktionsräume nur subsidiär die sich anderweitig (Stoffe, Maschinen, Werkzeuge, Arbeitskraft etc.) bildenden Erträge in ihrer Höhe beeinflussen, wie dort das nämliche durch das Grundstück bewirkt wird. Am deutlichsten zeigt sich die Differenzierung der quantitativ gleichen Kapitalmassen in der Neuschätzung des kapitalisierten Ertrags beim Hauseigentum. So können beispielsweise zwei mit gleichen Kosten hergestellte Bauten auf Grundstücken gleicher Bodengüte durch Lage in verschiedenen Verkehrszentren, Konjunktur und andre differenzierende Momente einen ganz verschiedenen Ertrag erzielen und sich ganz verschieden schätzen.

Für die Besteuerung lässt sich aus dieser Wahrnehmung ableiten, dass es nicht angebracht ist, bei der Gebäudegrundsteuer nach den Grundsätzen der allgemeinen Grundsteuer zu verfahren. Es darf hier nur eine bedingte Zuhilfenahme derselben eintreten, während in der Hauptsache die Regeln für den Kapitalgewinn massgebend sein müssen. Aus diesem Grunde muss auch die Verwendung des Repartitionsprinzipes für die Veranlagung der Gebäude als nicht zulässig betrachtet werden. Das Steuerproblem lässt sich hier bei weitem einfacher und sicherer durch die Klassensteuer lösen, wie auch eine Gewerbeklassensteuer einer kontingentierten Gewerbesteuer vorzuziehen ist. Bei jeder Kontingentierung handelt es sich um drei Punkte: einmal um die richtige Bemessung der Kontingente für einen lokal oder sachlich abgegrenzten Bezirk, sodann um die Konstatierung des Steuerobjekts und endlich um die richtige Zuweisung des Anteils am Kontingent für dasselbe. Die beiden letzteren Operationen müssen von Ortskommissionen vorgenommen werden, welchen es häufig an den notwendigen technischen Vorkenntnissen, an der erforderlichen Leitung und Befähigung gebricht. Fehlt ein Glied dieser Kette oder ist nicht jedes mit vollkommener Zuverlässigkeit behandelt, so zerreisst das ganze kunstvolle Gewebe der Steueranlage und der Willkür ist Thür und Thor geöffnet.

Bei der Klassensteuer hingegen handelt es sich bloss darum, möglichst sichere Kennzeichen aufzufinden, welche die Zugehörigkeit zur Gruppe erweisen. Jedes Steuerobjekt, welches diese Merkmale zeigt, gehört sofort zur entsprechenden Klasse. Die Veranlagungsbehörde ist der Mühe überhoben, jedes einzelne Immobil individuell abzuschätzen und eine ganze Reihe von Nebenumständen zu berücksichtigen, mit dem Bewusstsein, doch immer im Dunkeln zu tasten. Man darf sich jedoch nicht verhehlen, dass jede, selbst die denkbar

beste Hausklassensteuer steuertechnisch und steuerpolitisch von nur problematischem Wert ist. Sie ist und bleibt, praktisch wenigstens, in den grösseren und grossen Städten, hinter einer „Hauszinssteuer“ zurück, der „besten Gebäudesteuer und Ertragssteuer überhaupt“ (Wagner). Indessen vermag sie in kleinen Städten und auf dem platten Lande ihren Zweck recht wohl zu erfüllen und ist hier wiederum jener überlegen, welche, wie die neueste Reform zeigt, in dem Mietwert der Gebäude in Marktflecken und Landgemeinden grossenteils mit fiktiven Ertragsgrössen zu arbeiten genötigt ist.

Dass die französische Gesetzgebung die Repartition für die Gebäudegrundsteuer aufgegeben und dieselbe durch die Quotität ersetzt hat, war an sich ein guter und richtiger Gedanke; dass sie jedoch eine steuertechnische und -systematische Unterscheidung der Gebäudesteuer in eine Hausklassen- und eine Hauszinssteuer von der Hand gewiesen hat, erscheint eine weniger glückliche Wahl zu sein. Es wurde zwar hierdurch die Aufrechterhaltung und Durchführung einer strengeren, einheitlicheren Schablone erreicht, der Haussteuerfrage aber kein wesentlicher Dienst geleistet und eine abschliessende Reform des Problems nicht herbeigeführt. Ueber diesen Punkt müssen wir uns einige Worte für später noch vorbehalten,

4. Der Steuerfuss und die jährliche Festsetzung der Prozente.

Hatte man sich einmal für die Quotität als leitendes Prinzip der Gebäudegrundsteuer entschieden, so bestand eine weitere Schwierigkeit in der Ausmittlung des richtigen Steuerfusses, d. h. des prozentualen Verhältnisses zwischen der Steuer und dem Reinertrage.

Die Geschichte der französischen Grundsteuergesetzgebung zeigt in dieser Hinsicht eine charakteristische Entwicklung. Die konstituierende Versammlung schätzte den gesamten Bodenertrag des Landes auf 1,440,000 Livres und setzte die Grundsteuer auf einen Betrag von 240,000,000 Livres im Prinzipal fest in der ausgesprochenen Absicht, $\frac{1}{6}$ oder 16,67% als Steuerbeitrag zu heischen. Schon im folgenden Jahre 1791 wurde wegen der fortwährenden Klagen der Steuerpflichtigen und Lokalvertretungen der Totalbetrag der Grundeinkünfte auf 1,200,000,000 Livres bewertet, der Maximalsatz der Steuer aber auf $\frac{1}{5}$ oder 20% erhöht. Beide Vorgänge waren jedoch akademischer Natur; denn thatsächlich herrschten im Steuerfuss die grössten Abweichungen und es kann 16,67 oder 20% keineswegs

als typisch angesehen werden. Die nächste Nachricht, welche auf wirklichen Aufnahmen beruht und überbaute wie nicht überbaute Grundstücke betrifft, stammt aus dem Jahre 1850 und weist einen Steuersatz von 6,06% aus. Es hatte sich also dank den „Kontingentsermässigungen“ derselbe um beinahe 14% im Laufe eines halben Jahrhunderts herabgemindert. Neue Erhebungen im Jahr 1862 förderten 5,12% und im Jahr 1874 sogar 4,20% als durchschnittlichen Steuerfuss zu Tage. Die letzte Bodenbewertung in Gemässheit des Gesetzes vom 9. August 1879 zeigt dagegen eine kleine Erhöhung auf 4,60%, eine Thatsache, welche in der landwirtschaftlichen Krisis ihre Erklärung findet. Endlich hat die neueste Schätzungsarbeit nach dem Gesetze vom 8. August 1885 für den überbauten Boden 3,07% als mittleren Steuerfuss ergeben.

Diesen Unterschied zwischen den beiden Arten des Grundeigentums suchte die Regierungsvorlage auszugleichen. Sie beantragte zu diesem Behufe, wie bekannt, für die Ackergrundstücke etc. eine Erleichterung von 15,994,936 Fr. zu gewähren, eine Massregel, welche in ihrer Wirkung den Steuerfuss von 4,60% auf 3,97% herabdrücken musste. Dagegen sollte das Gebäudeeigentum auf dem gleichen Fusse behandelt werden und demgemäss der bisherige, mittlere Prozentsatz von 3,07% auf 3,97% erhöht werden. Man hatte auf diese Weise den gesamten Reinertrag von 2,060,000,000 Fr. dem Prinzipal von 81,800,000 Fr. genähert, was im Durchschnitt 3,97% ausmachte. Dieser Belastungskoeffizient ist an sich keineswegs ungewöhnlich hoch. Erheblicher wird er allerdings praktisch durch verschiedene Zuthaten. Zunächst kommen hier die Zuschlagscentimes in Betracht, welche indes auch vom nicht überbauten Boden zu tragen sind und daher kein eigentlich differenzierendes Moment darstellen. Wichtiger ist die Thür- und Fenstersteuer, welche die eigentliche Haussteuer in Frankreich ist und das Gebäudeeigentum speziell belastet.

Die Budgetkommission teilte ihrerseits die Anschauung der Regierung nicht, sondern glaubte einen 4%igen Steuerfuss für den überbauten und nicht überbauten Boden zu Grunde legen zu sollen. Ein 4%iger Mittelsatz ist nicht unerschwinglich, wenn man auch zugestehen muss, dass heutzutage die Steuerlast mehr als verdoppelt wird durch die Zuschläge der Departements und Gemeinden; er ist aber als mässig zu bezeichnen im Vergleich mit der ursprünglichen Höhe. Allerdings übersieht der Berichterstatter Bastid, welchem

wir diese Worte entnehmen, dass die Steuerlast von 16,67% des Reinertrags gedacht war als Hauptsteuer mit einer Nebensteuer (Personal- und Mobiliarsteuer) und damit als einzige Bürde. Im Laufe der Zeit aber traten diese ursprünglichen Verhältnisse mehr und mehr zurück, aus fiskalischen Bedürfnissen wurden neue Abgaben geschaffen, so dass heute ein Vergleich zwischen den damaligen und den gegenwärtigen Grundsteuerverhältnissen kaum mehr zulässig ist. Als ein zweites Motiv für den 4%igen Steuerfuss wird das Bestreben angeführt, die Verhältnismässigkeit zwischen der Grundsteuer und der Belastung der mobilen Werte, welche 4% beträgt.

Diese Nivellierung führt in ihrer Anwendung zu einer Vermehrung der Steuerlast um 19,469,610 Fr. für den überbauten Boden und einer Entlastung von 15,267,977 Fr. für den nicht überbauten. Die Differenz von 3,130,183 Fr. zwischen der Erhöhung und Herabsetzung sollen 1,400,000 Fr. zur Erneuerung des Katasters verwendet werden. Die Abgeordnetenversammlung ist indes auf diesen letzteren Punkt überhaupt nicht eingegangen, wie sie auch die Ermässigung der Ackergrundstücke ohne entsprechende Kompensation bei den Gebäudegrundstücken bewilligt hat. Der Senat kam infolgedessen auf diese Vorschläge der Regierung nicht mehr zurück.

Der von der Kommission befürwortete 4%ige Steuerfuss für den überbauten Boden fand nicht den Beifall der Abgeordnetenversammlung. Allgemein war man der Ansicht, dass derselbe zu hoch bemessen und in Anbetracht des Umstandes, dass neben den Zuschlägen vom Gebäudeertrag die Thür- und Fenstersteuer zu entrichten sei, dieser eine viel schwerere Bürde zu tragen habe, als der nicht überbaute Boden. Gerade diese Abgabe ist die eigentliche Haussteuer, welche neben der Gebäudegrundsteuer die Hausrente belastet. Jetzt schon sei die wahre und wirkliche Steuerlast mehr als 3%, eine Vermehrung derselben müsste bedenklich sein. Der Zug, welcher die Verhandlungen beherrschte, war für die Regierungsansätze durchaus ungünstig, der leitende Gedanke war hier für die Höhe des Steuerfusses die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes. Es liegt überhaupt ein gewisser Widerspruch in dem Gebaren der Volksvertretung, welche einesteils die Erleichterung für den landwirtschaftlichen Boden erstrebte, andernteils aber weit entfernt war, einen Ersatz durch Erhöhung der Gebäudegrundsteuer für den Ausfall zu bewilligen. Man setzte eben alle Hoffnung auf die neue

Abschätzung der Gebäude, von der man neben einer unwesentlichen Steigerung des Mittelsatzes von 0,13 %, von 3,07 auf 3,20 % doch die Verhütung von Steuerausfällen infolge einer korrekteren Aufstellung der Mietwerte erwartete.

Der Art. 6 wurde demgemäss in folgendem Wortlaut von Kammer und Senat genehmigt:

„Der Steuerfuss der Gebäudegrundsteuer wird für das Jahr 1891 im Prinzipal auf 3,20 % des Mietwerts festgesetzt, wie derselbe gemäss Art. 5 nach den dort angegebenen Abzügen berechnet wird.“

Durch diesen Artikel wird die Erhebung von 3,20 % als Steuerbeitrag vom Mietwert des Immobils, wie derselbe durch die amtliche Schätzung ermittelt wurde, unter Abrechnung der zulässigen Abzüge angeordnet. Sonst ist das Verfahren einfach: der nach den Bewertungsarbeiten festgestellte Mietwert eines jeden Gebäudegrundstückes ist in der Rolle aufzufinden, und es erübrigt dann nur mehr, den Steuertarif auf das einzelne Objekt anzuwenden, welchen wir unten unserer Abhandlung beigelegt haben.

Vergleichen wir den von der Kommission beantragten Steuerfuss von 4 % und denjenigen, welchen das Gesetz (3,20 %) enthält, so ergibt sich für ersteren bei Zugrundelegung der gesamten Mietwerte von 2,060,081,970 Fr. im Prinzipal eine Steuersumme von 82,403,279 Fr., während diejenige unter der Repartitionsbesteuerung 64,005,119 betrug. Die Vermehrung hätte demgemäss sich auf 18,398,160 Fr. für die Gebäudegrundsteuer beziffert. Da aber der letztere, 3,20 %ige Steuerfuss zur Anwendung kam, so beläuft sich die Steuer im Prinzipal nunmehr auf 65,922,623 Fr. gegen 64,005,119 Fr. des früheren Regimes, was eine Mehrbelastung von 1,917,504 Fr. bedeutet. Wie man sieht, ist es ein grosser Unterschied für den Steuereingang, ob dieser oder jener Steuersatz gewählt wird. (Réforme p. 174.)

Der Art. 6 hat noch einen zweiten Abschnitt, welcher lautet:

„Der erwähnte Steuerfuss wird nur zur Hälfte auf das Departement Korsika angewendet während fünf Jahre vom 1. Januar 1891 an gerechnet.“

„Die Anwendung des 3,20 %igen Steuerfusses auf Korsika ohne weiters hätte dort die Erhöhung der Gebäudegrundsteuer von 56,556 Fr. auf 183,373 zur Folge gehabt, also eine Mehrbelastung von 126,817 Fr. oder 224,40 % hervorgerufen! Die Vertreter

Korsikas haben sich daher bemüht, eine Milderung für ihre Heimat zu erreichen. Die Kammer der Abgeordneten hatte ein von den korsischen Deputierten in dieser Richtung eingereichtes Amendement verworfen; auch die Budgetkommission des Senates brachte den Anregungen der Senatoren Casabianca, Peraldi und Morelli keine Bereitwilligkeit entgegen. Erst in der Vollversammlung des Senates vom 6. August 1890 gelang es den Vertretern der Insel, mit ihren Forderungen durchzudringen, welchen der zweite Abschnitt des vorliegenden Artikels Gesetzeskraft verlieh“ (Réforme p. 174/75).

Indes enthält der vorgenannte Art. 6 in seinem ersten Absatz eine Bestimmung, welche u. E. überhaupt und speziell in einem Ertragssteuersystem zu Bedenken Anlass gibt: die Jahr für Jahr sich wiederholende Festsetzung des Prozentsatzes der Steuer.

Eine solche Verfügung ist prinzipiell bedenklich, wenn man auch zugeben muss, dass die an sich mögliche Veränderung tatsächlich aus praktischen Gründen unterbleibt. Die Gefahr dieser Neuerung ergibt sich unmittelbar aus dem Wesen und Charakter der Ertragssteuer. Diese, namentlich die sog. Realsteuern, haben das Bestreben, sich im Objekte festzusetzen und zu einer Reallast zu verhärten. Für den ersten Besitzer haben sie daher die Wirkung reeller Vermögenssteuern, während sie jeder folgende Inhaber nicht als seine Steuern betrachten kann, da er nur seinen Ertragsanteil abträgt, welchen er beim Besitzwechsel (Kauf, Tausch, Erbgang) kapitalisiert und bei Veranschlagung der Uebernahmssumme berechnet, bzw. abgezogen hat. Dieses ist ein allgemeiner Mangel jedweder Ertragsbesteuerung und von dieser untrennbar. Seinen letzten Grund findet er in der mehr oder weniger konsequenten Loslösung des Steuerobjekts vom Steuersubjekt, in der objektiven Verselbständigung des Ertrags. Diese Klippe kann nur dadurch umschifft werden, wenn man zur subjektiven Steuerpflicht zurückkehrt und die Ertragssteuer durch eine Subjekteinkommensteuer ersetzt.

Aus den angeführten Ursachen ergibt sich, dass im Interesse des Steuerzahlers eine möglichste Stabilität des Belastungsprozentes zu wünschen ist. Dies ist aber in gleichem Masse unter dem Gesichtspunkte des Wirtschafts- und Verkehrslebens erforderlich, da der beständige Wechsel des Steuerfusses zu vermögensrechtlichen Verschiebungen führt, deren Einflüsse und Wirkungen unberechenbar sind. Dagegen hat die Beständigkeit und Unveränderlichkeit des Steuerfusses den Vorteil, dass sie die Sicherheit der Hypotheken

gewährleistet, ihre Aufnahme erleichtert und die Regelmässigkeit des Immobilienverkehrs verbürgt. Zugleich schafft sie sichere Grundlagen für die Organisation des Kredits und regt zu besserer, rationellerer und gesünderer Bauart an, da der Unternehmer jederzeit weiss, welche Quote des Reinertrags er als Steuer zu entrichten hat und er die Produktivität seines aufgewendeten Kapitals übersehen und veranschlagen kann. Dass natürlich der Prozentsatz nicht für ewige Zeiten der gleiche bleiben kann, sondern, wie alles Menschliche, Wandlungen unterworfen sein muss, liegt auf der Hand. Solche sollten aber nur in sehr grossen Zwischenräumen vorgenommen werden, niemals ohne zwingende Umstände geschehen, keinesfalls aber in jeder Budgetperiode wieder auftauchen und die Gemüter zu heftigem Streite entfachen.

Vergegenwärtigen wir uns das Gesagte, so erscheint es zum mindesten zweifelhaft, ob die Einfügung der Bestimmung über die jährliche Festsetzung des Steuerfusses klug war.

5. Die Neubauten und der Gebäudekataster.

Schon das Gesetz vom 17. August 1835, welches unter dem Finanzminister Humann verabschiedet wurde, bestimmt, dass die Neubauten und Umbauten gemäss den übrigen Gemeindegrundstücken der Gemeinde, in welcher sie liegen, quotisiert werden, und das Kontingent der Gemeinde, des Arrondissements und Departements vermehren sollten. Diese gesetzliche Bestimmung entsprang dem Bedürfnis bei der „Unterverteilung“ (*Travaux de Sous-Répartition*) nach Art. 19 des Gesetzes vom 31. Juli 1821 eine Ausgleichung der Steuerkontingente herbeizuführen¹⁾. Denn bei aller Sorgfalt, mit der diese Arbeiten vorgenommen wurden, gaben zahlreiche Ungleichmässigkeiten zu unaufhörlichen Klagen Anlass, welche in der Ausserachtlassung der Neubauten und Abbrüche bei Bestimmung der Kontingente ihren Grund hatten. In denjenigen Kommunen, wo die Entwicklung der Neubauten die Abbrüche übertraf, wurde die Steuerlast immer leichter, während in solchen Bezirken, in denen die Abbrüche überwogen, die Bürde immer schwerer wurde.

Die Behandlung der Neubauten wird in dem neuen Gesetze durch Art. 9 geordnet:

¹⁾ Ueber die gesetzlichen Bestimmungen und Arbeiten der Unterverteilung vgl. Boutin Rapport, Documents annexes p. 172.

„Die Neubauten, Umbauten und Zubauten werden in Vergleichung mit den andern Gebäudegrundstücken der Gemeinde, in der sie liegen, eingesteuert.

„Sie werden der Gebäudegrundsteuer erst im dritten Jahre nach ihrer Vollendung unterworfen.

„Um die zeitweilige Vergünstigung des zweiten Absatzes des gegenwärtigen Artikels zu geniessen, hat der Eigentümer auf dem Bürgermeisteramt der Gemeinde, in welcher das steuerpflichtige Gebäude aufgeführt wird, innerhalb vier Monate nach Beginn der Bauarbeiten eine Erklärung abzugeben über die Natur des Gebäudes, seine Bestimmung und Bezeichnung nach den Katasterblättern des Grundstückes, auf welchem der Bau errichtet wird.

„Als Neubau werden betrachtet die Umwandlung eines ländlichen Gebäudes in ein Wohnhaus oder eine Fabrik, sowie die Bestimmung eines Grundstückes zu Handels- oder Industriezwecken unter den Voraussetzungen des Art. 1 des Gesetzes vom 29. Dezember 1884.“

Der Absatz ist eine praktische Konsequenz des Art. 8 des vorliegenden Gesetzes, welcher bestimmt, dass von zehn zu zehn Jahren eine Erneuerung der Bewertung stattzufinden hat. Die Schätzung der Neubauten, Umbauten und Zubauten während zweier aufeinanderfolgenden Bewertungsterminen nach ihrem wirklichen Mietwert in dem Augenblicke, in welchem sie steuerpflichtig werden, hätte zu einer Besteuerung in anderer Proportion geführt, als die bereits vorhandenen Gebäude zu tragen haben, wenn eine Veränderung in den Mietpreisen vor sich gegangen war. Diese Ursache der Ungleichmässigkeit sollte diese Verfügung beseitigen. Der Absatz enthält lediglich eine Erneuerung der Vergünstigung des Art. 88 des Gesetzes vom 3. Frimaire VII. über die Steuerfreiheit der Neubauten¹⁾.

Der Genuss dieser Rechtswohlthat ist indes an drei formelle Bedingungen geknüpft. Es ist am Bürgermeisteramte derjenigen Gemeinde, in welcher das steuerpflichtige Immobil gelegen ist, vom Eigentümer eine Erklärung abzugeben über die Natur und Bestimmung des Gebäudes, sowie über die Bezeichnung desselben nach den Katasterblättern des Grundstückes, auf welchem der Bau errichtet

¹⁾ Réforme, p. 182—184.

wird. Die Regierungsvorlage hatte für die Anzeigepflicht eine dreimonatliche Frist vorgeschlagen; die Budgetkommission dehnte diesen Zeitraum auf vier Monate aus, und in dieser Fassung wurde diese Bestimmung in das Gesetz aufgenommen. Eine gleichartige Vorschrift ist in den Gebäudesteuergesetzen der meisten Staaten anzutreffen, und sie wurde speziell in Frankreich dem Gesetzentwurf vom 23. März 1876, die Katastererneuerung betreffend, entlehnt. Auch sachlich ist diese Verfügung wohl begründet. Die Beamten der Verwaltung der direkten Steuern sind nicht sehr zahlreich und haben bei ihren Dienst- und Inspektionsreisen so mannigfaltige Funktionen zu erfüllen, dass ein Uebersehen der Neubauten, wenn diese nicht gerade in die Augen oder, wie in Weilern und Gehöften, sofort sichtbar sind, nicht zu den Seltenheiten gehört. Die Aufnahme der Gebäudegrundstücke in den Jahren 1887/89 hat in den Rollen des Gebäudekatasters 437,337 Immobilien erwähnt, welche bisher übersehen worden waren. Um diesem Uebelstande abzuhelpen, hat das Gesetz die zeitweilige Steuerbefreiung, welche schon im Gesetz vom 3. Frimaire VII. anerkannt ist, nur bedingt zugelassen.

Der letzte Absatz definiert den Begriff des „Neubaues“. Es werden dabei zwei Fälle unterschieden:

1. Die Verwandlung eines ländlichen Gebäudes in ein Wohnhaus oder eine Fabrik. Diese Bestimmung hat wiederum den Zweck der Steuerrechtsprechung eine feste Grundlage zu verleihen. Es entstand nämlich häufig die Frage, ob Gebäude, welche der erwähnten Umwandlung unterworfen worden waren, sofort steuerpflichtig wurden oder die Rechtswohlthat des Art. 88 des Gesetzes vom 3. Frimaire VII. geniessen, nämlich als Neubauten betrachtet werden sollen. Die vorliegende Bestimmung hat sich zu Gunsten der ersteren Anschauung ausgesprochen und dieselbe als bindende Norm anerkannt.

2. Die Bestimmung eines Grundstücks zu Handels- und Industriezwecken unter den Voraussetzungen des Art. 1 des Gesetzes vom 29. Dezember 1884. Dieser letztere besagt, dass nicht angebaute Grundstücke, welche einem Handels- oder Industriezwecke dienen, wie Holzgärten, Warendepots und andere Verwahrungsorte, der Gebäudegrundsteuer nach ihrem Mietwerte unterliegen neben der Grundsteuer des nicht überbauten Bodens. Wie bei den Gebäudegrundstücken ist der Abzug eines Viertels vom Mietwert gemäss Art. 82 des Gesetzes vom 3. Frimaire VII. gestattet. Der Art. 1 des Gesetzes vom 29. Dezember 1884 setzt aber voraus, dass die Grundstücke

Handels- und Industriezwecken wirklich dienen. Hierher gehört also nicht beispielsweise ein Hof oder Garten, welcher seine ursprüngliche Bestimmung beibehält, daneben aber zur Unterbringung von Baumaterialien, Holz, Waren benutzt wird. Die entscheidende Voraussetzung bildet immer, dass diese Gegenstände im Besitz von Gewerbesteuerpflichtigen (patentables) befinden (Réforme p. 181/84).

Weitere Vorschriften über die steuertechnische Behandlung der Neubauten bringt der Art. 10:

„Die Neubauten, Umbauten und Zubauten, welche gar nicht oder erst nach Ablauf der gesetzlichen Frist zur Anzeige kommen, werden der Gebäudegrundsteuer vom 1. Januar desjenigen Jahres unterworfen, welches auf ihre Vollendung folgt.

„Sie werden mittels besonderer Stellen sowohl für die Gebäudegrundsteuer als für die Thür- und Fenstersteuer so lange veranlagt, bis sie in die allgemeinen Rollen aufgenommen werden.“

Der Artikel hat den Zweck, eine Ergänzung zum Art. 9 zu bilden, welcher den Inhalt des Art. 88 des Gesetzes vom 3. Frimaire VII. aufgenommen hat und den Genuss der zeitweiligen Steuerfreiheit an die Anzeigepflicht knüpft. Zugleich versucht diese Bestimmung durch einen gelinden Druck auf den Hauseigentümer denselben zur Abgabe jener Erklärung um so mehr zu veranlassen, als die Versäumung der letzteren mit der sofort nach Vollendung des Gebäudes eintretenden Steuerpflichtigkeit bedroht wird. Der zweite Absatz dagegen gibt die Norm an, nach welcher jene nicht deklarierten Gebäude von der Steuerverwaltung zu behandeln sind. Diese Verfügungen sind in erster Linie zur Verhütung von Uebersehen und der damit verbundenen Steuerfälle für den Fiskus gegeben; man beabsichtigte eben denselben gegen grössere Versehen zu schützen, da die letzte Aufnahme unter der alten Besteuerungsform bekanntlich 437,337 solcher Omissionen konstatiert hatte.

Ueber die Höhe der Steuer und ihre Berechnung trifft der dritte Absatz eine Bestimmung:

„Ihre Einweisung in Prinzipal und Zuschlägen sollen die nämlichen sein, wie die der gleichartigen Immobilien, während des laufenden Jahres; dieselben sind aber zu vervielfachen mit der Zahl der Jahre, welche zwischen der Vollendung der Neubauten, Umbauten und Zubauten und ihrer

Entdeckung durch die Steuerbehörde einschliesslich des letzten Jahres verflossen sind. Der Betrag kann jedoch höchstens verfünffacht werden.

„Sie wachsen dem Kontingent der Personal- und Mobiliar- und der Thür- und Fenstersteuer zu. Indes tritt die Vermehrung des Kontingents der Personal- und Mobiliarsteuer erst mit demjenigen Jahre ein, in welchem die betreffenden Neubauten, Umbauten und Zubauten in die neuen Rollen aufgenommen worden sind, vorbehaltlich der Anwendbarkeit des Art. 2 des Gesetzes vom 4. August 1844.“

Hatte schon der zweite Absatz des vorliegenden Artikels dahin zu wirken gesucht, den Grundeigner zur Anzeige der Neubauten etc. zu drängen, so präzisiert der dritte diesen Gedanken schärfer und schafft die Norm für ihre Veranlagung. Wenn also ein Neubau, welcher 1891 vollendet wurde, bis 1897 der Steuerbehörde entgangen ist und vom Eigentümer nicht zur Anzeige gebracht wurde, so ist zunächst festzustellen, dass derselbe wegen mangelnder Anzeige vom 1. Januar 1892 an versteuert werden sollte. Daher hatte der Besitzer eine achtjährige Steuerexemption widerrechtlich genossen. Die Regierung und die Abgeordnetenkammer gedachten die gesamte, während dieses Zeitraums fällige Steuer vom Steuerpflichtigen zurückzufordern, wogegen der Senat nur die Steuerforderung für die letzten fünf Jahre zuliess, ein Prinzip, welches später auch die Kammer annahm. In unserem Beispiele hätte also der Hauseigentümer den fünffachen Betrag der Jahresschuldigkeit nachzuzahlen. Er hätte auch die gleiche Summe zu entrichten, wenn beispielsweise sein Haus erst 1902 entdeckt worden wäre.

Der vierte Abschnitt erörtert endlich die Frage des Verhältnisses dieser Steuer zur Personal- und Mobiliar- und Thür- und Fenstersteuer. Hier spielt der Art. 2 des Gesetzes vom 4. August 1844 eine gewisse Rolle. Derselbe bestimmt, dass das Kontingent der Personal- und Mobiliarsteuer vermehrt werden soll im Verhältnis des Mietwertes der Wohnungen der Steuerpflichtigen in den Neubauten und Umbauten, insoweit dieselben der Grundsteuer unterliegen. Vor der Wirksamkeit des neuen Gesetzes vom 8. August 1890 konnte kein Gebäude vor Ablauf eines dreijährigen Zeitraums seit seiner Vollendung zur Grundsteuer herangezogen werden: es konnte daher die Vermehrung des Kontingents der Personal- und Mobiliarsteuer erst von diesem Zeitpunkte an erfolgen. Da nun die zeit-

weilige Steuerbefreiung der Neubauten etc. an die formelle Bedingung der Anzeige gebunden ist und die Unterlassung derselben vom 1. Januar des auf die Vollendung des Baus folgenden Jahres eine Steuerpflicht begründet, so bedurfte die Bestimmung über die Kontingentsvermehrung der Personal- und Mobiliarsteuer einer besonderen Fassung. Der herrschende Rechtszustand gestattet bei nicht erfolgter Deklaration die sofortige Erfassung durch die Gebäudegrundsteuer nach Entdeckung des Objekts. Dagegen blieb es für den Kontingentszuwachs der Personal- und Mobiliarsteuer beim alten; er tritt erst nach Ablauf des dritten Jahres nach Vollendung des Baus, also zur selben Zeit ein, in welcher der erste Grundsteuerbeitrag erhoben worden wäre, wenn die richtige Anzeige Platz gegriffen hätte.

Im Rahmen unseres Paragraphen haben wir noch der Frage des Gebäudekatasters, seiner Revision und Erneuerung zu gedenken. Diese Materie ist in Art. 8 des Gesetzes geordnet:

„Die Bewertungen zur Veranlagung der Gebäudegrundsteuer werden alle zehn Jahre revidiert.

„Wenn jedoch infolge von aussergewöhnlichen Umständen während der beiden, zehnjährigen Revisionen eine allgemeine Wertminderung der Gebäudegrundstücke einer Gemeinde, sei es hinsichtlich der Gesamtheit, sei es hinsichtlich eines erheblichen Teils der Gemeinde, erfolgt, so ist der Gemeinderat berechtigt, eine neue Schätzung der Gebäude der ganzen Gemeinde zu verlangen, deren Kosten dieser zur Last fallen.

„Die so vorgenommenen Schätzungen werden gleichwohl nach Erlöschen der laufenden zehnjährigen Frist wieder erneuert.“

Der erste Absatz des vorliegenden Artikels bestimmt für die Revision des Gebäudekatasters einen Zeitraum von zehn zu zehn Jahren. Es ist klar, dass, wenn die Quotitätssteuer ganz konsequent durchgeführt wird, eine jährliche Ermittlung des Mietwertes erfolgen müsste; denn nur so kann die Steuer der Entwicklung des Grundvermögens folgen, hat die Veranlagung jeden Augenblick ein richtiges Bild von dem Zustand des Steuerobjekts vor sich. Das ist aber aus praktischen Gründen unthunlich. Es handelt sich eben hier, wie so oft im Steuerwesen, darum, wenn man alles nicht erreichen kann, so doch wenigstens etwas durchzusetzen; wo, wie hier, das Wirkliche, That-

sächliche nicht zu erlangen ist, wendet man sich an Durchschnitte, an mittlere Grössen. Der Umstand, dass auch die Quotität kein Steuerideal ist, kann aber kein ausschlaggebender Grund für ihre Verwerfung sein. Jedenfalls vermag sie dem Gang und den Wandlungen des Immobilienvermögens rascher und besser zu folgen als die Repartition mit den schwerfälligen Kontingenten. Dass gerade eine zehnjährige Frist gewählt wurde, hat ihren Grund in den grossen Kosten einer solchen Neuaufnahme.

Nun war aber mit dem Falle zu rechnen, dass innerhalb des Zeitraums von zehn zu zehn Jahren erhebliche und einschneidende Wertminderungen des Gebäudeeigentums vor sich gehen. Man braucht hier nur an grosse Elementarereignisse: Brände, Ueberschwemmungen etc. zu denken, um die Notwendigkeit dieser Vorschrift zu erhärten. Aber nicht nur jene, sondern auch die Verkehrsveränderungen der modernen Technik vermögen grosse Umwälzungen herbeizuführen, wie die Verbindung von benachbarten Gemeinden durch Eisenbahnen, während der eigene Ort von einer solchen Verkehrsstrasse abseits liegt, der Verlust einer Garnison etc. Solchen Vorkommnissen zu begegnen, verfügt das Gesetz, dass auf Antrag des Gemeinderats die Neubewertung der Gebäudegrundstücke erfolgen muss, sei es, dass der Rückgang des Mietwerts die ganze Gemeinde oder doch einen wesentlichen Teil derselben betroffen hat. Die Kosten der Arbeit sind von der beantragenden Gemeinde zu bestreiten. Um nun aber die Verhältnismässigkeit zwischen den nachgeschätzten und den übrigen Gemeinden nach Ablauf des zehnjährigen Zeitraums wiederherzustellen, setzt das Gesetz fest, dass auch die neugeschätzten Bezirke der Revision zu unterwerfen seien.

Für den Fall, dass ein einzelnes Steuerobjekt in seinem Mietwerte erheblich zurückgeht, trifft das Reklamationsverfahren Vorsorge, welches im nächsten Paragraphen dargestellt ist.

6. Die Reklamation.

Das Reklamationswesen ist in Art. 7 des Gesetzes geregelt; für dasselbe sind folgende Gesichtspunkte massgebend¹⁾:

„Jeder Eigentümer eines Gebäudegrundstücks ist berechtigt, während sechs Monate von Veröffentlichung der ersten Rolle, in welcher sein Immobil eingesteuert sein wird und

¹⁾ Réforme, p. 176—179.

während drei Monate von der Veröffentlichung der folgenden Rolle gegen die seinem Immobil zuerkannte Bewertung Reklamation einzulegen.“

Die königliche Ordonnanz vom 3. Oktober 1821 (Art. 9), welche als Ausführungsverordnung zum Gesetz vom 31. Juli 1821 die Werkstellung der Katasteroperationen innerhalb jedes Departements betreffend erlassen wurde, setzt fest, dass jeder Grundeigner während sechs Monate, welche auf die Auflegung der Katasterrolle folgen, gegen die Klassierung seiner Grundstücke reklamieren kann. Nach Ablauf dieser Frist ist keine Reklamation zulässig, es sei denn, dass sie spätere Ursachen oder Umstände zum Gegenstand hat, welche sich nicht auf die Klassierung beziehen. Für die Schätzung der überbauten Grundstücke, welche in Gemässheit des Gesetzes vom 8. August 1885 vollzogen worden war und den Charakter und die Wirkung einer Katasteroperation hinsichtlich der Wohnhäuser und Fabriken hatte, wollte das Gesetz eine aussergewöhnliche Reklamationsfrist den Steuerpflichtigen einräumen, um ihnen die Möglichkeit zu gewähren, die Ungleichmässigkeiten, welche sich eventuell bei Aufstellung der Beschätzung eingeschlichen hatten, zu beseitigen. Eine ähnliche Verfügung enthielt schon der Gesetzentwurf vom 23. März 1876 die Katastererneuerung betreffend¹⁾. Das Gesetz vom 8. August 1890 geht noch einen Schritt weiter, indem es neben der sechsmonatlichen Frist noch eine dreimonatliche von dem Zeitpunkt der Publikation der zweiten Rolle, in welcher das Steuerobjekt aufgeführt ist, zulässt. Man wollte eben jedem Steuerzahler reichlich Gelegenheit bieten, seine Mietwertsschätzung zu berichtigen. Dies war beim Uebergang von der Repartition zur Quotität um so mehr am Platze, als jetzt mehr denn früher Steuer und Ertrag einander näher gerückt waren.

Bedeutung und Umfang dieser Bestimmungen sind klar und einfach. Die Gebäudegrundstücke, deren Mietwert im Laufe des letzten Aufnahmeverfahrens geschätzt wurde, können in zweifacher Weise

¹⁾ Art. 13, Abs. 2 lautet: „Dans les six mois qui suivent la publication de ce rôle (erste Katasterrolle) les propriétaires sont admis à réclamer contre la contenance et le classement de leurs fonds, l'évaluation de leurs maisons et usines, ainsi que des natures de culture dont ils possèdent seuls la totalité ou la plus grande partie. Ce délai passé, aucune réclamation n'est admise qu'autant quelle porte sur des causes postérieures au renouvellement ou à la révision du cadastre et indépendantes de la volonté des propriétaires.“

zur Berufung angemeldet werden. Einmal kann dies geschehen sechs Monate nach Veröffentlichung der ersten Rolle, in welcher das Immobil eingesteuert sein wird, also sechs Monate nach Aushängung der Rolle für das Jahr 1891. Sodann aber ist noch eine dreimonatliche Frist von Veröffentlichung der folgenden Rolle zulässig, d. h. derjenigen des Jahres 1892.

Wie aber verhält es sich für einen etwa i. J. 1892 vollendeten Neubau? Nach Art. 9 genießt derselbe eine zeitweilige Steuerfreiheit in den Jahren 1893 und 1894 und wird zum erstenmale in der Rolle des Jahres 1895 zur Steuer veranlagt. Der Eigentümer ist daher berechtigt, innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten seit Auflegung der Rolle d. J. 1895 zu reklamieren; ferner hat er noch eine dreimonatliche Frist nach Veröffentlichung der Rolle v. J. 1896. Diese Auslegung des Art. 7 entspricht im übrigen der herrschenden Rechtsanschauung bei der Entscheidung solcher Fragen in Sachen des nicht überbauten Bodens.

Für die späteren Rollen bestimmt das Gesetz:

„In betreff der folgenden Rollen haben die Steuerpflichtigen das Recht, während drei Monate zu reklamieren, wenn infolge von aussergewöhnlichen Umständen ihr Immobil eine Wertminderung erfahren hat.“

Dieser Absatz ist eine Wiederaufnahme einer älteren Norm, welche in Rücksicht auf den nicht überbauten Boden erlassen wurde. Der Art. 37 des Gesetzes vom 15. September 1807, der Art. 9 der königlichen Ordonnanz vom 3. Oktober 1821 und der Art. 31 des Reglements vom 10. Oktober 1822 ermächtigen die Steuerpflichtigen gegen die Klassierung ihrer Grundstücke Berufung einzulegen, wenn sie nachweisen, dass nach Abschluss der Katastrierung unvorhergesehene, vom Willen des Grundeigners unabhängige Ereignisse ihre Reineinkünfte erheblich vermindert haben. Diese Verfügung wird durch den vorstehenden Artikel auf die Gebäude ausgedehnt mit der Wirkung, dass jeder Steuerzahler eine Revision seines Reinertrags beantragen kann, falls derselbe durch zufällige Umstände eine Einbusse erlitten hat, und bildet im Vereine mit Art. 8 Abs. 2 ein abgeschlossenes Ganzes. Wie dieser die Möglichkeit der Wertminderung des überbauten Bodens der ganzen Gemeinde oder eines wesentlichen Teils derselben ins Auge fasst, so bietet jener dem Eigentümer das Mittel innerhalb des zehnjährigen Zwischenraums von Schätzung zu Schätzung seinen Reinertrag und seine Steuer in Einklang zu setzen.

„Ausserhalb der beiden in Abs. 1 und 2 vorgesehenen beiden Fällen ist kein Gesuch um Steuernachlass zulässig, es sei denn in dem Falle, dass ein Immobil ganz oder teilweise zerstört oder in ein ländliches Anwesen verwandelt werden sollte.

„Die Reklamationen werden angebracht, eingeleitet und verbeschieden nach den allgemeinen Grundsätzen, welche für die direkte Besteuerung gelten.“

Nach dem Gesetze vom 15. September 1807 konnten die Grundeigner jedes Jahr gegen die Grundsteuer ihrer Gebäude Berufung ergreifen, während andererseits die Steuerbehörde kein Recht der Revision besass, wenn dieselbe einen Rückgang der Veranlagung wahrnahm. Diesen Weg glaubte das Parlament nicht einschlagen zu dürfen. Das Gesetz hat die Unveränderlichkeit der Steueranlage ausgesprochen, und wenn hier Modifikationen der Steuer eintreten, so kann dies nur zu Gunsten des Steuerpflichtigen, also nicht im Interesse des Fiskus, d. h. der Allgemeinheit geschehen. Wir haben auf diese widerspruchsvolle Einseitigkeit schon früher an andern Orte hingewiesen; es wäre dringend zu wünschen gewesen, dass hier neben dem individualistischen Gesichtspunkte des Steuerpflichtigen auch der höhere Standpunkt der Staatsgemeinschaft berücksichtigt worden wäre.

7. Die Zuschläge.

Schon bei der ersten Einführung der Grundsteuer (23. November/1. Dezember 1790) war ein Unterstützungsfonds, welcher aus Zuschlägen zum Prinzipal genährt werden sollte, begründet worden. Die „Zwanzigsten“-Zuschläge zum Grundsteuerprinzipal, 5 Sous vom Livre, wiesen diesem Zwecke in Verbindung mit dem Fonds für Steuerausfälle 1 Sou vom Livre an, wodurch 12,000,000 Livres flüssig wurden. Dieser Zustand blieb lange bestehen, und erst durch das Gesetz vom 17. Juli 1819 wurden die Zuschläge für den Unterstützungsfonds ausgeschieden und verselbständigt. Diese Mittel wurden dazu verwendet, den vom Unglück heimgesuchten Steuerzahlern, welche infolge von Frost, Hagelschlag, Ueberschwemmung, Feuersbrunst etc. Schaden erlitten hatten, eine Geldunterstützung zu gewähren. Diese Bestimmung wurde auch in dem neuen Gesetze aufrecht erhalten, dessen Art. 12 folgendermassen lautet:

„Es wird auch ferner als Zuschlag zum Prinzipal der Gebäudegrundsteuer ein Centime vom Frank erhoben, dessen Ertrag zum allgemeinen Unterstützungsfonds verwendet und unter die Departements im Falle von Ueberschwemmungen, Feuersbrünsten und andern unvorhergesehenen Ereignissen verteilt wird.“

Man sieht, dass die Festsetzung des Unterstützungsfonds als prozentualer Anteil des Prinzipals eine Umgestaltung nicht erfahren hat. Seit dem Jahre 1819, in welchem, wie bemerkt, die Trennung desselben vom Fonds für die Steuerausfälle endgültig erfolgt ist, ist er stets der gleiche geblieben. Dieser einem genau präzisierten Verwendungszwecke zugewiesene Spezialfonds wird von dem Landwirtschaftsministerium verwaltet. Ausserdem haben wir noch zwei Artikel zu erwähnen, welche ebenfalls die Zuschläge regeln. Sie beziehen sich beide gemeinschaftlich auf die Grundsteuer des überbauten Bodens und stellen keine Neuerung dar. (Réforme, p. 187.)

Der Art. 26 ordnet die Kreis- und Gemeindeumlagen, welche als Zusatz zur Grundsteuer erhoben werden. Er lautet:

„Für die Berechnung des Gesamtertrages der in den Rollen der Grundsteuer (der überbauten und nicht überbauten Grundstücke) alljährlich anzulegenden Departements- und Gemeindeumlagen wird die Höhe des in den Rollen vom Jahre 1890 aufgeführten Prinzipals mit Rücksicht auf die Bewegung des Steuerkapitals zu Grunde gelegt. Der dieses Prinzipal treffende Teil des Gesamtertrages wird unter die Steuerpflichtigen nach dem Prinzipal ihrer individuellen Steueranlage, wie diese vom gegenwärtigen Gesetz geregelt ist, verteilt.

„Dieses Verfahren bleibt so lange in Kraft, bis die ganze Materie durch ein Spezialgesetz geordnet wird.“

Um diese Bestimmung zu würdigen, muss man wissen, dass in Frankreich, wie anderwärts, die Budgets der Selbstverwaltungskörper hauptsächlich durch Zuschläge zu den Staatssteuern genährt werden. Dieser Modus ist hier um so notwendiger als die französischen Gemeindebezirke vielfach der privatwirtschaftlichen Erwerbsmittel, Domänen, Forsten, zinstragender Kapitalien, entbehren, wodurch insbesondere in Deutschland die Kommunen ihre Bedürfnisse zum Teil befriedigen. Naturgemäss wird der Ertrag der Centimes additionnels mit den Wandlungen des Prinzipals sich ändern. Das Gesetz bringt

sowohl für den nicht überbauten als auch für den überbauten Boden erhebliche Veränderungen in der Hauptsumme einer grossen Anzahl von Departements und Gemeinden. Würde nun das so modifizierte Prinzipal als Basis für die Berechnung der departementalen und kommunalen Zuschläge angenommen, so könnte der Ertrag derselben Schwankungen unterworfen werden, welche entweder das Gleichgewicht der lokalen Budgets stören oder den Steuerpflichtigen unnötige Lasten aufbürden würden. Diesen Uebelstand sucht der vorstehende Paragraph zu heben.

Endlich handelt Art. 27 von dem Fonds für Steuerausfälle:

„Der Fonds für die Steuerausfälle der Grundsteuer des überbauten und nicht überbauten Bodens wird für 1891 festgesetzt:

„Für die Gebäudegrundsteuer mit 5 Zuschlagscentimes vom Frank:

1. vom Prinzipal dieser Steuer,
2. vom Ertrage der 8 Zuschlagscentimes 12 Hundertstel von der genannten Steuer zur Deckung der Kosten des Volksschulunterrichts gemäss Art. 27 des Gesetzes vom 19. Juli 1889,
3. vom Ertrage der departementalen und kommunalen Zuschlagscentimes der gleichen Steuer.

„Im Falle der Unzulänglichkeit des Fonds für die Steuerausfälle der Gebäudegrundsteuer wird der Fehlbetrag vom Prinzipal der nämlichen Steuer erhoben.“

„Für die allgemeine Grundsteuer mit $2\frac{1}{2}$ Zuschlagscentimes vom Frank:

1. vom Prinzipal dieser Steuer,
2. vom Ertrage der 8 Zuschlagscentimes 12 Hundertstel von der genannten Steuer zur Deckung der Kosten des Volksschulunterrichts gemäss Art. 27 des Gesetzes vom 19. Juli 1889,
3. vom Ertrage der departementalen und kommunalen Zuschlagscentimes der gleichen Steuer.“

Was für unsere Darstellung in Betracht kommt, sind die 5 Zuschlagscentimes für die Gebäudegrundsteuer. Bislang hatten beide Arten der Grundsteuer die gleiche Zahl von Centimes für den Fonds der Steuerausfälle entrichtet. Mit der Verselbständigung der Gebäudegrundsteuer und ihrer Umgestaltung zur Quotitätssteuer musste

sich das Verhältnis ändern, da nun auch die in Aussicht gestellten Entlastungen des landwirtschaftlichen Bodens in Betracht kommen. Die den Steuerzahlern gewährten Erleichterungen wurden unter der Herrschaft der Repartition wieder besteuert in den Rollen des folgenden Jahres, sie fallen aber jetzt unter dem Regime der Quotität den Steuerausfällen zur Last. Deshalb schien eine Verstärkung des Fonds für die Steuerausfälle bei der Gebäudegrundsteuer unbedingt geboten. (Réforme, p. 192/93.)

8. Die Entlastung des nicht überbauten Bodens.

Die Absichten der Regierung in betreff des nicht überbauten, also wesentlich landwirtschaftlich benutzten Bodens waren weitgehender Natur. Wie wir bereits früher angedeutet haben, begnügte sich die Vorlage nicht mit einer einfachen Kontingentsermässigung für die nicht überbauten Grundstücke. Die Erfahrung, welche man in dieser Richtung im Laufe dieses Jahrhunderts mit diesem System gemacht hatte, riefen viel zu viel Bedenken wach, als dass man von neuem diese Bahn beschreiten wollte. Deswegen schlug der Finanzminister vor, mit der Gebäudesteuerreform und der Erleichterung der Steuer für den agrarischen Besitz den Gedanken der Katastererneuerung zu verknüpfen und der Regierung einen Kredit von 1,800,000 Fr. für die vorbereitenden Studien zu bewilligen. Das Ziel der Arbeit sollte bei der Schätzung das Zurückgreifen auf die Parzelle bilden, was bekanntlich die Arbeiten nach dem Gesetze vom 9. August 1879 nicht gethan hatten. Die Budgetkommission war diesen Tendenzen keineswegs abgeneigt, wenn auch dieselbe infolge einer anderweiten Zugrundelegung des Steuerfusses den geforderten Kredit auf 1,400,000 Fr. herabsetzte. Gegen diese Projekte sprach sich indes die Abgeordnetenkammer entschieden aus und verwarf diesen Teil des Gesetzentwurfes. Man wollte offenbar die Katasterverhältnisse des Landes zur Ruhe kommen lassen, sie stabilisieren und nicht eher neue Experimente machen, als bis sich die Reform der Gebäudesteuer einigermaßen eingelebt hatte und ihre Folgen sich überblicken liessen. Nachdem die Frage der Katastererneuerung seitens der Volksvertretung eine solche Verabschiedung erfahren hatte, glaubte der Senator Boulanger als Berichterstatter der Budgetkommission des Senates auf diesen Teil überhaupt nicht mehr zurückkommen zu sollen, womit das Schicksal der Katastererneuerung entschieden war.

Dagegen war das Bedürfnis, der Landwirtschaft, welche in den

letzten Jahren eine schwere Krisis zu bestehen hatte, wenigstens eine gewisse Steuererleichterung zu gewähren ein dringendes. Beide Häuser stimmten in diesem Punkte überein und nahmen von vornherein diese Seite des Entwurfs an, welche einem oftmals in Kammer und Senat, vom Regierungstische wie von der öffentlichen Meinung geäußerten Wunsche Ausdruck verlieh. Aber auch hier wurden die Pläne des Finanzministers beschnitten, indem die gemeinsame Nivellierung des Steuerfusses auf 3,97% für beide Arten des Grundbesitzes abgelehnt und für den ländlichen Boden ein 4%iger, für die Gebäude — in Anbetracht der auf diesen ruhenden Thür- und Fenstersteuer — ein 3,20%iger Steuersatz angenommen wurde.

Nun aber stand die Frage des Steuerfusses mit der Kontingentsermässigung für den nicht überbauten Boden in engstem Zusammenhang. Die Regierungsvorlage heischte eine Erleichterung von 15,994,936 Fr., wodurch der jüngst ermittelte Prozentsatz von 4,60% auf 3,97%, den vom Finanzminister beantragten Nivellierungssatz, reduzierte. Jenes für ganz Frankreich konstatierte Verhältnis zwischen dem Prinzipal der Grundsteuer und dem Reinertrag beruhte auf den Resultaten der Schätzungsarbeiten vom Jahre 1879 und der Revision vom Jahr 1884 (Ges. v. 9. Aug. 1879), welche die Verwaltung der direkten Steuern bewerkstelligt hatte. Wie bemerkt, legte aber das Parlament für den ländlichen Grundbesitz einen 4%igen Steuerfuss zu Grunde. Die Folge hiervon war, dass die Kontingentsermässigung statt 15,994,936 Fr. nur 15,267,977 betrug. Hatte der Gesetzentwurf den Genuss dieser Wohlthat für 85 Departements, also für die Gesamtheit derselben mit Ausnahme der Seine und Korsikas, wo sich der Steuerfuss ohnehin nur auf 1,96, bzw. 0,94% belief, in Aussicht genommen, so gingen neben den beiden genannten Departements noch drei andere, L'Aude, L'Allier und Hochsavoyen leer aus. Seine Fassung erhielt diese Verfügung in Art. 14, welcher lautet:

„Es wird am Prinzipal der Grundsteuer für den nicht überbauten Boden eine Ermässigung von fünfzehn Millionen zweihundertsiebenundsechzigtausend neunhundertsiebenund-siebzig Franken (15,267,977) gewährt.

„Diese Ermässigung wird unter die 82 im Anhangsetat B des gegenwärtigen Gesetzes bezeichneten Departements nach den Angaben dieses Etats verteilt.

„Die Resultate der Schätzungsarbeiten, welche von der

Verwaltung der direkten Steuern in den Jahren 1879—1884 nach dem Gesetz vom 9. August 1879 ausgeführt wurden, haben den General- und Arrondissementsräten als Anhaltspunkte zur Festsetzung der Kontingente der Arrondissements und Gemeinden im Prinzipal zu dienen.“

Die Umlegung der Kontingentsermässigung unter die Departements erfolgte nach den detaillierten Angaben, welche die Regierung in den Motiven eingehend begründete. Die Volksvertretung hat in dieser Richtung keine Modifikation des Gesetzentwurfes vorgenommen.

Für die Durchführung der Entlastung durften die absoluten Zahlen der Kontingente der einzelnen Departements nicht zur Grundlage dienen, da man hierdurch den gegenwärtigen Ungleichmässigkeiten der Steuerverteilung nicht Rechnung getragen hätte, vielmehr musste von der Verhältniszahl zwischen dem Kontingent und dem steuerpflichtigen Reinertrag ausgegangen werden. Es wurden demgemäss nach den Ergebnissen der Schätzungsarbeiten 1879—1884 die Zahl derjenigen Departements ermittelt, welche mit einem höheren Steuerfuss als 4,60 ‰, dem Durchschnitte, belastet waren, und als höchsten zulässigen Prozentsatz bei Neuordnung des Steuerfusses 4,50 ‰ bestimmt. Die Zahl dieser Verwaltungsbezirke war 41. Andererseits wurde die Erleichterung auch auf jene Kreise ausgedehnt, welche durchschnittlich unter 4,60 ‰, dem Mittelsatze, besteuert waren. Denn auch in diesen Departements — so führen die Motive aus — sind zahlreiche Kommunen zu einem höheren Satze als dem Durchschnitt 4,60 ‰ veranlagt. Es sei daher billig, den Repartitionskommissionen die Mittel an die Hand zu geben, wenigstens teilweise die überbürdeten Gemeinden zu entlasten, ohne die geschonten stärker treffen zu müssen. Den Generalräten und Arrondissementsräten soll daher das Recht zugestanden werden, in schonungsbedürftigen Bezirken bei der Unterverteilung ein ähnliches Verfahren einzuschlagen, wie es von Departement zu Departement erfolgt, d. h. eine Ermässigung vorzunehmen.

Nachdem Korsika (0,94 ‰), das Seine-Departement (1,96 ‰), L'Aude (3,47 ‰), L'Allier (2,38 ‰) und Hoch-Savoyen (2,60 ‰) ausgeschieden sind, werden die zu berücksichtigenden Departements in zwei Gruppen eingeteilt:

Die erste Gruppe umfasst 38 Departements mit einem Steuerfusse von 5 ‰ und darüber (Hochalpen 7,20 ‰, Drôme 5,00 ‰).

Diese Departements werden auf einen Mittelsatz von 4,50 % zurückgeführt und erhalten demgemäss eine Verminderung, die sich zwischen 2,70 % (Hochalpen) und 0,50 % (Drôme) bewegt. Die zweite Gruppe zählt 44 Departements mit einem Steuerfuss zwischen 5,00 % und 2,50 %. Hier wurde zunächst die Differenz ermittelt zwischen dem gegenwärtigen Steuerfuss und dem als Minimalsatz betrachteten 2,50 %. Jedes Departement erhielt demzufolge eine dieser Differenz proportionale Erleichterung, wobei 0,50 % die Obergrenze bildet, ein Prozentsatz, welcher niedriger ist als die dem letzten Departement der vorigen Gruppe (Drôme) zugebilligte Ermässigung¹⁾.

Die General- und Arrondissementsräte hatten des weiteren, nachdem durch den Etat die dem einzelnen Departement zukommende Erleichterung festgesetzt war, die Aufgabe ihrerseits, die nachgelassene Summe auf die Arrondissements und Gemeinden umzulegen. Bei dieser Arbeit waren sie an eine strikte, einheitliche Norm nicht gebunden. Indes empfahl die Regierung zwei Methoden, welche in nachfolgendem etwas näher erörtert werden sollen.

Die erste besteht in der Anwendung des mittleren Steuerfusses auf den steuerpflichtigen Reinertrag jeder Gemeinde, wie derselbe aus den jüngsten Feststellungen 1879/84 hervorgeht und im Etat B des gegenwärtigen Gesetzes für jedes Departement in der Kolonne 5 nachgewiesen ist. Hierdurch erhält man das neue Kontingent der Kommune und eine Vermehrung oder eine Verringerung desselben, je nachdem die Gemeinde zu einem höheren oder niedrigeren Steuerfuss veranlagt war als derjenige ist, welcher dem Departement nach dem Gesetz vom 8. August 1890 zukommt. Wenn diese Methode auch den Vorzug hätte, die Nivellierung der kommunalen Kontingente herbeizuführen, so ist damit doch anderseits der Nachteil verknüpft, dass sie die Erhöhung der augenblicklich von einer grossen Anzahl von Gemeinden zu tragenden Steuer, welche geringer ist als der durchschnittliche Steuerfuss des Departements, notwendig mit sich bringt. Andernteils scheint dieses Vorgehen aber den Absichten des Parlaments zu widersprechen, welches für die Steuerverteilung unter den einzelnen Departements nicht eine generelle Ausgleichung angewendet wissen wollte, sondern eine Verringerung der Steuerlast durch einfache Herabsetzung des Prinzipals wünschte, wie diese seit

¹⁾ Die Details mit Beispielen in den Motiven zum Entwurf des Finanzgesetzes für das Jahr 1891. p. 27—29.

100 Jahren in Frankreich traditionell geworden war. Insofern kann man hier von einer elften Kontingentsermässigung sprechen, wobei jedoch zu beachten ist, dass sie wenigstens auf einigermaßen zuverlässigen Grundlagen erfolgte.

Um deswillen empfahl die Regierung den Repartitionskommissionen ein zweites Verfahren, welches geeignet war, die Gefahren des ersten zu beseitigen. Diejenigen Gemeinden, welche zu einem höheren Steuersatz als dem mittleren des Departements besteuert waren, sollten nach dem Masse und der Bedeutung der Ueberlast, welche auf ihnen ruht, in proportionaler Weise an der Wohlthat des Nachlasses teilnehmen. Dagegen sollte es vermieden werden, die Steuer zu erhöhen, welche zur Zeit von den Gemeinden zu leisten ist, deren Steuerfuss den mittleren des Departements nicht erreicht ¹⁾.

IV.

Die Wirkungen der Reform und die nächste Zukunft.

Das Gesetz vom 8. August 1890, welchem wir unsere Untersuchungen gewidmet haben, bildet, an und für sich betrachtet, keine durchgreifende Reform, es stellt nicht die Verwirklichung eines bahnbrechenden, steuerprinzipiellen Gedankens dar. Seinem Wesen nach ist es daher lediglich als eine Fortsetzung und, wenn man will, als ein vorläufiger Abschluss älterer gesetzgeberischer Vorgänge aufzufassen. Die eigentliche schöpferische That für die Begründung des jüngst geschaffenen Rechtszustandes ist und bleibt die schon im Jahre 1876 angeregte, in den Jahren 1879/81 vollzogene Trennung der Mutterrollen. Sobald nämlich die grundsätzlich befürwortete Scheidung des Grundsteuerproblems durch die Sonderung der Rollen praktisch geworden war, bedurfte es nur noch eines Schrittes zur steuertechnischen Verselbständigung der Gebäudesteuer. Dass man aber zur Entwicklung dieser von der Repartition abgesehen und die Quotität zum Massstabe genommen hat, lag zunächst in dem Umstande, dass man sich immer mehr von der Unmöglichkeit überzeugte, die gleichheitliche Verteilung der Steuerlast des Gebäudeeigentums durch Anweisung von Kontingenten zu lösen. Die fort-

¹⁾ Ueber die Details der Ausführung vgl. das Beispiel und die Tabelle in *Réforme* p. 189—91.

schreitende Differenzierung des Volksvermögens und Volkseinkommens ist eben hier nicht ohne Wirkung geblieben. Einesteils hat die bei steigendem Wohlstand abgestufte Nachfrage nach Wohnungsgelegenheit für die verschiedenen Staffeln des privatwirtschaftlichen Einkommens dazu geführt, dass im Hausbesitze die mannigfaltigsten Abweichungen zu Tage treten, welche der Repartitionskommission keine hinreichenden äusseren Merkmale bieten, und einen untrüglichen Schluss gestatten, ob der Ausschnitt des kommunalen Kontingents auch thatsächlich mit der Leistungsfähigkeit des Steuerobjekts in Einklang steht. Andernteils aber, wiederum ein Reflex der erstgenannten Erscheinung, hat die Verwendung von Kapitalkräften zum Bauwerk nach äusseren Verhältnissen eine ganz verschiedene Ertragsfähigkeit, für deren sichere Ausmessung die steuer-technischen Mittel fehlen. In grossen Städten wird die Nutzung der angelegten Kapitalien einen relativ höheren Prozentsatz darstellen als in kleinen oder auf dem platten Lande. Dies alles führt in letzter Konsequenz immer wieder dazu, den leistungskräftigen Besitz unverhältnismässig zu schonen, den ökonomisch Schwächeren zu schädigen.

Aus solchen Ursachen erstehen eine ganze Reihe vermögensrechtlicher Verschiebungen und Ueberwälzungsverhältnisse, deren Grundzug immer wieder eine Benachteiligung des schlechter Gestellten und eine Bevorzugung der „oberen Zehntausend“ ausdrückt. Diese Zustände, an sich im Wesen des modernen Wirtschaftsleben überhaupt begründet, werden durch eine mangelhafte und ungenügende Besteuerungsform verschärft. Durch eine solche wird die steuerrechtliche Behandlung der einzelnen Objekte schliesslich den letzten Schein der Verhältnismässigkeit der verschiedenen Steuereinheiten zueinander einer- und der allgemeinen Grundsteuer zur Gebäudegrundsteuer anderseits beseitigen. U. E. liegt diese Gefahr in einem Lande, wie Frankreich, mit stark differenziertem Besitze unter der Herrschaft der Repartierung der Steuer nahe. Es war daher ein durchaus kluger Gedanke, für die Besteuerung des Bauwerks jene Methode der Veranlagung durch die Quotität zu ersetzen.

Die Quotisierung der Abgabe bezieht sich nur auf den Mietwert des Gebäudes, woneben das Grundstück selbst noch einer Arealsteuer unterliegt. Können wir — diese Frage drängt sich uns auf — trotzdem von einer Verselbständigung der französischen Gebäude-

steuer reden oder erscheint diese nicht vielmehr als ein blosses Anhängsel der Grundsteuer? Für die Antwort ist der Ausgangspunkt von dem Charakter der Gebäuderente zu nehmen. Die Hausrente hat, nationalökonomisch besehen, eine doppelte Natur; sie ist der herrschenden Lehre zufolge eine zusammengesetzte Erscheinung aus der Bodenrente und der Baurente, sie ist aber nicht reiner Kapitalzins, sondern ein Produkt aus beiden Faktoren¹⁾. Handelt es sich nun darum, diesen Zweig des Volkseinkommens zum Gegenstand der Besteuerung zu machen, so stehen der Steuertechnik zwei Wege offen: sie kann entweder das Produkt aus beiden Elementen als ein Ganzes, als Einheit auffassen und dasselbe organisch und selbständig als Steuerobjekt behandeln, oder sie kann die Mitwirkung beider Faktoren bei Bildung des Ertrags isoliert betrachten und jeden einzelnen seiner Eigenart gemäss zur Leistung heranziehen. Das Entscheidende liegt also nicht in der gleichartigen Behandlung beider Teile der Gebäuderente, sondern vielmehr darin, dass für die Besteuerung des Ertrags aus dem Hauseigentum ein formell selbständiger Weg eingeschlagen wird, welche die Gebäudesteuer als Individualität aus dem Rahmen einer andern Steuergruppe heraushebt. Ob aber die einheitliche Gestaltung oder Sondierung der Anlage gewählt wird, ist Sache des subjektiven Ermessens, nach historisch-relativen Gesichtspunkten zu entscheiden, eine Frage der Zweckmässigkeit. Die Reform der französischen Gebäudegrundsteuer kann nach dem Gesagten als eine Verselbständigung zur Gebäudeertragssteuer erachtet werden, da mit der Aufhebung der Kontingente für den überbauten Boden das letzte Glied der Abhängigkeit von der Grundsteuer gebrochen ist.

Schliesslich erübrigt es noch, darauf zurückzukommen, ob die Neugestaltung der Gebäudesteuer in Frankreich durch das Gesetz vom 8. August 1890 ein Abschluss oder die Eröffnung einer Reformepoche sei. Hier lässt sich der gegenwärtige Zustand nach folgenden Gesichtspunkten charakterisieren. Der jüngste gesetzgeberische Vorgang erschliesst dem französischen Steuerwesen ein neues, bislang unbekanntes Gebiet. Man hat es hier mit einem Territorium zu thun, wo erst im Laufe der Jahre Erfahrungen zu machen sind,

¹⁾ Allerdings charakterisiert sich die Neugestaltung der Gebäudegrundsteuer durch das Gesetz vom 8. Aug. 1890 thatsächlich als eine Ertragssteuer auf dem Zinse des Gebäudekapitals. Dies beeinträchtigt aber das Wesen der Gebäuderente nicht. (Dagegen v. Mirbach, a. a. O.)

wo erst nach längerer Zeit die Wirkungen des Gesetzes ersichtlich und zu überblicken sind. Jedenfalls ist es ratsam, mit Aenderungen der jetzt geschaffenen fiskalischen Rechtsordnung hintanzuhalten, bis eben der Erfolg oder Misserfolg der neuen Massregel klar zu Tage tritt. Allerdings wird man sich auch heute schon der Einsicht nicht verschliessen können, dass verschiedene Gesetzesbestimmungen nicht einwurfsfrei sind, dass sie Bedenken für die zukünftige Bewährung der Reform erregen. Diese Punkte sind vornehmlich zwei: Die Annahme des Mietwerts als einheitliche Bemessungsgrundlage für alle Gebäude ohne Ausnahme, bzw. die allgemeine Einführung einer Hauszinssteuer auch für solche Steuerobjekte, welche an sich oder ihrer ganzen Bestimmung nach oder thatsächlich nicht vermietet werden, und sodann der alljährlich festzustellende Prozentsatz des Steuerfusses. Der letztere Uebelstand wird wohl zuerst durch die praktische Anwendung beseitigt werden, während der erstere weit prinzipiellerer Natur ist und ein eingreifendes Heilverfahren erheischt.

Unter diesem Gesichtswinkel möge es dem Verfasser gestattet sein, folgende Grundsätze zu entwickeln.

Vorauszuschicken ist nur eine Bemerkung über die Aufhebung der besonderen (Grund-) Arealsteuer, welche das überbaute Grundstück selbst, der Fundus (*biens fonds*) zu entrichten hat. Bekanntlich ist dieselbe nicht aufgehoben worden. Ihre Beseitigung ist auch weder steuerprinzipiell noch -systematisch unbedingt geboten, vielmehr kommt es bei Beurteilung der Frage, ob diese Steuer bestehen bleiben oder fallen soll, lediglich auf die historische Entwicklung an. Diese aber hat in Frankreich typisch bei dem Ablösungsprozesse der Gebäudesteuer von der Grundsteuer auf die Beibehaltung der Arealsteuer hingewirkt und es ist daher fraglich, ob die gänzliche Aufhebung derselben notwendig, ja empfehlenswert ist. Thatsächlich hat sich indes diese Doppelsteuer auch in den Systemen der direkten Besteuerung in andern Ländern, z. B. Bayern, eingebürgert und besteht dort ohne Widerspruch.

Eine endgültige und für absehbare Zeiten abschliessende Reform der Gebäudesteuer in Frankreich hat von der gegenwärtigen Lage des überbauten Grundbesitzes oder m. a. W. von der herrschenden Entwicklung des Gebäudeeigentums in städtischen Verkehrszentren auszugehen. Unsre an andrer Stelle angestellten Betrachtungen haben folgende statistische Daten zu Tage gefördert. Es

wurden nämlich nach dem Aktenmaterial unmittelbar insbesondere auf Grund der Mietverträge eingeschätzt

37 %	der Gebäude in Städten von	5,001 bis	10,000	Einwohnern,
49 "	" " " " " "	10,001 "	20,000	"
53 "	" " " " " "	20,001 "	30,000	"
54 "	" " " " " "	30,001 "	50,000	"
67 "	" " " " " "	50,001 "	100,000	"
78 "	" " " " " mit über	100,000		"
84 "	" " " " der Stadt Paris.			

Dagegen hat die Bewertung direkt stattgefunden bei
 12 % der Gebäude in Gemeinden mit bis 2,000 Einwohnern,
 18 " " " " " von 2,001 bis 5,000 "

Eine Beleuchtung erhalten diese Zahlen durch die Vergleichung der in den Mietverträgen vertretenen Werte. Sie stellen dar

18,77 %	des gesamten Mietwerts in Gemeinden mit	2,000 Einw.
über 31,86 "	" " " " " bis	5,000 "
60,85 "	" " " " " über	5,000 "
91,71 "	" " " " der Stadt Paris.	

Diese 18,77 % in Gemeinden mit 2000 Seelen beweisen aber nur, dass in diesen einzelne, regelmässig mit die besten Immobilien, wirklich vermietet werden und der Mietzins hier infolge der Person des Mieters (Schulhaus, Postfiliale, Beamtenwohnung) relativ erheblich ist. Typisch ist diess indes für diese ganze Gruppe keineswegs, da Ausnahmefälle die eigentliche Sachlage verschleiern. Thatsächlich kann man höchstens für den Durchschnitt, d. h. als unter normalen Bedingungen vermietete Häuser 8—12 % annehmen.

Diese Ziffern bedürfen keines weiteren Kommentars; sie belehren uns, dass erst in Städten mit über 5000 Einwohnern mehr als ein Drittel der vorhandenen Immobilien ständig vermietet werden. Daraus aber geht sofort als eine feststehende Thatsache hervor, dass nur beim städtischen Hausbesitz und bei diesem erst in Städten mit mehr als 5000 Einwohnern die regelmässige Vermietung üblich ist. Erst in diesem Stadium der Entwicklung eines konzentrierten Verkehrslebens ist der Hausbesitz eine selbständige Form des wirtschaftlichen Erwerbs, ein eigenes, reines Geschäft. Diese Erfahrung, welche wir hier auf die Ergebnisse der französischen Gebäudebewertung gestützt haben, lassen sich wohl im ganzen auch für andre Staaten verallgemeinern und verwerten.

Die Thatsachen der gewerbsmässigen Vermietung geben auch

für die steuertechnische Lösung des Problems einen beachtenswerten Fingerzeig. Sie gestatten den Schluss als berechtigt anzuerkennen, dass in Gemeinden bis 5000 Köpfe die Gestaltung des Immobilienbesitzes einen typischen Gang zeigt, die einzelnen Gebäudegrundstücke einander ziemlich ähnlich sind oder doch wenigstens gruppenweise ihre Zugehörigkeit zu einer Gattung oder Klasse dokumentieren. Dagegen ist in den Städten, deren Einwohnerzahl 5000 übersteigt, in der Regel alles individuell entwickelt, jedes Bauwerk ist nach eigenen Grundsätzen und Absichten errichtet, es hat jedes verschiedene Kosten verursacht, es soll den abweichendsten Zwecken dienen und es liefert endlich jedes Steuerobjekt einen andern Ertrag. Diese beiden Gegensätze lassen sich auch für die Veranlagung verwerten, sie lassen die Unterscheidung nach der Besteuerung des überbauten Bodens in eine Gebäudeklassen- und in eine Hauszinssteuer als passend erscheinen und geben aber auch zugleich die Grenzen, innerhalb welcher die erstere und die letztere mit Erfolg wirken kann. Es lässt sich daher *de lege ferenda* eine Gebäudeklassensteuer in denjenigen Gemeinden, welche bis 5000 Seelen haben, und eine Hauszinssteuer in den grösseren Städten als anzustrebendes Ziel bezeichnen.

Was das letztere betrifft, so kann sie durch das jüngste Gesetz vom 8. August 1890 als gelöst erachtet werden, wenn auch hier einzelne wenige Bestimmungen Bedenken erregen. Es wird indes nicht schwer sein, diese zu beseitigen. Im folgenden beschränken wir uns daher darauf, die wichtigsten Gesichtspunkte für Einrichtung einer Gebäudeklassensteuer etwas näher zu charakterisieren.

Für die Klassifizierung der Gebäude ist zunächst der Grundsatz aufzustellen, dass der Zweck der letzteren die Schaffung von Wohnungsgelegenheit für den Menschen ist. Daher ist prinzipiell festzuhalten, dass die Fabriken, soweit sie lediglich der Ort sind, an dem die Herstellung von Sachgütern erfolgt, ausschliesslich der Patentsteuer zu unterwerfen sind. In dem Falle jedoch, dass der Gewerbsraum zugleich Wohnraum für den Unternehmer oder Arbeiter ist, wie meist bei der Hausindustrie und dem Handwerk, bleibt der Ertrag der Gebäudeklassensteuer unterworfen.

Dieses vorausgeschickt, entsteht die Frage, nach welchen Grundsätzen die Klassifikation der der Gebäudeklassensteuer unterworfenen Häuser erfolgen soll. Zunächst wären hier Ortsklassen anzunehmen. Ihre Abstufung könnte etwa eine vierfache sein, indem

die erste Gemeinden bis 1000 Einwohner, die zweite solche von 1001 bis 2500, die dritte bis 3500 und die vierte solche bis 5000 Seelen umfasst. Das zweite Merkmal zur Feststellung der Gruppe bilden Gebäudeumfangsklassen, deren Grenze durch die Bodenfläche, auf der das Gebäude mit Vor- oder kleinem Hausgarten steht, und die Zahl der Stockwerke und Rückgebäude bestimmt werden, wobei jedes Rückgebäude als ein bis drei Stockwerke anzuschlagen ist. Hieran schliessen sich Gebäudegattungsklassen nach Wohnbestandteilen. Diese Klasse hat verschiedene Sätze für Häuser, welche nur zum Eigenwohnen dienen, für solche, die zugleich Gewerbsräume sind, und endlich für diejenigen, welche ausnahmsweise überhaupt oder doch zu gewissen Jahreszeiten (Badeorte, Sommerfrischen, Jagdorte) vermietet werden. Der Satz für das selbst bewohnte Gebäude ist der niedrigste, derjenige für das vermietete der höchste. Für die beiden letzteren Klassen bestehen verschiedene Abstufungen und zwar für die Gebäudeumfangsklasse zehn bis zwölf, für die Gebäudegattungsklasse selbstredend drei.

Das Verfahren der Steueranlage wird zuerst mit der Konstatierung des Umfangs (Grösse) eröffnet. Wenn nun festgestellt ist, zu welcher Gruppe das Gebäude seinem kubischen Inhalte (Bodenfläche und Stockwerk) gehört, so ist zu ermitteln, welcher Gattungsklasse dasselbe einzureihen ist. Ist auch dies geschehen, so hat der Steuertarif nur für jede Ortsklasse einen besonderen Satz auszuweisen. Diese Klasseneinteilung bezieht sich indes nur auf die gewöhnlichen Gebäude. Es muss daneben für die Schlösser und ausserordentlichen Bauwerke, welche bekanntlich bei Feststellung des Materials die grössten Schwierigkeiten verursachten und die unsichersten willkürlichsten Resultate ergaben, eine „besondere Klasse“ eingeschaltet werden. Am besten lässt sich diese in der Art einrichten, dass man bei diesen Luxusbauten einen mehrstaffeligen Satz zulässt, um mittels desselben den grösseren oder geringeren Erhaltung- und Reparaturkosten, sowie dem Umstande Rechnung tragen zu können, dass das Schloss etc. zugleich „Wirtschaftshof“ eines grösseren Gutsbezirks ist.

Für die Höhe der Sätze ist massgebend, dass der höchste Steuersatz, also derjenigen der ersten (nicht der „besondern“) Klasse den Durchschnitt desjenigen erreicht, welcher von den Immobilien in Städten von 5001—10,000 Einwohnern als Hauszinssteuer zu entrichten ist.

Nun aber besteht in Frankreich neben der Gebäudegrundsteuer

die Thür- und Fenstersteuer als eigentliche Haussteuer. Ueber den prinzipiellen Charakter und ihre thatsächliche Tragung haben wir früher einige Bemerkungen eingestreut und hervorgehoben, dass sich dieselbe, ähnlich wie der Hypothekzinsenabzug bei der österreichischen Gebäudesteuer, endgültig bei Regelung des Mietpreises vollzieht, während die ratenweise, vom Gesetz gewollte Vergütung der vom Vermieter auszulegenden und vom Mieter zu tragenden Abgabe illusorisch geworden ist. Die Beseitigung der Thür- und Fenstersteuer spielt schon seit längerer Zeit in den Reformprogrammen eine gewisse Rolle. Auch in diesem Jahre ward sie von einem Abgeordneten angeregt, aber vom Finanzminister mit der Begründung abgelehnt, dass die Regierung das ohnehin schon allzu verwickelte Problem der Gebäudesteuer nicht durch die Einbeziehung der Thür- und Fenstersteuer noch mehr verwirren wollte¹⁾. Bei einer endgültigen und abschliessenden Neuordnung der Gebäudesteuer durch eine Hausklassen- und Hauszinssteuer wird aber die Prüfung dieses Problems nicht zu umgehen sein.

Da die Thür- und Fenstersteuer schon heute den Charakter einer Ertragssteuer auf der Gebäuderente hat, welcher sich von Jahr zu Jahr intensiver gestaltet, also bereits zu einer Art Reallast auf dem Hauseigentum geworden ist, so erscheint es am besten, diesen grundsätzlich beizubehalten und auch formellrechtlich durchzubilden. Es kann sich dann nur darum handeln, ob die Eingliederung in beide Teilsteuern (Gebäudeklassen- und Hauszinssteuer) erfolgen soll oder nur auf eine derselben auszudehnen sei. Man muss sich hierbei gegenwärtig halten, dass die moderne Entwicklung des wirtschaftlichen und Verkehrslebens von der Tendenz den grösseren und grossen Centralpunkten eine günstigere Stellung gegenüber den weniger verkehrsreichen Orten zu schaffen beherrscht ist. Von überallher kann man heutzutage Klagen über das Streben der Bevölkerung, insbesondere der ländlichen, nach den Industrie- und Handelsstädten zu ziehen, vernehmen. Ferner bleiben diese Verschiebungen der Arbeitskräfte vom platten Lande in die städtischen Agglomerationen für die ganze Lage der Produktion nicht ohne Bedeutung. Endlich zeigen sich durch solche Zustände weitgehende Umwälzungen in den Verkehrsmitteln und -Gelegenheiten namentlich durch die Anlage von neuen Schienenwegen, durch welche immer

¹⁾ Chambres des Députés, Séance du 15 juillet 1890. Journal officiel p. 1470.

mehr industrielle Stätten miteinander verbunden werden. Andern-
teils aber ist man von allen Seiten, vom Regierungstische, wie von
der Volksvertretung, eifrigst bestrebt, Verbesserungen der Eisenbahn-
verwaltung durch Tarifpolitik herbeizuführen. Solche Verhältnisse
namentlich der letzteren Art bringen auf allen Gebieten der mit den
Fortschritten der Neuzeit bedachten und beglückten Bezirke ein-
schneidende Veränderungen und Vergünstigungen hervor. Für den
städtischen Grundbesitz, für den überbauten, wie für die ihrer Aus-
wertung harrenden Baustellen schliesst diese Entwicklungstendenz
eine raschere oder langsamere Wertvermehrung ein, welche ins-
besondere für das Gebäudeeigentum sich in höheren Mietpreisen,
in einer Steigerung der Hausrente ausdrückt. Allerdings ist es rich-
tig, dass zeitweilig starke Rückschläge, Sinken der Wohnungszinse,
wirtschaftliche Krisen und Krache gegenteilige Erscheinungen ins
Leben rufen; aber bei alledem ist es doch unverkennbar, dass, wenn
man längere Zeiträume überblickt, der Wertzuwachs des städtischen
Grundbesitzes ein periodisch steigender ist. Die Erfahrungsthatsache
ist keine zufällige, etwa von einzelnen augenblicklichen Ursachen
bedingte, sondern sie ergibt sich unmittelbar aus dem Charakter der
Zeit, des Zeitalters des „Dampfes und der Elektrizität“, und sie wird
dauern, solange dieses dauert. Die Wertmehrung des urbanen Ei-
gentums ist, wenn auch sinkenden Tendenzen zeitweilig unterworfen,
eine beständige, sich fortwährend entwickelnde.

Nun aber bestimmt Art. 8 des Gebäudegrundsteuergesetzes vom
8. August 1890, dass die Revision des Gebäudekatasters alle zehn
Jahre erfolgen soll. Innerhalb dieser Frist gestattet dasselbe zwar
den Gemeinden, in welchen der Rückgang des Mietwertes ein all-
gemeiner und notorischer ist, die Berichtigung ihrer Leistungspflicht
zu beantragen, ohne indes für den entgegengesetzten Fall, der augen-
scheinlichen Wertmehrung Vorsorge zu treffen. Da aber in den
grösseren und grossen Städten, wie wir bereits auseinandergesetzt
haben, ein solcher als periodisch auftretend bezeichnet werden darf,
so liesse sich die Auflösung der Thür- und Fenstersteuer in eine
Extrasteuer des Wertzuwachses der Mietwerte von je
zehn Jahren zu zehn Jahren, als antizipierende Besteuerung der Kon-
junktur für die städtischen Gebäude recht wohl rechtfertigen. Die
steuertechnische Durchführung hätte nur die Hauszinssteuer, also die
Gebäudesteuer in Städten mit mehr als 5000 Einwohnern, ins Auge
zu fassen, das Gebiet der Gebäudeklassensteuer aber nicht zu be-

rühren und könnte am einfachsten bei der Quotitätssteuer durch entsprechende Erhöhung des Steuerfusses bewerkstelligt werden, wozu indes die Benutzung der Erfahrungen mehrerer Jahre erforderlich sind. Da aber in den grossen Städten mit der Bevölkerungszunahme an dieselben auch höhere Aufgaben herantreten, so wäre gerade die in die Gebäudesteuer als Teil derselben eingegliederte Thür- und Fenstersteuer ganz geeignet zur Ueberweisung an die Kommunen, wo sie, die Extrasteuer, wiederum besonderen lokalen Zwecken dienen könnte. Eine solche partielle Ueberweisung würde sich leichter verwirklichen lassen als der von Léon Say angeregte Plan, die ganze Gebäudegrundsteuer überhaupt zu einer Gemeindeabgabe zu gestalten.

Die Zukunft gehört den Zukünftigen. Die französische Gesetzgebung hat bisher wenig Neigung und Fähigkeit gezeigt, auf dem Gebiete der direkten Steuern grosse Umwälzungen herbeizuführen, sie hat sich im ganzen darauf beschränkt, den von der grossen Revolution übernommenen Gedankenkreis wohl in einzelnen Punkten, nicht aber im Prinzipie zu verändern, sie hat hier weit weniger geleistet, als auf dem Felde der indirekten und Verkehrsbesteuerung. Indes, nachdem einmal jetzt der Anfang gemacht worden ist, scheint die Annahme weiterer eingreifender Verbesserungen nicht ausgeschlossen, dann kann auch eine endgültig, den modernen Anforderungen entsprechende Durcharbeitung der Gebäudesteuer erhofft werden.

Text des Gesetzes vom 8. August 1890.

Erster Titel.

Ordentliches Budget.

.....

Artikel 4.

Vom 1. Januar 1891 an werden den Departements, Arrondissements und Gemeinden keine Kontingente mehr für die Gebäudegrundsteuer ausgewiesen.

Artikel 5.

Die Grundsteuer der Gebäudegrundstücke wird vom gleichen Datum an veranlagt nach Massgabe des Mietwerts dieser Grundstücke, wie derselbe nach Art. 34 des Gesetzes vom 8. August 1885 festgestellt worden ist, nach Abzug eines Viertels für die Wohngebäude und eines Drittels für Fabriken in Betracht der Abnutzung und der Unterhaltungs- und Reparaturkosten.

Die Vergünstigung des Art. 85 des Gesetzes vom 3. Frimaire VII. wird auf die Gebäulichkeiten ausgedehnt, welche ohne Rücksicht auf das Vieh des Wirtschaftshofes, als Wohnung für den Wärter dieses Viehs dienen.

Artikel 6.

Der Steuerfuss der Gebäudegrundsteuer wird für das Jahr 1891 im Prinzipal auf 3,20 % des Mietwerts festgesetzt, wie derselbe gemäss Art. 5 nach den dort angegebenen Abzügen berechnet wird.

Der erwähnte Steuerfuss wird nur zur Hälfte auf das Departement Korsika angewendet während fünf Jahre vom 1. Januar 1891 an gerechnet.

Artikel 7.

Jeder Eigentümer eines Gebäudegrundstückes ist berechtigt, während sechs Monate von Veröffentlichung der ersten Rolle, in welcher sein Immobil eingesteuert sein wird, und während drei Monate von Veröffentlichung der folgenden Rolle, gegen die seinem Immobil zuerkannte Bewertung Reklamation einzulegen.

In betreff der folgenden Rollen haben die Steuerpflichtigen das Recht während drei Monate zu reklamieren, wenn infolge von aussergewöhnlichen Umständen ihr Immobil eine Wertminderung erfahren hat.

Ausserhalb der beiden in Absatz 1 und 2 vorgesehenen Fälle ist kein Gesuch um Steuernachlass zulässig, es sei denn in dem Falle, dass ein Immobil ganz oder teilweise zerstört oder in ein ländliches Anwesen verwandelt werden sollte.

Die Reklamationen werden angebracht, eingeleitet und verbeschieden nach den allgemeinen Grundsätzen, welche für die direkte Besteuerung gelten.

Artikel 8.

Die Bewertungen zur Veranlagung der Gebäudegrundsteuer werden alle zehn Jahre revidiert.

Wenn jedoch infolge von aussergewöhnlichen Umständen während zweier zehnjährigen Revisionsperioden eine allgemeine Wertminderung der Gebäudegrundstücke einer Gemeinde, sei es hinsichtlich der Gesamtheit, sei es hinsichtlich eines erheblichen Teils der Gemeinde, erfolgt, so ist der Gemeinderat berechtigt, eine neue Schätzung der Gebäude der ganzen Gemeinde zu verlangen, deren Kosten dieser zur Last fallen.

Die so vorgenommenen Schätzungen werden gleichwohl nach Erlöschen der laufenden zehnjährigen Frist wieder erneuert.

Artikel 9.

Die Neubauten, Umbauten und Zubauten werden in Vergleichung mit den andern Gebäudegrundstücken der Gemeinde, in der sie liegen, eingesteuert.

Sie werden der Gebäudegrundsteuer erst im dritten Jahre nach ihrer Vollendung unterworfen.

Um die zeitweilige Vergünstigung des zweiten Absatzes des gegenwärtigen Artikels zu geniessen, hat der Eigentümer auf dem Bürgermeisteramt der Gemeinde, in welcher das steuerpflichtige Gebäude aufgeführt wird, innerhalb vier Monate nach Beginn der Bauarbeiten eine Erklärung abzugeben über die Natur des Gebäudes, seine Bestimmung und Bezeichnung nach den Katasterblättern des Grundstücks, auf welchem der Bau errichtet wird.

Als Neubau werden betrachtet die Umwandlung eines ländlichen Gebäudes in ein Wohnhaus oder eine Fabrik, sowie die Bestimmung eines Grund-

stücks zu Handels- oder Industriezwecken unter den Voraussetzungen des Art. 1 des Ges. v. 29. Dez. 1884.

Artikel 10.

Die Neubauten, Umbauten und Zubauten, welche gar nicht oder erst nach Ablauf der gesetzlichen Frist zur Anzeige kommen, werden der Gebäudegrundsteuer vom 1. Januar desjenigen Jahres unterworfen, welches auf ihre Vollendung folgt.

Sie werden mittels besonderer Rollen sowohl für die Gebäudegrundsteuer als für die Thür- und Fenstersteuer so lange veranlagt, bis sie in die allgemeinen Rollen aufgenommen werden.

Ihre Einweisung in Prinzipal und Zuschlägen sollen die nämlichen sein, wie die der gleichartigen Immobilien während des laufenden Jahres; dieselben sind aber zu vervielfachen mit der Zahl der Jahre, welche zwischen der Vollendung der Neubauten, Umbauten und Zubauten und ihrer Entdeckung durch die Steuerbehörde, einschliesslich des letzten Jahres verflossen sind. Der Betrag kann jedoch höchstens verfünffacht werden.

Sie wachsen dem Kontingent der Personal- und Mobiliarsteuer und der Thür- und Fenstersteuer zu. Indes tritt die Vermehrung des Kontingents der Personal- und Mobiliarsteuer erst mit demjenigen Jahre ein, in welchem die betreffenden Neubauten, Umbauten und Zubauten in die neuen Rollen aufgenommen worden sind, vorbehaltlich der Anwendbarkeit des Art. 2 des Ges. v. 4. August 1844.

Artikel 11.

Der Kontrolleur der direkten Steuern hat, unterstützt vom Bürgermeister und den Steuerverteilern, die Ausführung der beiden vorausgehenden Artikel zu überwachen.

Artikel 12.

Es wird auch ferner als Zuschlag zum Prinzipal der Gebäudegrundsteuer ein Centime vom Frank erhoben, dessen Ertrag zum allgemeinen Unterstützungsfonds verwendet und unter die Departements im Falle von Ueberschwemmungen, Feuersbrünsten und andern unvorhergesehenen Ereignissen verteilt wird.

Artikel 13.

Alle den Art. 4 bis 12 des gegenwärtigen Gesetzes widersprechenden Bestimmungen sind und bleiben aufgehoben.

Artikel 14.

Es wird am Prinzipal der Grundsteuer für den nicht überbauten Boden eine Ermässigung von fünfzehn Millionen zweihundertsiebenundsechzigtausendneunhundertsiebenundsiebzig Franken (15,267,977) gewährt.

Diese Ermässigung wird unter die 82 im Anhangsetat B des gegenwärtigen Gesetzes bezeichneten Departements nach den Angaben dieses Etats verteilt.

Die Resultate der Schätzungsarbeiten, welche von der Verwaltung der direkten Steuern in den Jahren 1879 bis 1884 nach dem Gesetz vom 9. August

1879 ausgeführt wurden, haben den General- und Arrondissementsräten als Anhaltspunkte zur Festsetzung der Kontingente der Arrondissements und Gemeinden im Prinzipal zu dienen.

. , ...

Dritter Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 26.

Für die Berechnung des Gesamtertrages der in den Rollen der Grundsteuer (der überbauten und nicht überbauten Grundstücke) alljährlich anzulegenden Departements- und Gemeindeumlagen wird die Höhe des in den Rollen vom Jahre 1890 aufgeführten Prinzipals mit Rücksicht auf die Bewertung des Steuerkapitals zu Grunde gelegt. Der dieses Prinzipal betreffende Teil des Gesamtertrages wird unter die Steuerpflichtigen nach dem Prinzipal ihrer individuellen Steueranlage, wie diese vom gegenwärtigen Gesetz geregelt ist, verteilt.

Dieses Verfahren bleibt solange in Kraft, bis die ganze Materie durch ein Spezialgesetz geordnet wird.

Artikel 27.

Der Fonds für die Steuerausfälle der Grundsteuer des überbauten und nicht überbauten Bodens wird für 1891 festgesetzt:

für die Gebäudegrundsteuer mit fünf Zuschlagscentimes vom Frank

1. vom Prinzipal dieser Steuer,
2. vom Ertrage der acht Zuschlagscentimes zwölf Hundertstel von der genannten Steuer zur Deckung der Kosten des Volksschulunterrichts gemäss Art. 27 des Gesetzes vom 19. Juli 1889,
3. vom Ertrage der departementalen und kommunalen Zuschlagscentimes der gleichen Steuer.

Im Falle der Unzulänglichkeit des Fonds für die Steuerausfälle der Gebäudegrundsteuer wird der Fehlbetrag vom Prinzipal der gleichen Steuer erhoben.

Für die allgemeine Grundsteuer mit zweieinhalb Zuschlagscentimes vom Frank

1. vom Prinzipal dieser Steuer,
2. vom Ertrage der acht Zuschlagscentimes zwölf Hundertstel von der genannten Steuer zur Deckung der Kosten des Volksschulunterrichts gemäss Art. 27 des Gesetzes vom 19. Juli 1889,
3. vom Ertrage der departementalen und kommunalen Zuschlags-Centimes der gleichen Steuer.

Gegeben zu Paris, am 8. August 1890
durch den Präsidenten der Republik:

Der Finanzminister
(gez.) Rouvier.

(gez.) Carnot.

Tarif für die Anwendung des 3,20%igen Steuerfusses.

(Aus Réforme p. 200 und 201.)

I. Wohngebäude.

Miet- wert	Abzug eines Viertels	Steuer- pflichtiger Rein- ertrag	Steuer im Prinzipal	Miet- wert	Abzug eines Viertels	Steuer- pflichtiger Rein- ertrag	Steuer im Prinzipal
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
10	2,50	7,50	0,24	460	115,00	345,00	11,04
20	5,00	15,00	0,48	470	117,50	352,50	11,28
30	7,50	22,50	0,72	480	120,00	360,00	11,52
40	10,00	30,00	0,96	490	122,50	367,50	11,76
50	12,50	37,50	1,20	500	125,00	375,00	12,00
60	15,00	45,00	1,44	510	127,50	382,50	12,24
70	17,50	52,50	1,68	520	130,00	390,00	12,48
80	20,00	60,00	1,92	530	132,50	397,50	12,72
90	22,50	67,50	2,16	540	135,00	405,00	12,96
100	25,00	75,00	2,40	550	137,50	412,50	13,20
110	27,50	82,50	2,64	560	140,00	420,00	13,44
120	30,00	90,00	2,88	570	142,50	427,50	13,68
130	32,50	97,50	3,12	580	145,00	435,50	13,92
140	35,00	105,00	3,36	590	147,50	442,50	14,16
150	37,50	112,50	3,60	600	150,00	450,00	14,40
160	40,00	120,00	3,84	610	152,50	457,50	14,64
170	42,50	127,50	4,08	620	155,00	465,00	14,88
180	45,00	135,00	4,32	630	157,50	472,50	15,12
190	47,50	142,50	4,56	640	160,00	480,00	15,36
200	50,00	150,00	4,80	650	162,50	487,50	15,60
210	52,50	157,50	5,04	660	165,00	495,00	15,84
220	55,00	165,00	5,28	670	167,50	502,50	16,08
230	57,50	172,50	5,52	680	170,00	510,00	16,32
240	60,00	180,00	5,76	690	172,50	517,50	16,56
250	62,50	187,50	6,00	700	175,00	525,00	16,80
260	65,00	195,00	6,24	710	177,50	532,50	17,04
270	67,50	202,50	6,48	720	180,00	540,00	17,28
280	70,00	210,00	6,72	730	182,50	547,50	17,52
290	72,50	217,50	6,96	740	185,00	555,00	17,76
300	75,00	225,00	7,20	750	187,50	562,50	18,00
310	77,50	232,50	7,44	760	190,00	570,00	18,24
320	80,00	240,00	7,68	770	192,50	577,50	18,48
330	82,50	247,50	7,92	780	195,00	585,00	18,72
340	85,00	255,00	8,16	790	197,50	592,50	18,96
350	87,50	262,50	8,40	800	200,00	600,00	19,20
360	90,00	270,00	8,64	810	202,50	607,50	19,44
370	92,50	277,50	8,88	820	205,00	615,00	19,68
380	95,00	285,00	9,12	830	207,50	622,50	19,92
390	97,50	292,50	9,36	840	210,00	630,00	20,16
400	100,00	300,00	9,60	850	212,50	637,50	20,40
410	102,50	307,50	9,84	860	215,00	645,00	20,64
420	105,00	315,00	10,08	870	217,50	652,50	20,88
430	107,50	322,50	10,32	880	220,00	660,00	21,12
440	110,00	330,00	10,56	890	222,50	667,50	21,36
450	112,50	337,50	10,80	900	225,00	675,00	21,60

Miet- wert	Abzug eines Viertels	Steuer- pflichtiger Rein- ertrag	Steuer im Prinzipal	Miet- wert	Abzug eines Viertels	Steuer- pflichtiger Rein- ertrag	Steuer im Prinzipal
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
910	227,50	682,50	21,84	960	240,00	720,00	23,04
920	230,00	690,00	22,08	970	242,50	727,50	23,28
930	232,50	697,50	22,32	980	245,00	735,00	23,52
940	235,00	705,00	22,56	990	247,50	742,50	23,76
950	237,50	712,50	22,80	1000	250,00	750,00	24,00

II. Fabriken.

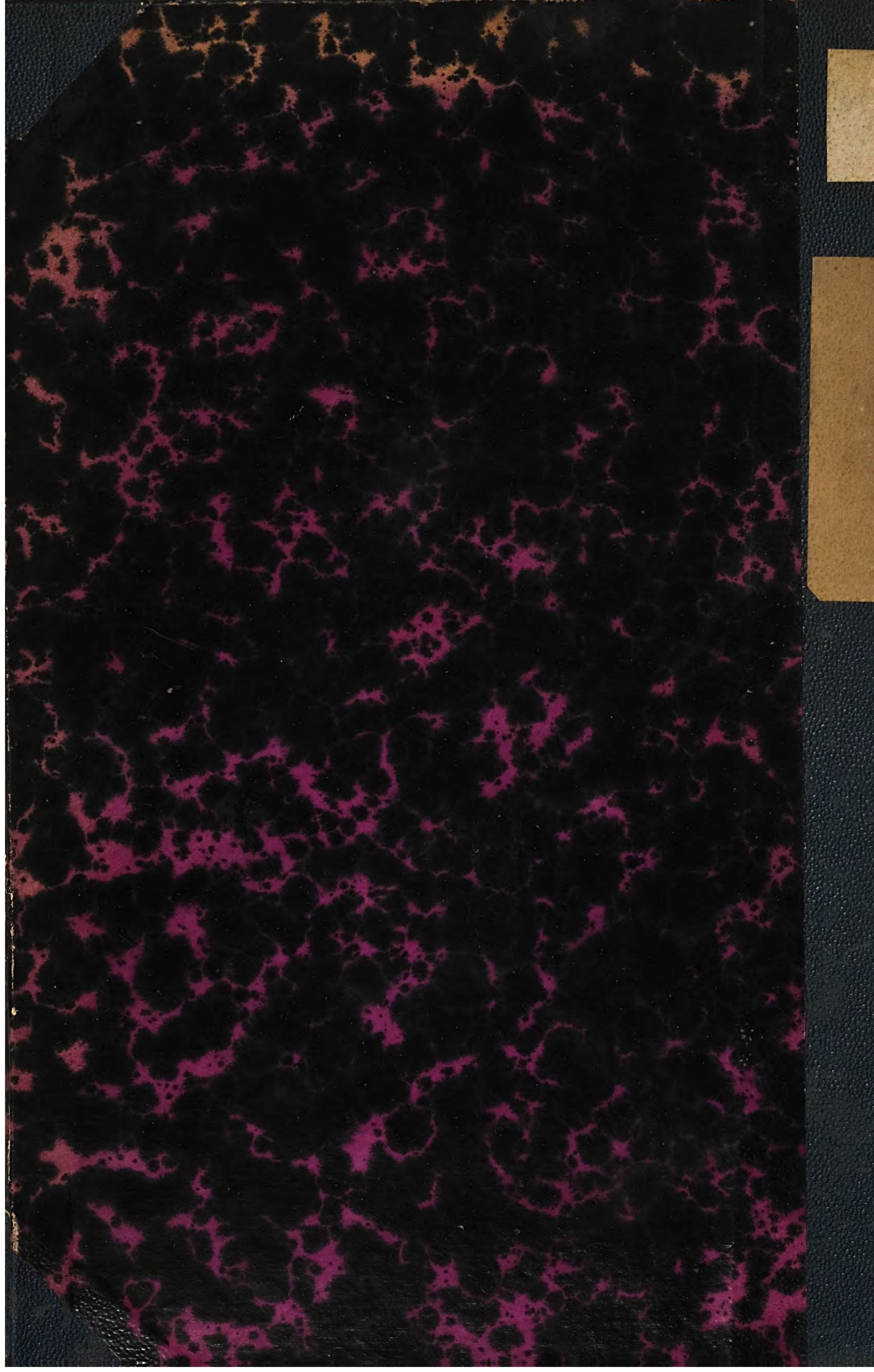
Miet- wert	Abzug eines Drittels	Steuer- pflichtiger Rein- ertrag	Steuer im Prinzipal	Miet- wert	Abzug eines Drittels	Steuer- pflichtiger Rein- ertrag	Steuer im Prinzipal
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
10	3,33	6,67	0,21	370	123,33	246,67	7,89
20	6,67	13,33	0,43	380	126,66	253,33	8,11
30	10,00	20,00	0,64	390	130,00	260,00	8,32
40	13,33	26,67	0,85	400	133,33	266,67	8,53
50	16,67	33,33	1,07	410	136,67	273,33	8,75
60	20,00	40,00	1,28	420	140,00	280,00	8,96
70	23,33	46,67	1,49	430	143,33	286,67	9,17
80	26,67	53,33	1,71	440	146,67	293,33	9,39
90	30,00	60,00	1,92	450	150,00	300,00	9,60
100	33,33	66,67	2,13	460	153,33	306,67	9,81
110	36,67	73,33	2,35	470	156,67	313,33	10,02
120	40,00	80,00	2,56	480	160,00	320,00	10,24
130	43,33	86,67	2,77	490	163,33	326,67	10,45
140	46,67	93,33	2,99	500	166,67	333,33	10,67
150	50,00	100,00	3,20	510	170,00	340,00	10,88
160	53,33	106,67	3,41	520	173,33	346,67	11,09
170	56,67	113,33	3,63	530	176,67	353,33	11,31
180	60,00	120,00	3,84	540	180,00	360,00	11,52
190	63,33	126,67	4,05	550	183,33	366,67	11,73
200	66,67	133,33	4,27	560	186,67	373,33	11,95
210	70,00	140,00	4,48	570	190,00	380,00	12,16
220	73,33	146,67	4,69	580	193,33	386,67	12,37
230	76,67	153,33	4,91	590	196,67	393,33	12,59
240	80,00	160,00	5,12	600	200,00	400,00	12,80
250	83,33	166,67	5,33	610	203,33	406,67	13,01
260	86,67	173,33	5,55	620	206,67	413,33	13,23
270	90,00	180,00	5,76	630	210,00	420,00	13,44
280	93,33	186,67	5,97	640	213,33	426,67	13,65
290	96,67	193,33	6,19	650	216,67	433,33	13,87
300	100,00	200,00	6,40	660	220,00	440,00	14,08
310	103,33	206,67	6,61	670	223,33	446,67	14,29
320	106,67	213,33	6,83	680	226,67	453,33	14,51
330	110,00	220,00	7,04	690	230,00	460,00	14,72
340	113,33	226,67	7,25	700	233,33	466,67	14,93
350	116,67	233,33	7,47	710	236,67	473,33	15,15
360	120,00	240,00	7,68	720	250,00	480,00	15,36

Miet- wert	Abzug eines Drittels	Steuer- pflichtiger Rein- ertrag	Steuer im Prinzipal	Miet- wert	Abzug eines Drittels	Steuer- pflichtiger Rein- ertrag	Steuer im Prinzipal
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
730	243,33	486,67	15,57	870	290,00	580,00	18,56
740	246,67	493,33	15,79	880	293,33	586,67	18,77
750	250,00	500,00	16,00	890	296,67	593,33	18,99
760	253,33	506,67	16,41	900	300,00	600,00	19,20
770	256,67	512,33	16,48	910	303,33	606,67	19,41
780	260,00	520,00	16,64	920	306,67	613,33	19,63
790	263,33	526,67	16,85	930	310,00	620,00	19,84
800	266,67	533,33	17,07	940	313,33	626,67	20,05
810	270,00	540,00	17,28	950	316,67	633,33	20,27
820	273,33	546,67	17,49	960	320,00	640,00	20,48
830	276,67	553,33	17,71	970	323,33	646,67	20,69
840	280,00	560,00	17,93	980	326,67	653,33	20,91
850	283,33	566,67	18,13	990	330,00	660,00	21,12
860	286,67	573,33	18,35	1000	333,33	666,67	21,33

SBB013401539196



Sp



Heckel, Max von

Die Reform der Gebäude-Grundsteuer in Frankreich (Gesetz vom 8. August 1890
)

1891

Bamberg, Staatsbibliothek -- Oec.p.o.219-a
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11844969-9